

Crim.

160

kt

Crim.

160 kt

List

<36612278530014

<36612278530014

Bayer. Staatsbibliothek

Friedrich List's,

Mitglieds der Württembergischen Deputirten-Kammer,

ehrfurchtsvolle

D e n k s c h r i f t

a n

S e i n e M a j e s t ä t

d e n

König von Württemberg,

e i n e n

von den königlichen Gerichtshöfen an seiner Person
und an der Verfassung des Landes begangenen
Justizmord betreffend;

o d e r

Aktenmässiger Beweis

der Verwerflichkeit des *heimlichen Kanzlei - Inquisitions-
Gerichtes* und der Unentbehrlichkeit des *Geschwornen-
Gerichts* und der *Gerichtsöffentlichkeit* in konstitutionellen
Staaten.

Jaeta est ales.

Printed and Published by
J. B. Lippincott & Co.

Donkey Cart

Being a
Complete History of the

Donkey Cart in
England and Wales

from the
earliest times to the
present day

By
J. B. Lippincott & Co.
London and New York

1854

Price 1s. 6d.

Verzeichnifs der bedeutendsten Druckfehler.

Seite 14 Zeile 14 von oben statt: Bürgers über etc. lies: Bürgers,
sich über etc.

- | | | | | |
|-------|------|-----------|---|---|
| - 48 | - 6 | - | - | st. hierwiederum l. hinwiederum. |
| - 49 | - 21 | - | - | st. ausspricht l. ausspreche. |
| - 59 | - 20 | - | - | st. preis zu geben l. frei zu geben. |
| - 76 | - 8 | - | - | st. Gemeinenraths l. Geheimenraths. |
| - 79 | - 5 | v. unten | | st. wollte l. wolle. |
| - 96 | - 3 | von oben | | st. Handlungsweise l. Handlung. |
| - 105 | - 6 | von unten | | st. daraus l. darnach. |
| - 113 | - 9 | - | - | st. die vorgefassten Irrthümer l. der vor-
gefasste Irrthum. |
| - 121 | - 10 | - | - | st. ausmacht l. ausmache. |
| - — | - 12 | - | - | st. gehört l. gehöre. |
| - 127 | - 18 | - | - | st. Mann l. Man. |
| - 130 | - 2 | - | - | st. den l. dem. |
| - 131 | - 11 | von oben | | st. herrschenden l. herrschende. |
| - 135 | - 13 | - | - | st. der l. die. |
| - 138 | - 10 | von unten | | st. welchen l. welchem. |
| - 141 | - 4 | von oben | | st. auszudrücken l. auszuüben. |
| - 142 | - 7 | - | - | st. politisch - körperlichen l. politisch-
bürgerlichen. |

Besonders bittet man auf Seite 134, wo eine ganze Zeile ausgelassen worden, die hiernach bezeichneten Worte einzuschalten:

Zeile 5 von oben nach: ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung — als aufgehoben betrachtet werden, weil die Verfassung — §. 24 und das u. s. w.

Oefters kommt vor: konstitutionnel statt konstitutionell,
injuriren statt injuriiren,

In der Denkschrift an den König sind die Beschwerden-Artikel einigemal falsch allegirt. Man wird aber jedesmal in dem nächstfolgenden Artikel den richtigen finden.

Inhalts - Verzeichnifs.

	Seite
Vorrede zum zweiten Band der Themis	I
I. Verhör-Protokoll	1.
II. Straf - Erkenntnifs	87
III. Kanzlei - Ordre des Justiz - Ministers	88.
IV. Corpus Delicti	89
V. Denkschrift an den König	95.
VI. Beschwerden - Artikel	116.

Inhalt. Verzeichniss.

I.	Einleitung.	1
II.	Die Geschichte der Wissenschaften.	10
III.	Die Geschichte der Naturwissenschaften.	15
IV.	Die Geschichte der Geisteswissenschaften.	20
V.	Die Geschichte der Kunst.	25
VI.	Die Geschichte der Literatur.	30
VII.	Die Geschichte der Philosophie.	35
VIII.	Die Geschichte der Religion.	40
IX.	Die Geschichte der Politik.	45
X.	Die Geschichte der Rechtswissenschaften.	50
XI.	Die Geschichte der Medizin.	55
XII.	Die Geschichte der Naturgeschichte.	60
XIII.	Die Geschichte der Astronomie.	65
XIV.	Die Geschichte der Geographie.	70
XV.	Die Geschichte der Meteorologie.	75
XVI.	Die Geschichte der Botanik.	80
XVII.	Die Geschichte der Zoologie.	85
XVIII.	Die Geschichte der Mineralogie.	90
XIX.	Die Geschichte der Chemie.	95
XX.	Die Geschichte der Physik.	100
XXI.	Die Geschichte der Mathematik.	105
XXII.	Die Geschichte der Logik.	110
XXIII.	Die Geschichte der Ethik.	115
XXIV.	Die Geschichte der Psychologie.	120
XXV.	Die Geschichte der Pädagogik.	125
XXVI.	Die Geschichte der Erziehungswissenschaften.	130
XXVII.	Die Geschichte der Sozialwissenschaften.	135
XXVIII.	Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre.	140
XXIX.	Die Geschichte der Staatswissenschaften.	145
XXX.	Die Geschichte der Jurisprudenz.	150
XXXI.	Die Geschichte der Medizin.	155
XXXII.	Die Geschichte der Naturgeschichte.	160
XXXIII.	Die Geschichte der Astronomie.	165
XXXIV.	Die Geschichte der Geographie.	170
XXXV.	Die Geschichte der Meteorologie.	175
XXXVI.	Die Geschichte der Botanik.	180
XXXVII.	Die Geschichte der Zoologie.	185
XXXVIII.	Die Geschichte der Mineralogie.	190
XXXIX.	Die Geschichte der Chemie.	195
XL.	Die Geschichte der Physik.	200
XLI.	Die Geschichte der Mathematik.	205
XLII.	Die Geschichte der Logik.	210
XLIII.	Die Geschichte der Ethik.	215
XLIV.	Die Geschichte der Psychologie.	220
XLV.	Die Geschichte der Pädagogik.	225
XLVI.	Die Geschichte der Erziehungswissenschaften.	230
XLVII.	Die Geschichte der Sozialwissenschaften.	235
XLVIII.	Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre.	240
XLIX.	Die Geschichte der Staatswissenschaften.	245
L.	Die Geschichte der Jurisprudenz.	250

V O R W O R T

Z U M

Z W E I T E N B A N D E D E R T H E M I S .

Wir wünschen uns Glück, schon in dem zweiten Bande unserer Sammlung die Actenstücke eines Prozesses mittheilen zu können, der bestimmt zu seyn scheint, die Grundgebrechen der deutschen Criminalgerichts-Verfassung aufzudecken, und die wichtigsten staatsrechtlichen Fragen zur öffentlichen Discussion zu bringen.

Wir enthalten uns übrigens vor der Hand aller Reflectionen über diesen merkwürdigen Rechtsfall. Eine Sache, die für sich selbst spricht, wie diese, könnte durch weitere Vertheidigung in den Augen des Publikums nur verlieren, und leicht möchte dadurch dem bösen Willen Veranlassung zu Misdeutungen gegeben werden. In dieser Rücksicht haben wir auch alle staatsrechtlichen Betrachtungen und historischen Noten, welche wir in dem Interesse der Wissenschaft zu den einzelnen Stellen der Protocolle und Actenstücke zu machen versucht waren, unterdrückt. Jedoch behalten wir uns vor, späterhin, wann das Interesse des Angeklagten weitere Zurückhaltung nicht mehr erfordern sollte, diese Materialien für jenen höhern Zweck besonders zu bearbeiten. Nur eine ganz summarische Rückerinnerung an das, was in Beziehung auf diese Angelegenheit im Anfang des Jahres 1821 in der württembergischen Deputirten-Kammer vorgefallen, stehe hier, um den Leser zu orientiren.

Im Februar 1821, als die württembergische Deputirtenkammer nach sechswöchentlicher Vertagung sich zum erstenmal wieder versammelt hatte, verlas der Präsident Weishaar ein Rescript des königlichen geheimen Raths an die Stände, worin der Antrag gestellt war, den Deputirten List, der wenige Wochen zuvor als Deputirter von Reutlingen auf der Bank der guten Städte Platz genommen, und während dieser kurzen Zeit eine bedeutende Wirksamkeit entwickelt hatte, von der Kammer auszuschliessen, indem von dem Kriminalgerichtshof in Esslingen eine Kriminaluntersuchung über ihn verhängt worden sey.

List erklärte: die Polizei-Direction in Stuttgart und das Kriminal-Amt dieser Stadt haben allerdings Untersuchungen gegen ihn angestellt, aber er sey sich weder eines Vergehens, noch viel weniger eines Verbrechens bewusst. Man lege ihm eine ganz legale Handlung zur Last. Er habe aus Auftrag seiner Kommittenten eine Petition an die Kammer verfasst, worin nun die Behörden eine Injurie gegen die gesammte Staatsdienerschaft des Königreichs finden wollen. Es sey aber klar, dass auf jeden Fall nur der Kammer das Recht zustehe, diese seine Handlung zu prüfen, und auf keinen Fall könne einem blossen gerichtlichen Anklage-Erkenntniss die Folge einer Ausschliessung gegeben werden.

Hierauf, wie wenn die höchste Censur über die Deputirten der Nation in constitutionellen Staaten Obiegenheit der Minister wäre, erschien der königliche Justiz-Minister, Hr. v. Maucler, in gesessener Kammer, um die Wirkungen des gerichtlichen Erkenntnisses zu vertheidigen.

Er führte folgendes Argument: Wer in eine Kriminal-Untersuchung verflochten sey, könne, nach Inhalt der Konstitution, nicht zum Deputirten erwählt werden; hieraus folge, dass ein Mitglied der Kammer

welches während seiner Function in Kriminal-Anklage-Stand versetzt werde, ipso facto seiner Stelle verlustig sey.

Dem Deputirten List fiel nicht schwer, dieses gebrechliche Argument über den Haufen zu stossen. Erstens zeigte er, dass dadurch den ordentlichen Richtern Macht und Gewalt gegeben würde, jedem Deputirten, wegen jeglicher Aeusserung, die sie für ein Verbrechen zu halten belieben, aus der Kammer zu holen, und so die Deputirten-Kammer stets in Furcht und Schrecken zu erhalten. Zweitens führe dasselbe sogar zu einer noch weit näher liegenden Absurdität, indem ein Deputirter, der zuerst angeklagt, dann aus der Kammer gestossen und nachher für unschuldig erkannt würde, nicht darum seine Stelle verlöre, weil er ein Verbrechen begangen, sondern darum, weil man ihn fälschlicher Weise eines solchen bezüchtigt hätte.

Die Kammer wählte sofort eine Kommission, welche mit 5 gegen 3 Stimmen berichtete, zu Ausschlussung des Deputirten List sey nirgends ein tüchtiger Grund zu finden.

In den Debatten erhob sich jedoch, dem königlichen Justiz-Minister zur Seite, eine mächtige Parthei; ihre bedeutendsten Redner waren Ober-Tribunalrath Bolley und Kanzler Autenrieth. Gegen sie und zu Gunsten List's redeten mit Nachdruck die Deputirten Griesinger, Schott, v. Ow, Kefsler, Uhland und viele andere aus dem unabhängigen Bürgerstand.

Auch verlas der Deputirte von Heilbronn eine Eingabe, von den angesehensten Kaufleuten und Bürgern dieser Stadt unterzeichnet, des Inhalts: sie, die Bürger, haben den für verbrecherisch erklärten Entwurf einer Petition mit Bedacht gelesen, finden aber darin weder Unwahrheiten, noch Injurien, noch Verleumdungen, nicht einmal Uebertreibungen; vielmehr schildere dieser Entwurf den Zustand des Landes ganz nach der

Natur; solches wollen die Unterzeichneten hiemit Mann für Mann bezeugen.

Darauf entstand grosser Lärm im Saale. Besonders liefsen sich die Stimmen des Oberbürgermeisters Feuerlein von Stuttgart, des Hofrath Weber aus dem Hohenlohischen, des Amtschreibers Lang von Maulbronn vernehmen. Sie sprachen von Criminal-Untersuchungen, die man gegen die unterzeichneten Bürger verhängen müsse, um ferneren Eingaben dieser Art Einhalt zu thun. Doch begnügte sich zuletzt die Kammer mit dem Beschlufs, die Eingabe zu vernichten.

List selbst hielt in der Nachtsitzung vom 14. Februar eine Vertheidigungsrede, worin er die Frage seiner Ausschiessung nach ihrem ganzen Umfang staats- und kriminalrechtlich beleuchtete und der Versammlung dringend an's Herz legte, wie sie durch seine Ausschiessung die Unabhängigkeit der Repräsentation, also einen der wesentlichsten Grundsätze des Repräsentativ-Systems aufgäbe. Diese Rede blieb nicht ohne bedeutenden Eindruck, und es gereichte der Sache des Hrn. List zu grossem Nachtheil, dass nicht eine alsbaldige Abstimmung zu erlangen war.

In der nächsten Sitzung wurde hierauf die Ausschiessung des Hrn. List, jedoch nur mit geringer Majorität, beschlossen. Inzwischen fühlte diese Majorität das Ungereimte ihres Beschlusses selbst so sehr, dass sie den Antrag stellte, dem Hrn. List, im Fall ihn keine den Verlust seiner Stelle nach sich ziehende Strafe beträfe, den Rücktritt in die Kammer offen zu behalten. Die Vertheidiger und Freunde des Angeklagten entgegneten, sie wollten nicht Widerspruch auf Widerspruch häufen. Denn wenn auch, wovon sie sich jedoch nicht überzeugen können, aus der Verfassung ein Recht zur Ausschiessung des Hrn. List zu deduziren wäre, so spreche doch die Konstitution ganz und gar nicht von einer Suspension. Einmal ausgeschlossen, könne List

nie wieder in die Kammer zurücktreten. So stimmten die Vertheidiger des Hrn. List gegen, seine Gegner für den Rücktritt. Und somit war Hr. List von seiner Stelle suspendirt, ohne dass die Kammer im mindesten zu untersuchen sich die Mühe genommen hatte, ob Hr. List wirklich eine Handlung sich habe zu Schulden kommen lassen, die ihn seiner Stelle unwürdig mache.

Von dem Tage dieses Beschlusses an, hörte man nichts mehr von dem Listischen Prozess. Man glaubte allgemein, die Sache werde sich auf eine glimpfliche Weise endigen; Hr. List werde wieder in die Kammer zurücktreten und weiter nicht mehr davon die Rede seyn.

Endlich, nach Jahr und Tag, im April 1822, ganz unvermuthet, vernahm man, Hr. List sey zu zehnmonatlicher Zwangs-Arbeit verurtheilt, und zugleich, derselbe habe sich nach Strasburg geflüchtet. Man staunte über ein solches Straf-Erkenntnis gegen einen Deputirten und sonst ehrenwerthen Mann, dem selbst seine Feinde Verdienste um das Vaterland nicht absprechen konnten. Aber man wufste nichts von den näheren Umständen des Verbrechens und man suspendirte also sein Urtheil.

Zehn Monate später, zu Anfang des gegenwärtigen Jahres, hiefs es, die Recursinstanz habe jenes schimpfliche Urtheil bestätigt und Hr. List befinde sich mit seiner Familie in der Schweiz.

Diefs ist alles, was das Publikum weiß und wissen kann. Durch die nachfolgenden Aktenstücke wird es nun in den Stand gesetzt, in dieser Sache ein Urtheil zu fällen. Ausser ihrem geschichtlichen und staatswissenschaftlichen Interesse gewinnt dieselbe neuerdings auch wieder ein politisches, indem Hr. List, wie man aus der Eingabe an Se. Majestät (S. 95.) ersieht, sie aufs Neue sehr kräftig in Bewegung gebracht hat.

Anfänglich haben Wir gezweifelt, ob, so lange die königliche Entscheidung noch ausstehe, der Druck der Eingabe an Se. Majestät nicht der Schicklichkeit zuwiderlaufe. Allein nach näherer Ueberlesung schien es uns, dass ausserordentliche Verhältnisse solcher Art nicht nach gewöhnlichen Regeln zu beurtheilen seyen. Die angeschlossenen Actenstücke legen dem Publikum einen evidenten Justizmord vor Augen, einen Justizmord, der den ganzen constitutionellen Zustand des Landes bedroht. Der Regierung muss also alles daran gelegen seyn, dass die wahre Beschaffenheit der Sache jetzt sogleich, bevor sie eine Entschliessung gefasst hat, an den Tag komme, damit auf keine Weise der Irrthum der untergeordneten Gerichte von ihr getheilt werde. Wie leicht aber könnte im Dunkel des Geschäftsgangs eine talentvolle, und zumal mit irriger Ueberzeugung gegebene Darstellung auch den schärfsten Regentenblick irre führen; eine Gefahr, die, wenn diese Sache öffentlich discutirt wird, unmöglich eintreten kann. Es liegt folglich eben sowohl in dem Interesse der Regierung, als des Angeklagten, dass diese Sache von nun an mit der grössten Oeffentlichkeit behandelt werde.

Wir werden fortfahren, Actenstücke über diesen merkwürdigen Prozess mitzutheilen. Ausser den Entscheidungsgründen wird der folgende Band verschiedene Rechts-Gutachten deutscher Juristen-Facultäten darüber enthalten. Eigentlich hätten wir die Entscheidungsgründe jetzt schon mittheilen sollen, aber ihr zu grosses Volumen hat es für diesmal unmöglich gemacht.

I.

VERHÖR-PROTOKOLL. *)

Den 26. Januar 1821,

*Mittags zwischen 11 und 12 Uhr, auf dem Kriminal-Amt
(zu Stuttgart.)*

Bei dem Eintritt des Kriminal-Richters und der Gerichts-Beisitzer in die Wohnung des Professors List erschien dessen Gattin und erklärte dem Kriminal-Richter, dass ihr Mann die ganze Nacht schlaflos zugebracht habe; dass sich, nach dem Ausspruche seines Arztes, die Krankheit verschlimmert, und dass er nun gegenwärtig in einem Schlummer liege, und sie bitten wolle, ihn darin nicht zu unterbrechen.

Der Kriminal-Richter erklärt hierauf, dass er geneigt sey, ihrem Gesuche Gehör zu schenken, übrigens nach Tische wieder erscheinen werde, wozu ihn sein Amt auffordere.

Zur Beglaubigung
(Folgen die Unterschriften.)

*) Von Frage 1 bis 43 enthält das Protokoll die Verhöre der Stein-drucker etc. Der Herausgeber hielt für angemessen, die Verhöre der Nebenpersonen, welche in der Hauptsache ohne alles Interesse sind, wegzulassen, um den Leser nicht zu langweilen, und die Schrift nicht unnöthig auszudehnen.

Fortgesetzt an demselben Tag,

in der Wohnung des Professors List, Nachmittags 2 Uhr.

Der Kriminal-Richter fand sich mit den Gerichts-Beisitzern, wie er sich vorgenommen hatte, in der Wohnung des Professors List um die im Eingange dieses Protokolls bemerkte Zeit ein, und wurde vor das Bett des Professors List, der nun von einem Schlummer erwacht war, geführt.

Der Kriminal-Richter eröffnet sofort demselben die Absicht seines Erscheinens, und macht ihn mit den Gründen bekannt, warum er darauf bestehen müsse, das Verhör heute noch zu eröffnen, worauf Professor List erklärte: er sey hiezu bereit.

Es wurde nun solches eröffnet und Professor List befragt wie folgt:

Frage 44. Von seiner Person.

Antwort. FRIEDRICH LIST, 32 Jahre alt, vormal's Professor in Tübingen und nun als Privatmann sich hier haltend, verheirathet, Vater von 3 Kindern. Bei der Stände-Versammlung erschien derselbe als Abgeordneter der Stadt Reutlingen.

Fr. 45. Es sey von der allhiesigen Polizei eine projektirte Adresse *) an die Kammer der Abgeordneten mit Beschlag belegt worden. Wer der Verfasser dieser Schrift sey? Sie wird Ihnen hier vorgelegt.

Antw. Er habe sich bereits zum Verfasser dieses Aufsatzes bekannt, **)

*) Sollte hier und in der Folge heissen: „Petition.“

**) Der indirekte Styl, in welchem der Herr Inquisitor den Angeklagten sprechen lässt, ist ein Kind des heimlichen Inquisitions-Verfahrens. Wir werden über die Gefahren, welchen die Angeklagten dadurch ausgesetzt sind, in der Folge merkwürdige, mit Beispielen aus diesem Prozess belegte Aufschlüsse mittheilen.

Fr. 46. Haben Sie bei Verfertigung dieses Aufsatzes Mitarbeiter gehabt?

Antw. Nein, er habe ihn ohne Beihülfe Anderer ausgearbeitet.

Fr. Haben Sie aus eigenem Antriebe, oder von dritten Personen veranlasst, sich der Bearbeitung des fraglichen Aufsatzes unterzogen?

Antw. Er sey von dem grössten Theil der Bürgerschaft zu Reutlingen aufgefordert worden, den Aufsatz zu entwerfen.

Fr. 48. Können Sie sich über diesen Auftrag näher ausweisen?

Antw. Ja! Unter seinen Papieren sey die hierauf Bezug habende Correspondenz zu finden. Viele Mitglieder vom Stadt-Rath und Bürger-Ausschuss haben sich an die Mehrzahl der Bürgerschaft angeschlossen, und ihn, als ihren Abgeordneten, ersucht, für sie eine Petition zu entwerfen.

Fr. 49. Zu Ihrer Legitimation ist es nothwendig, dass Sie die Correspondenz zu den Akten geben, damit man sich überzeugen kann, dass sie ersucht worden sind, für den grössern Theil der Bürgerschaft in Reutlingen die fragliche Adresse an die Kammer der Abgeordneten zu entwerfen?

Antw. Er werde diese Correspondenz, so bald er das Bett verlassen könne, ordnen, und dem Criminal-Amt übergeben.

Fr. 50. Ist es Ihnen nicht möglich im gegenwärtigen Augenblick die Correspondenz zu geben. Es wird dann wohl Sache des Criminal-Amtes seyn, solche für den Gebrauch zu ordnen?

Antw. Er wisse im Augenblick nicht die Briefe zu finden. Doch wolle er in seinen Papieren nachsehen.

Constitut liess sich hierauf durch den Gerichts-Beysitzer Erbe mehrere Schriften vors Bett bringen, gieng dieselben durch, erklärte aber hierauf, dass er die Reutlinger Correspondenz nicht gefunden habe.

Hierauf fuhr Professor List in seiner Rede fort:

Die Bürgerschaft in Reutlingen oder wenigstens der grössere Theil derselben habe ihn zu Anfang dieses Jahres nach Reutlingen zu kommen eingeladen, um mit ihm ihre städtische Angelegenheiten zu berathen. Er habe dieser Einladung entsprochen und Anfangs dieses Monaths in der Mitte seiner Committenten einige Tage zugebracht. Der Stadtrath und das

Bürger-Collegium haben sich während seiner Anwesenheit in Reutlingen um ihn versammelt, und in einigen Zusammenkünften seyen dann auch die Wünsche der Reutlinger in Hinsicht der allgemeinen Landes-Angelegenheiten berathen worden. Diese Besprechungen haben die Petition an die Kammer der Abgeordneten herbeygeführt.

Fr. 51. Ist bey den Berathungen, die Sie in Reutlingen mit dem grösseren Theil der Bürgerschaft über landständische Angelegenheiten gehalten haben wollen, ein Protokoll geführt, und ist Ihnen dadurch der Inhalt der gewünschten Adresse näher bezeichnet worden?

Antw. Ueber das Resultat ihrer Berathungen existire nichts Schriftliches. Er sey von den Reutlingern auf die Gebrechen des gegenwärtigen Staats-Zustandes aufmerksam gemacht, und eingeladen worden, seine Ansichten zu geben, wie der allgemeinen Noth gründlich abgeholfen werden könne. Die projectirte Petition enthalte nur seine Ansichten hierüber, und sie habe nicht gerade die Bestimmung gehabt, so wie sie aus seiner Feder geflossen, eingegeben zu werden. Erst alsdann hätte sie den Weg in die Kammer der Abgeordneten fortgesetzt, wenn diejenigen, die ihn beauftragt haben, die Petition genehmigt hätten.

Fr. 52. Die Adresse, die von Ihnen verfasst vorliegt, theilt sich in zwey Abschnitte. Erst im zweyten Theil sprechen Sie von Verbesserungen der Institute. Im ersten Theil nehmen Sie sich heraus, gegen die Staatsdiener herzufallen, und diese feindselig dem Volke gegenüberzustellen. Ist dieser Eingang der Adresse von Ihren angeblichen Committenten in Reutlingen auch so, wie er da steht, gewünscht worden?

Antw. Er sey von seinen Committenten aufgefordert worden, den Wünschen die gegenwärtige Gebrechen vorzuschicken – und er habe im Eingang der Petition sich bestrebt zu sagen, wie es gegenwärtig aussehe. Er mache, was er hier gesagt habe, zu seiner Sache, und verspreche sich, was er als gemein schädlich gerügt habe, auch erweisen zu können.

Fr. 53. Wie viele Exemplarien haben Sie lithographiren lassen?

Antw. 900 bis 1000 Stücke.

Fr. 54. Zu welchem Zweck haben Sie aber auf eine so grosse Anzahl abgehoben?

Antw. Da ihn der grössere Theil der Bürgerschaft aufgefordert habe, die Petition aufzusetzen, so habe er darauf Bedacht genommen, einem jeden der dieselbe zu seiner eigenen Sache mache, ein Exemplar davon in die Hände zu geben, damit er auch wisse *was* er unterschrieben habe.

Fr. 55. Sie werden das Manuscript von diesem lithographischen Aufsatz noch besitzen; da es zu den Untersuchungs-Acten nöthig ist, so werden Sie aufgefordert solches abzugeben.

Antw. Wenn er dasselbe noch besitze, stehe es zu Diensten. Er sey sonst gewohnt, dergleichen überflüssig gewordene Manuscripte zu kassiren.

Auf das Ersuchen des Professors List, ihm einen Korb, worin abgängiges Papier enthalten war, vor das Bett zu rücken, um nachsehen zu können, ob sich das verlangte Manuscript noch darin vorfinde, wurde demselben der Korb näher gebracht und die Papiere von ihm durchgegangen. Es fand sich dann auch wirklich ein Theil des fraglichen Manuscripts vor; allein der ange-troffene Rest enthielt nur den untern Theil der Bögen, und auch diesen nicht ganz vollständig, doch wurde derselbe zu den Acten genommen. — Professor List wurde nun weiter gefragt:

Fr. 56. Die Untersuchungs-Stelle habe das ganze Manuscript nöthig, Sie werden deswegen verbindlich gemacht das von demselben *Vernichtete*, wenn es Ihnen möglich ist, *beizubringen*.*

Antw. Den obern Theil des Manuscripts finde er nicht mehr; ohne sein Verschulden habe derselbe vielleicht eine andere Bestimmung erhalten. Er habe keinen Werth darauf gesetzt.

Fr. 57. Hat das Manuscript gleich zu Anfang das enthalten, als Sie es dem Druck übergeben haben, was nun in dem lythographischen Abdruck enthalten ist, oder sind während des Druckes Abänderungen an dem Manuscript vorgenommen worden?

Antw. Nein! an dem Manuscript seyen keine Abänderungen vorgegangen; aber die ersten Abdrücke haben im Eingang, wie das Manuscript, die Ortsbestimmung Reutlingen gehabt; das Wort „*Reutlingen*“ nun habe er im Correctur-Bogen durchstrichen.

Fr. 58. Warum haben Sie das Wort „*Reutlingen*“ auf dem Correctur-Bogen durchstrichen?

* Das heisst doch dem Herrn List das Unmögliche zumuthen. Wie kann er etwas *Vernichtetes* wieder *beybringen*?

Antw. Er habe es für unpassend gehalten, seinem Entwurf den Ort *Reutlingen*, ehe derselbe die Genehmigung von den Bürgern daselbst erhalten, einzuverleiben. Aus diesem Grunde habe er das Wort *Reutlingen* in den Abdrücken weggelassen.

Fr. 59. Wohin haben Sie die Ihnen abgegebene Exemplarien von der projectirten Adresse versendet?

Antw. Nach Reutlingen. Ungezählt habe er eine Partie an den Advokaten Schübler, der die Petition bei ihm gelesen, abgegeben.

Fr. 60. An wen haben Sie die Exemplarien nach Reutlingen abgehen lassen?

Antw. An den Kaufmann Keller daselbst. Weil er krank gewesen, habe Hr. Schübler die Versendung besorgt. Er selbst habe nicht einmal dazu geschrieben.

Fr. 61. Haben Sie dem Advokaten Schübler aufgegeben, dass er in Ihrem Namen die Versendung besorgen solle, und diesen angewiesen, was er zu dieser Versendung an den Kaufmann Keller zu schreiben habe?

Antw. Um die Besorgung der Versendung habe er den Advokat Schübler ersucht. Ueber ein Begleitungs-Schreiben sey aber unter ihnen nichts verabredet worden. Es sey ihm nicht unwahrscheinlich, dass die Exemplarien unter blosser Adresse abgegangen seyen. Kaufmann Keller habe die Bestimmung des Aufsatzes schon gewusst, und er werde an diejenigen Bürger in Reutlingen ausgetheilt worden seyn, die den Aufsatz von ihm zu erhalten gewünscht haben.

Fr. 62. Hat Advokat Schübler von Ihnen die Exemplarien, die er erhalten, sich ausgebeten, oder haben Sie ihm solche aus eigenem Antriebe übergeben?

Antw. Er habe dem Advokaten Schübler, ohne vorangegangene Aufforderung, eine Partie von den Abdrücken übergeben.

Fr. 63. Wurde unter Ihnen verabredet, welchen Gebrauch Advokat Schübler mit den, auf ihn gekommenen, Exemplarien zu machen habe? — Da Sie ihm mehrere Exemplarien zugestellt haben, so ist eine Verabredung über ihre Verwendung zu vermuthen?

Antw. Eine Verabredung über die Verwendung dieser, dem Advokaten Schübler zugestellten Abdrücke habe unter ihnen nicht Statt gehabt. Das aber habe er von Hrn. Schübler erfahren, dass er sie guten Freunden mittheilen werde.

Fr. 64. Das Durchstreichen der Ortsbestimmung Reutlingen lasse vermuthen, dass die projectirte Adresse für ein grösseres Publikum bestimmt gewesen sey. Sie werden deswegen aufgefordert, hierüber die Wahrheit anzugeben?

Antw. Er habe den Entwurf bloß für die Reutlinger gemacht, allein er würde keinem in Weg getreten seyn, wenn auch ausserhalb Reutlingen dieser Entwurf zu einer Petition benutzt worden wäre.

Fr. 65. Es fragt sich nun: haben Sie zu Verbreitung Ihres Entwurfs auch ausser der Begrenzung von Reutlingen etwas beigetragen?

Antw. Nein! er habe, um andere Staatsbürger für seinen Entwurf zu gewinnen, nichts gethan.

Fr. 66. Ist wirklich mit Ihrem Wissen der fragliche Entwurf nicht in andere Oberämter mit der nöthigen Instruction versendet worden?

Antw. Nein!

Fr. 67. Haben Sie noch etwas anzugeben?

Antw. Er bitte, ihn Morgen mit einem Verhör zu verschonen. Er habe wirklich noch Fieber und Schmerzen im Fuss hoffe aber über den Sonntag so hergestellt zu werden, dass er sich dann am Montag der Fortsetzung der Untersuchung unterziehen könne.

Zur Beglaubigung dieser Verhandlung,

(*Folgen die Unterschriften.*)

Fortgesetzt den 29 Januar 1821,

in der Wohnung des Professors List.

Criminal-Richter verfügte sich mit den Urkunds-Personen in die Wohnung des Professors List, und setzte daselbst das Verhör mit demselben fort. — Professor List wurde nun weiter befragt:

Fr. 94. Sie haben in ihrer letzten Vernehmlassung sich auf eine Correspondenz von Reutlingen berufen, die mit Ihrer projectirten Adresse an die Kammer der Abgeordneten in naher Verbindung

stehen soll: haben Sie dieselbe nun für die gegenwärtige Untersuchung parat gelegt?

Antw. Nachdem er bereits auf sein Verlangen von Mitgliedern des Magistrats und des Bürger-Collegiums und von den angesehensten Bürgern der Stadt Reutlingen ein Zeugniß erhalten habe, welches nicht nur enthalte, dass er ausdrücklich aufgefordert worden sey, sich nach Reutlingen zu begeben, um mit ihnen über ihre Wünsche zu Rath zu gehen, sondern dass er auch wirklich den Auftrag erhalten habe, im Namen der Bürgerschaft eine Petition zu entwerfen, so halte er für überflüssig, diese Correspondenz, von welcher es übrigens zweifelhaft sey, ob sie nur noch existire, vorzulegen.

Professor List produzirte hierauf wirklich das Zeugniß, auf welches derselbe sich so eben berufen hat, wollte solches aber nicht im Original dem Protokoll beilegen, bequeme sich aber hiezu, als ihm von dem Untersuchungs-Richter die Versicherung ertheilt wurde, dass ihm das Zeugniß durch eine beglaubigte Abschrift zu seinem etwaigen fernern Gebrauch ersetzt werden würde.*

Fr. 95. Das hier produzirte Zeugniß ersetze die der Untersuchungs-Stelle zugesicherte Correspondenz mit der Bürgerschaft oder ihren Vertretern in Reutlingen nicht, da dasselbe nur in ganz allgemeinen Ausdrücken abgefasst sey, und keine Aufschlüsse

* Dieses Zeugniß lautet wie folgt:

« Die Unterzeichneten bezeugen hiemit, dass sie während der gegenwärtig noch andauernden Ferien ihren Abgeordneten zur Ständerversammlung, den Professor List, eingeladen haben, sich hieher zu begeben. Dieses geschah in der Absicht, mit demselben sowohl über Ansprüche und Gesuche, welche hiesige Stadt für sich ins besondere durch landständisches Mitwirken geltend zu machen sucht, als auch über Vorschläge allgemeiner Verbesserungen in der Staatsverwaltung Rücksprache zu nehmen. »

« Professor List fand sich diesem zu Folge hier ein, und übernahm auf unser Ersuchen das Geschäft, sowohl über erstere, als auch über letztere Gegenstände für hiesige Gemeinde Petitionen an die Stände-Versammlung zu entwerfen. »

« Reutlingen, den 28 Januar 1821. »

Mitglieder des Stadt-Raths
und des Bürger-Collegiums,

(Folgen die Unterschriften.)

darüber verbreite, welche Vorschläge und Verbesserungen die Comittenten des Constituten in die gewünschte Adresse aufzunehmen verlangt haben. Sie werden deswegen von der Verbindlichkeit, die Correspondenz selbst vorzulegen, nicht befreyt?

Antw. Er habe nicht voraussehen können, dass eine so ganz unverfängliche Handlung, wie der Entwurf einer Petition an die Stände-Versammlung eine Criminal-Untersuchung zu Folge haben werde; er habe also auf diese Correspondenz auch keinen Werth gelegt. Sie enthalte übrigens nichts als eine Einladung des Oberbürgermeisters Merkh im Namen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft. Bey seiner Anwesenheit in Reutlingen erst haben ihm die Bürger ihre Wünsche und Beschwerden mündlich vorgetragen. Er selbst sey übrigens von den namenlosen Krankheiten, woran unsere Verwaltung leide, so gut unterrichtet, dass es dessen nicht einmal bedurft hätte, und in dem allgemeinen Auftrag, eine Petition im Namen der Bürgerschaft zu entwerfen, sey natürlich auch die Befugniss gelegen, von diesen seinen Kenntnissen und Erfahrungen den best möglichsten Gebrauch zu machen.

Fr. 96. Sie haben in diesem Entwurf, den Sie schon in ihrem letzten Verhör für ihre Sache erklärt haben, die Regierungsbehörden durch harte Beschuldigungen angegriffen, und diese öffentliche Anklage vor dem Publikum nun vor den competenten Gerichten zu verantworten. Im Eingang der von Ihnen verfassten Adresse werfen Sie den Regierungsbehörden vor, durch sie werde die bürgerliche Freyheit vernichtet, und das Mark des Landes werde durch dieselben verzehrt. * Die höhern und niedern Staatsdiener werden dargestellt, als stünden sie unter sich in einer Verschwörung, ** dem Bürger feindselig gegen über. Ein solcher

* „ Ein oberflächlicher Blick schon auf die innern Verhältnisse Württembergs muss den unbefangenen Beobachter überzeugen, dass die Gesetzgebung und Verwaltung unseres Vaterlandes an Grundgebrechen leiden, welche das Mark des Landes verzehren und die bürgerliche Freyheit vernichten. „ (Worte der Petition). Also nicht den *Regierungsbehörden*, sondern der *Gesetzgebung und Verwaltung* ist dieser Vorwurf gemacht.

** „ Eine von dem Volke ausgeschiedene, über das ganze Land ausgegossene, in den Ministerien sich concentrirende Beamtenwelt, unbekannt mit den Bedürfnissen des Volks und den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens, in endlosem Formenwesen kreisend, behauptet das Monopol der öffentlichen Verwaltung, jeder Einwirkung des Bürgers, gleich als wäre

Angriff der Staatsdiener involvirt nun eine schwere öffentliche Injurie, und die Regierung muss von Amtswegen denjenigen, der sich derselben schuldig gemacht, in Untersuchung ziehen, weil es ihr nicht gleichgültig seyn kann, welche Urtheile man sich gegen diejenigen erlaubt, durch welche die Staatsgewalten ausgeübt werden?

Antw. Die Petition also injurire einmal den *Regenten* nicht. In der constitutionnellen Monarchie könne den Regenten kein Tadel treffen, seine Person sey heilig und unverletzlich; er könne nur gerecht, nur gut, nur weise handeln. Aller Tadel treffe die verantwortlichen Minister und Staatsdiener. Es frage sich also, ob die Minister und Staatsdiener injurirt seyen? Vor allem aber müsse man auf den Begriff einer Injurie zurückgehen. Die bewährtesten Rechtslehrer sagen: sie sey eine, *unerlaubter Weise* gegen das vortheilhafte Urtheil von den Vorzügen eines Menschen geschehene, Handlung oder Aeusserung, welche die Absicht habe, denselben zu beleidigen. *Widerrechtlichkeit* der Aeusserung sey daher ein wesentlicher Theil des Thatbestandes; ohne sie sey keine Injurie denkbar. Widerrechtlich sey aber schon im Allgemeinen kein Urtheil, das dem Werth des Beurtheilten angemessen, das heisst der Wahrheit gemäss sey. Die Wahrheit des Urtheils hebe daher in der Regel den Begriff der Injurie auf. Ganz besonders aber müsse der Beweis der Wahrheit den Vorwurf einer Injurie vernichten, wenn der Beurtheilende zu dem Beurtheilten in einem Verhältniss stehe, welches dem Erstern eine unbestreitbare Befugniss einräume, Mängel und Gebrechen des Letztern zu rügen. So könne der Lehrer dem Schüler, der Vormünder dem Mündel seine Fehler vorwerfen, der Angeklagte alles anführen, was seiner Sache zum Vorstand diene, und die Obrigkeit, wenn sie ein Zeugniß auszustellen habe, die Fehler des Untergebenen rügen, ohne eine Injurie zu begehen. Eben so sey der Bürger

« sie staatsgefährlich entgegen kämpfend, ihre Formen-Lehre und Kasten-
 « Vorurtheile zur höchsten Staatsweisheit erhebend; eng unter sich verun-
 « den durch die Bande der Verwandtschaft, der Interessen, gleicher Erzie-
 « hung und gleicher Vorurtheile. » (Worte der Petition). Hierin liege, meint der Herr Inquisitor, die Behauptung, dass die Staatsdiener unter sich in einer *Verschwörung* stehen!

eines constitutionellen Staats berechtigt, die Verwaltung und die Gebrechen der bestehenden Institutionen, die Staatsdienerschaft im Allgemeinen, oder jeden insbesondere zu tadeln, denn die Verantwortlichkeit der Minister und der übrigen Staatsbeamten, gleich wie das Recht des Bürgers zur freyen Kritik der Gesetzgebung und Verwaltung seyen so wesentliche Bestandtheile der constitutionellen Monarchie, dass, wenn auch alle übrigen Einrichtungen derselben ähnlich sähen, doch der Mangel dieser Bestandtheile Folgen nach sich zöge, welche die Regierung eines solchen Staates von der Willkür-Herrschaft nicht wesentlich unterscheiden würde. — Betreffe nun dieser Tadel nur die Institutionen, so könne dem Tadelnden selbst dann nichts zur Last gelegt werden, wenn er ungegründet sey, weil Staats-Institutionen nicht beleidigt, und für den Mangel an Urtheilskraft und Sachkenntniss niemand tenent gemacht werden könne. Ein so unberufener Urtheiler strafe sich selbst, indem er sich dem Urtheil des unpartheyischen Publikums bloß stelle. — Betreffe der Tadel die Staatsfunctionaire, so komme es darauf an, ob er im Allgemeinen ausgesprochen worden, ob er nemlich das Verhältniss aller Staatsdiener zu allen übrigen Bürgern treffe. In diesem Fall könne sich der Staatsdiener durch keinen Vorwurf beleidigt fühlen, weil der Staatsdienst im Ganzen eine Institution sey, welche der freyen Kritik des Bürgers ausgesetzt seyn müsse, und weil hier die Absicht zu beleidigen gar nicht vorhanden seyn könne, oder weil doch jeden Falls die Absicht zum Besten des Ganzen wirksam zu seyn hier so stark sey, dass man Ausdrücke, welche an und für sich injuriös wären, gebraucht haben müsste, um den *animus injuriandi* wahrscheinlich zu machen. — Betreffe der Tadel einen einzelnen Functionair oder mehrere derselben, so werde es darauf ankommen, ob der Vorwurf intellectuelle Mängel und Fehler, als: Unverstand, Unwissenheit, oder moralische, z. B. Betrug und Bosheit enthalte. Vorwürfe jener Art können durch Argumentation widerlegt werden, im Fall sie unrichtig seyen; seyen sie aber richtig, so erwachse daraus dem Staat der Vortheil, dass der Regent die unfähigen Minister und Beamte kennen lerne, und der Staatsdienst von ihnen erlöst werde. Es könne hiebey kein Unterschied seyn, ob der Beamte ein Unterge-

ordneter oder ein Departements-Chef sey, vielmehr sey der Grund der freyen Critik um so stärker, je höher der Beamte stehe, weil der Nachtheil, den seine Unwissenheit dem Rufe der Regierung und dem Wohl des Staats bringen würde, um so grösser sey. Enthalte aber der Tadel einen moralischen Fehler, so erscheine derselbe allerdings als eine Ehrverletzung, wenn er nicht erwiesen werden könne. In allen diesen Fällen müsse die Absicht zu injuriren klar am Tage liegen. — Wenn man nun seinen Petitions-Entwurf nach diesen, auf die Ansicht der bewährtesten Criminalrechts-Philosophen, ebenso wie auf die Natur der constitutionellen Monarchie sich stützenden Grundsätzen beurtheile, so erscheine nirgends ein Beleidigter und nirgends eine Beleidigung; denn

Erstens, die Berechtigung des einzelnen Bürgers über die Gebrechen der Gesetzgebung, Verwaltung und Verfassung auszusprechen, liege in dem Wesen der constitutionellen Monarchie, und sey noch ganz besonders in dem §. 6 des Pressgesetzes ausgedrückt.

Zweytens, der in der Adresse ausgesprochene Tadel berühre nicht die Personen der Regierung, sondern den ganzen Staatsdienst als Institut. Es sey also nirgends ein Beleidigter.

Drittens, dieser Tadel betreffe nicht die moralischen Eigenschaften der ganzen Staatsdienerschaft, sondern entweder ihre intellectuellen Eigenschaften oder ihren politischen Standpunkt, welcher dem Einzelnen nicht einmal zum Vorwurf gereichen könne, weil es nicht in seinem Willen stehe, ihn zu ändern. Wenn also auch der Tadel ungegründet wäre, so würde er doch nicht als strafbar erscheinen, sondern als eine Folge irriger Ansichten zu betrachten seyn, welche in dem Urtheil der besser Unterrichteten ihre Erledigung fände.

Viertens. Es seyen die einzelnen Punkte alle durch die Notorietät erwiesen, auch erbiете er sich, wenn man etwa an der Wahrheit einzelner Punkte zweifeln sollte, strengen Beweis zu führen, und bitte deswegen ihm diese Punkte zu bezeichnen. Wie es aber

Fünftens nur möglich sey, ihn der Absicht zu injuriren zu bezüchtigen? Aus der ganzen Anlage des Aufsatzes er-

helle doch klar, dass er alle jene Gebrechen in der einzigen Absicht angeführt habe, um die gesetzgebende Gewalt für seine Vorschläge empfänglich zu machen, und ob es nicht barer Unsinn wäre, wenn jemand eine ganze Staatsdienerschaft, welche doch, die Verwaltung möge auch noch so schlecht beschaffen seyn, wenigstens zum grössern Theil aus rechtschaffenen Männern bestehe, injuriren wollte? — Wie aber könne man eine unsinnige Absicht vermuthen, wenn doch eine ganz vernünftige und klar ausgesprochene am Tage liege. Unter diesen Verhältnissen sey es allerdings sehr auffallend, wenn wissenschaftliche, und in den Rechten sehr erfahrene Männer, in der neuern Zeit Dinge für Injurien halten, welche doch keine Spur davon an sich trügen. Aber bey näherer Betrachtung lasse sich dieses Räthsel leicht erklären. In der *Lehre von Injurien* etc., gelte vor allem das *römische Recht* und die *Carolina*, dann die Meinungen der deutschen Criminalrechts-Philosophen, *Tittmann, Weber* u. a. — Jene Gesetze aber seyen nicht von *constitutionellen* Regierungen ausgegangen, und diese Rechts-Philosophen seyen wohl genöthigt gewesen, ihre Theorien der *absoluten* Monarchie anzupassen, unter welcher sie geschrieben hätten. Was aber in der *absoluten* Monarchie öfters als grosses Verbrechen erscheine, sey häufig in der *constitutionellen* erlaubt, oder werde öfters sogar als verdienstliche Handlung angesehen. — Dort, z. B., werde der Tadel der Staatsbeamten, und besonders der des höhern Ranges, als grosses Verbrechen bestraft, und Constitut glaube ganz gerne, hätte er diese Petition im Jahr 1812 geschrieben, dass das Criminal-Gericht, in bester Form, ihn sehr schwer condemnirt haben würde. Heute aber möge man sich erinnern, dass die Justiz ein Theil der constitutionellen Staats-Regierung sey, welche sich dem Geist und den ausdrücklichen Bestimmungen der Staatsverfassung anbequemen müsse. — Uebrigens bitte er, ihm zu sagen, *wer* denn eigentlich injurirt worden sey?

Fr. 97. Die ganze Staatsdienerschaft sey durch die Bezüchte im Eingange seiner Adresse auf eine injuriöse Art angegriffen, also die ganze Regierung, als Eine Personen-Gemeinheit; und dann seyen noch einzelne Regierungs-Gewalten, wie die Rechtspflege, und die Staatsfinanz-Wirthschaft, mit bitterm Tadel

und mit Vorwürfen von verläumderischer Art belegt worden. Die Regierung, als eine moralische Person betrachtet, sey von ihm angegriffen worden, und da einzelne Staatsdiener nach dem Pressgesetz und dessen 10. §. unter dem besondern Schutze der Gesetze stehen und weder unmittelbar noch mittelbar in Druckschriften an ihrer Ehre angetastet werden dürfen, so folge daraus von selbst, dass auch die Behörden nicht injurirt werden dürfen. In Württemberg gelten noch gegenwärtig die allgemeinen rechtlichen Bestimmungen über Injurien, und die gestattete Pressfreiheit habe gewiss Beschränkungen, unter die sich wenigstens die Würtemberger zu subordiniren habe?

Antw. Die Regierung sey sehr zu unterscheiden von den *Personen* welche dieselbe bilden. Die Regierung, als ein blosses *Regierungswesen*, könne nicht beleidigt werden, sondern *nur der Regent* und der *einzelne* Staatsdiener. Eben so können *einzelne Behörden* nicht beleidigt werden, sondern *nur die Personen* aus welchen dieselben bestehen. Es müsste also aus dem Petitions-Entwurf erwiesen werden, dass Aeusserungen darin enthalten seyen, welche einem Staatsbürger nicht zustehen, ohne die Ehre der Staatsdiener anzugreifen. Constitut habe bei der vorigen Frage schon die Gründe auseinander gesetzt, warum dem Staatsbürger eine Kritik der ganzen Verwaltung erlaubt sey. — Diese Grundsätze seyen in dem ganzen civilisirten Europa anerkannt, und nur unter unconstitutionellen Regierungsformen gelten Grundsätze, wie der Hr. Inquisitor sie so eben aufgestellt habe. Die Anschuldigungen des Herrn Inquisitors seyen übrigens *nur ganz allgemein*; es sey aber ganz klar, dass man, auf so *allgemeine* Vorwürfe hin, sich nicht gehörig verantworten könne. Constitut habe sich bereits oben zum Beweis der Wahrheit erbothen, und er bitte, ihm die Verläumdungen *im Einzelnen* anzugeben, deren er sich schuldig gemacht haben soll, um die Richtigkeit dieser Vorwürfe gründlich darlegen zu können. Uebrigens sey es ihm angenehm zu erfahren, dass die ganze Staatsdienerschaft, *also auch die Justizbehörden*, ihm als Parthie gegenüber stehe, und er werde seiner Zeit diese Eröffnung zu benutzen wissen. — Was den §. 8 d. Pressgesetzes betreffe, auf welchen sich der Hr. Inquisitor berufe, so sey dort offenbar blos von Ehrverletzung die Rede, welche gegen *Privaten* und *einzelne* Staatsbe-

begangen worden, wenn z. B. ein Bürger seinen Beamten der Bestechung, der Gewaltthätigkeit, etc. anklage. — Der S. sechs hingegen handle von *allgemeinen* Beschwerden, und nur nach *diesem* sey der Petitions-Entwurf des Constituten zu beurtheilen. — Wenn der Hr. Inquisitor behaupte, dass in dem *constitutionnellen* *Württemberg* noch dieselben Rechts-Prinzipien in Beziehung auf die öffentliche Injurie gelten, welche in dem *unbeschränkt monarchischen* gegolten haben, so frage Constitut, *warum* diese Grundsätze jetzt noch gelten sollen, und *wer* sie denn noch geltend mache? Seines Wissens seyen sie nicht in den Gesetzen gegründet, sondern man nehme für Recht an, was dieser oder jener Rechtsgelehrte einst für Recht gehalten habe. — Wenn aber die Gerichte in einem *constitutionnellen* Staate sich nach Rechts-Grundsätzen richten, welche unter einer *absoluten* Monarchie, dem Geiste dieser Regierungsform gemäs, ausgesprochen worden seyen, so vernichten sie dadurch die *constitutionnellen* Staatsbürgerrechte, und Constitut sey der Meinung, dass solche Gerichte, wegen einer solchen Rechtspraxis auf Verletzung der Verfassung angeklagt werden können. Er behaupte übrigens, dass wenn auch diese Sache ganz nach der *bisherigen Praxis* beurtheilt würde, ihm dennoch keine Injurie erwiesen werden könne, weil es, wie er oben angeführt habe, von allen Seiten an dem *Thatbestand* mangle.

Fr. 98. Da der Inquisitor einzig dem ihm vorgesetzten Gerichtshof wegen seiner bisherigen Schritte in dieser Untersuchungssache, verantwortlich sey, so halte er nicht für angemessen, sich mit Widerlegung von Theorien abzugeben, gegen die er durch sein Benehmen in dieser Sache, nach den Ansichten des Angeschuldigten, angestossen haben solle. Er halte es vielmehr für angemessen, nunmehr die einzelnen Behauptungen aus der Adresse auszuheben, die erwiesen werden müssen, wenn der Verfasser und Verbreiter nicht unter die Gesetze über Verläumdungen gestellt werden solle. — Sie haben in ihrem Entwurfe behauptet, das Mark des Landes werde durch die Beamtenwelt, wie Sie die Regierungs-Behörden nennen, verschlungen; die Beamten stehen unter sich in einer Verschwörung, dem Bürger feindselig gegenüber; die bürgerliche Freiheit werde durch sie vernichtet; sie, die Beamten, schwelgen bis zum niedersten Die-

ner herab, während die übrigen Classen der Bürger darben. Wie können Sie diese Bezüchte beweisen, oder wie glauben Sie solche rechtfertigen zu können?

Antw. Er müsse bitten, bey seinen Ausdrücken stehen zu bleiben, und ihm nicht Worte zu unterlegen, welche einen andern Sinn geben, als der sey, der aus seinen eigenen hervorgehe. Er habe nicht gesagt: *die Beamten* verzehren das Mark des Landes, und vernichten die bürgerliche Freiheit; er habe gesagt: *die Gesetzgebung und Verwaltung unseres Vaterlandes leide an Grundgebrechen, welche das Mark des Landes verzehren, und die bürgerliche Freiheit vernichten.* Darunter verstehe er nicht *die Beamten allein*, sondern alle gegenwärtig herrschenden Staats-Gebrechen, wie z. B. das *Feudalwesen*, die *stehenden Heere*; die *heimlichen Gerichte*, das *unmässige Schreiberei-Wesen*, und was dergleichen Dinge mehr seyen. — Dass die Beamtenwelt von dem Volke rein ausgeschieden sey, und nicht wie ehemals aus dem Volke hervorgehe, werde Niemand in Zweifel ziehen, wer die Verhältnisse kenne, und etwas weiter gesehen habe, als über den engen Kreiss seines Lebens hinaus. Dass diese Beamtenwelt über das ganze Land ausgegossen, sey eine Thatsache, kein Vorwurf, so wie dass sie sich in den Ministerien concentrirte. — Es sey freilich traurig, wenn gerade die, in deren Händen das Wohl des Volks sich befinde, mit seinen Bedürfnissen und mit den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens unbekannt seyen. Doch sey es dem also. Unsere Finanzleute wollen immer noch nicht begreifen, wie sehr das Feudalwesen den Akerbau drücke, und wie viel besser es wäre, wenn die Abgaben von der Production des Bürgers erhoben würden, und den erwerbenden Ständen das zu gut käme, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht selten in den Händen der Verwalter bleibe. — Obgleich das Volk nach öffentlichem Verfahren mit Sehnsucht verlange, besonders in Criminalklagsachen gegen Beamte, so scheine doch die Mehrzahl der Juristen entgegen zu seyn. Das Regierungs-Personal habe seine Unkunde der bürgerlichen Verhältnisse am glänzendsten dadurch bewiesen, dass es nicht schon längst auf erneuerte Wahl der alten Magistrate angetragen habe, durch deren Fortbestehen beinahe in allen Gemeinden des Landes

Irrungen entstanden seyen. — Was er noch weiter über die ersten Punkte seiner Eingabe zu sagen habe, um solche zu rechtfertigen, behalte er sich vor im nächsten Verhör nachzutragen. Er bitte nur, da er sehr ermüdet sey, für heute das Protokoll zu schliessen.

Das Verhör wurde hierauf wirklich abgebrochen, die Verhandlung vorgelesen, und sodann Professor List befragt:

Fr. 99. Sind Ihre Angaben richtig niedergeschrieben?

Antw. Ja.

Zur Beglaubigung der heutigen Verhandlung, etc.

(*Folgen die Unterschriften.*)

Morgen das Verhör mit Professor List wieder auf dem Zimmer fortzusetzen, weil derselbe erklärte, er getraue sich noch nicht wegen seines Rothlaufs auszugehen.

Fortgesetzt den 30 Januar 1821,

in der Wohnung des Professors List.

Criminal-Richter Cless und die beiden Gerichts-Beisitzer Föhr und Dörtenbach fanden sich heute nach Tisch wieder in der Wohnung des Professors List ein, um mit diesem die Untersuchung fortzusetzen, weil derselbe vorgebracht hatte, noch nicht im Stande zu seyn, auf dem Local des Criminal-Amtes zu erscheinen. Bei dem Eintritte in das Arbeitszimmer des Prof. List fand man denselben ausser Bett, jedoch ohne vollständige Fussbekleidung. Das Verhör wurde sodann mit demselben fortgesetzt, wie folgt:

Fr. 100. Ueber die ersten Stellen des von Ihnen verfassten Entwurfes haben Sie sich das Protokoll noch offen behalten, was haben Sie nun noch weiter zu Ihrer Rechtfertigung anzugeben?

Antw. Er wolle nunmehr fortfahren, wo er gestern stehen geblieben: — Die Beamtenwelt lege offenbar bei jedem Schritt, welchen die Regierung für die Emancipation der Gemeinde- und Amts-Corporationen thue, eine Eifersucht an den Tag, wie sie jeder Aristokratie eigen sey. Als die *Bürger-Collegien* errichtet worden, haben sie die Stimmen beinahe aller Beam-

ten gegen sich gehabt ; man habe damals behauptet , die ganze bürgerliche Ordnung sey in Gefahr ; dessen ungeachtet erkenne die öffentliche Meinung jezt diese Institution für unentbehrlich in der Gemeinde-Verwaltung. Eben so habe man sich gesträubt , das *Institut der Landräthe* , welches , wie Constitut bestimmt wisse , bei den Verfassungs-Unterhandlungen zu Ludwigsburg im Jahr 1819 von dem König den Ständen angeboten worden , anzunehmen. — Vor Zeiten sey der ganze Rechtsspruch in den Händen des Bürgers gewesen , und noch bis auf die neuesten Zeiten habe sich das Recht des Bürgers , von seines gleichen gerichtet zu werden , wenigstens dem Schein nach , erhalten in dem Dorf- und Stadt-Gericht und in den Criminal-Rechtstagen. Aber auch diesen Schein haben die allerneuesten Gerichts-Organisationen aufgehoben , und alle Rechtspflege werde nun von Staatsdienern verwaltet. — Die Abneigung der Württembergischen Juristen gegen Bürger-Gerichte , gegen das Institut der Geschwornen , und gegen die Oeffentlichkeit der Rechtspflege schreibe Constitut mehr dem Kastengeist als einer Ueberzeugung zu , welche aus gründlicher und unbefangener Würdigung der Sache geflossen. — Dies seyen die Gründe , die ihn veranlasst haben , zu sagen : » *Die Staatsdiener behaupten das Monopol der öffentlichen Verwaltung , sie kämpfen jeder Einwirkung des Bürgers entgegen , sie erheben ihre Formenlehren und Kasten-Vorurtheile zur höchsten Staats-Weisheit.* « — Der Herr Inquisitor habe oben dem Constituten zur Last gelegt , dass in dem Petitions-Entwurf den Beamten eine Art Verschwörung gegen das Bürgerthum zum Vorwurf gemacht sey. Wahrscheinlich habe der Herr Inquisitor hiebei die Bemerkung : » dass die Staatsdiener » durch die Bande der Verwandtschaft , der Interessen , gleicher Erziehung und gleicher Vorurtheile , eng unter sich » verbündet seyen , « im Auge gehabt. Es sey aber dieses keine neue Bemerkung. Die alt-württembergische Beamten-Aristokratie sey etwas uraltes , wie sich aus Reisebeschreibungen und Memoiren zur Genüge beweisen lasse. * *Geheimenraths-Stellen* seyen in vielen Familien erblich gewesen ,

* Siehe : *Keyssler* , *Nicolai* , *Anselmus Rubiosus* , und noch zwanzig andere.

und zu *Oberamtey-Stellen* scheinen manche ein *Privilegium* gehabt zu haben. — Bis auf die Wissenschaften habe sich diese Aristokratie erstreckt, und der Senat in Tübingen habe sich besonders beleidigt gefühlt, so oft ihm in neuerer Zeit ein *Unverwandter* beigesellt worden. Jedes Collegium habe für sich eine besondere Oligarchie gebildet, daher auch der Ausdruck: *Canzley-Verwandte*, weil die Mitglieder wirklich in der Regel in Blutsverwandtschaft mit einander gestanden seyen, oder wenn dies auch nicht der Fall gewesen, sich doch als Verwandte betrachtet haben.

Dass die Staats-Diener ein anderes Interesse haben, als die Bürger, ergebe sich daraus, dass jene *consumiren*, was diese *produciren*. Weil sie sich von den Lasten des Staats immer *frei* zu machen gewusst, haben sie auch kein besonderes Interesse gehabt, den Staats-Aufwand zu beschränken, und es scheine der Versuch, der neuerlich gemacht worden, um die *Besoldungen* zur Steuer zu ziehen, nicht von daurendem Erfolg zu seyn, da die Besoldungs-Steuer in dem neuen Budget bereits wieder *aufgegeben* sey. — Hieraus möge der Herr Inquisitor abnehmen, dass alle diese Vorwürfe gegründet seyn können, ohne der Beamten-Aristokratie eine Verschwörung anzusinnen. Constitut glaube allerdings, dass die Württembergischen Beamten gut leben, und zum Theil sogar *luxuriös*. *Luxus* sey nemlich ein Verhältniss-Begriff und bezeichne einen Aufwand, welcher mit dem Einkommen nicht im Verhältniss stehe. — Wenn daher der ganze Bürgerstand in Württemberg sich auf das Unentbehrlichste beschränken müsse, während eine Menge von Beamten ihr reichliches Auskommen haben, die im höhern Staatsdienst aber so gut gestellt seyen, dass sie das Gedoppelte dessen verzehren können, was sie unter der vorigen Regierung erhielten, so werde man wohl sagen können, dass sie im Wohlstand und Luxus leben.

Fr. 101. In der von Ihnen verfassten Adresse sprechen Sie ferner von *bittern Beschwerden wegen unredlicher Magistrate, von Gewaltthätigkeit der Beamten, von geheimen Berichten, von Mangel an Unpartheilichkeit der Obern*; * diese Bezüchte haben Sie

* Diese Ausdrücke sind von dem Herrn Inquisitor, nach der oben gerügten Manier, abermals in ein schillerndes Licht gestellt. Es heisst in der

zu erweisen, und Sie trifft der Vorwurf des Andichtens so lange, als Sie nicht die Wahrheit Ihrer Behauptungen auf eine andere Weise, als durch sich selbst, vollständig dargethan haben werden?

Antw. Diese Beschwerden könne man in *jedem Oberamt, in jedem Dorfe hören*. Constitut wolle indessen bei *derjenigen Stadt* stehen bleiben, in deren Namen er die Petition, mit besonderer Rücksicht auf ihre Verhältnisse, entworfen habe. — Hier habe der ganze Magistrat, wie er zuvor bestanden, die Achtung der Bürgerschaft gänzlich verloren. Einige von seinen Mitgliedern seyen abgeschafft worden; andere haben sich geschämt in einem solchen Collegium noch ferner zu sitzen, und daher freiwillig quittirt; noch andere aber seyen schamlos genug gewesen, den Klagen der Bürgerschaft die Stirne zu bieten. Einer von ihnen sey von der Kreis-Regierung, wegen erwiesener Vergehen, vom Amte suspendirt worden, welche Suspension jedoch, man wisse nicht aus welchen Gründen, von dem Ministerium des Innern wieder aufgehoben worden sey. — Die neuerwählten Stadträthe haben es daher für anstössig gehalten, mit diesem Ueberrest des alten Magistrats zusammen zu sitzen, und erklärt, sie werden ihre Stellen nicht annehmen, so lange nicht das ganze Collegium erneuert sey. Das Ministerium habe dieselben hierauf mit einer Strafe — er wisse nicht — blos bedroht, oder wirklich belegt. Man könne sich denken, welche Erbitterung dadurch in der Bürgerschaft veranlast worden. — Von gewaltthätigen Beamten wissen besonders die neuen Landestheile zu erzählen. Die *Stadt Reutlingen* sey acht Jahre lang mit einem Oberamtmanne heimgesucht gewesen, der sich Dinge erlaube, *wie man sie kaum von türkischen Pascha's höre*. — Er wolle die Untersuchungs-Behörde mit Erzählungen erweislicher Thatsachen nicht ermüden, indem er diese Sache

Petition wörtlich: « Auf der andern Seite (nehmlich auf Seiten der Bürger)
 « Unwerth der Früchte, Stockung der Gewerbe, Fallen der Güterpreise,
 « Klagen über Geldmangel und Abgaben, Steuerpresser, Cantungen,
 « *bittere Beschwerden über unredliche Magistrate, gewaltthätige Beamte, ge-*
 « heime Berichte und Mangel an Unpartheilichkeit der Obern. » Herr List hat also nicht behauptet, dass die Magistrate unredlich, die Obern partheyisch seyen, sondern dass man vom Volk diese Beschwerden vernehme. Im Verhör ist Herrn List, wie man aus seiner Antwort ersieht, diese feine Stellung der Frage nicht aufgefallen.

als bekannt voraussetze. Die Bürgerschaft habe am Ende, durch seine Tiranny zur Verzweiflung getrieben, den König durch eine besondere Deputation um Erlösung von diesem Beamten gebeten. *Se. Majestät* haben der damaligen Section der innern Administration strenge Untersuchung aufgegeben. Diese Behörde aber habe sich begnügt, den Oberamtmann zum Bericht über die eingereichten Beschwerden aufzufordern, und da natürlich derselbe in seinem Bericht als ganz unschuldiger Mann erschienen sey, so habe die Section der innern Administration für Recht erkannt, sämtliche Ankläger (die angesehensten Bürger von Reutlingen nemlich) sollen vor die Landvogtey Urach zitirt und ihnen dort, als muthwilligen Querulanten, ihre ungegründete Klage ernstlich verwiesen werden.

Diesen Hergang der Sache haben die Bürger ganz einfach in den *Volksfreund aus Schwaben* einrücken lassen, worauf der Oberamtmann sie der Injurie angeklagt, und der Criminal-Gerichtshof in Esslingen, unter Verwerfung der Einrede der Wahrheit, den Einsender schwer bestraft habe. Auch scheine in der Folge das Ministerium der Innern von der Würdigkeit des gedachten Oberamtmanns dergestalt überzeugt gewesen zu seyn, dass es ihn, gleichsam zur Belohnung der ausgestandenen Bedrängniss, auf eine bessere Stelle versetzt habe.

Wenn man noch weitere Beispiele ähnlicher Art wissen wolle, sey Constitut bereit, sie anzugeben. Inzwischen glaube er, dass es hieran genüge, um seine Ausdrücke zu rechtfertigen. — Dass die Beiberichte * *geheim*, und daher *dem Volk ein grosser Anstoss seyen*, sey bekannt. Und aus der vorigen Geschichts-Erzählung erhelle, wie man nur all-

* *Berichte*, welche jedem Gesuch oder Vorbringen eines Bürgers, das er an die obern Staats-Behörden stellt, beygelegt werden. Es ist sehr begreiflich, dass entfernte Regierungsstellen, ohne Zeugniss und Gutachten der Localbehörden, kein solches Gesuch mit Sicherheit beurtheilen können. Warum aber verstattet man dem Bürger nicht die Einsicht dieses Berichtes, damit gehässige Gutachten und hinterlistige Entstellung der Thatsachen vermieden werden? So aber ist der Bürger, der einmal dem Beamten gehässig geworden, in allen Instanzen der Regierung verloren. Wie ein böser Dämon begleitet er ihn, in den Mantel der Heimlichkeit gehüllt, selbst bis vor die Stufen des Throns.

zusehr geneigt sey, auch gegen die gravirtesten Unterbeamten mit der grössten Schonung zu verfahren. — Der herrschende Ton der Württembergischen Beamten-Hierarchie, besonders auf dem Lande, sey herrisches, hochfahrendes Wesen gegen den Bürger. Dieser Ton schreibe sich schon von alten Zeiten her, und nur in neuerer Zeit verspüre man eine durch die Publicität bewirkte beträchtliche Veränderung bei jüngern Beamten. Häufig werden sogar die Orts-Vorsteher und Gemeinde-Beamten in den Amtsstuben schnöde behandelt, und dieses sey zugleich mit ein Grund, warum ehrenhafte und tüchtige Männer solche Aemter ablehnen. — Auf dieses Gebrechen habe Constitut anspielen wollen, wenn er gesagt habe: „*Nirgends Ehre*,“ etc. — Wie wenig auch im Allgemeinen Achtung vorhanden sey gegen diejenigen, die durch Volkswahl bestellt werden, zeige sich an der Behandlung, die Ihm widerfahre. Nach seinen Begriffen sollte die Würde eines Volksrepräsentanten um vieles mehr geachtet werden, als hier geschehe.

Fr. 102. Sie haben in Ihrem Aufsatze, den Sie für die Oeffentlichkeit bestimmten, den Verwaltungs-Behörden des Königreichs *alle Kenntnisse des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues abgesprochen*; wie wollen Sie diese nachtheilige Aeusserungen rechtfertigen?

Antw. Es sey ein alter Fehler der Württembergischen Verwaltungs-Behörden, dass sie um die National-Industrie sich nicht viel bekümmern. Die Ursache hievon liege darin, dass diejenigen, welche wissenschaftliche Bildung erhalten, sich blos auf das Studium des Rechts beschränkt haben, und staatswirthschaftliche Kenntnisse weder von ihnen verlangt worden seyen, noch auf der hohen Schule haben erlernt werden können, weil es an den nöthigen Lehrstühlen gefehlt habe; wogegen diejenigen, welche die praktische Laufbahn eingeschlagen, sich vorzugsweise blos mit den Formen, nicht aber mit dem Wesen der Verwaltung beschäftigt haben. Hieraus sey zu erklären, wenn vor noch nicht gar langer Zeit eine Württembergische Behörde ausgeschrieben habe, dass *kein Bauer mehr als ein halb Simri Rübsaamen auf seine Aecker säen dürfe*. Hieraus erkläre es sich, wenn man zur Zeit die grossen Vortheile der Aufhebung des Feudalwesens noch nicht genugsam einsehe. — Die ungeheuren Fehler der würtem-

bergischen Zoll-Ordnung, die Mängel in dem Gewerbswesen, u. s. w. lassen sich nur daraus erklären, dass die Staats-Beamten sich nicht mit der Staatswirthschaft-Lehre genugsam vertraut gemacht haben. Wie wenig übrigens in der Regel die Behörden für die Industrie Rücksicht haben, hievon wolle er nur ein Beispiel anführen: In Reutlingen werde sehr viel Tischlerleim fabrizirt, und es sey dies einer der bedeutendsten Ausfuhr-Artikel. Da aber die Fabrik-Gebäude sich in der Nähe eines sehr angenehmen Spaziergangs befänden, so habe die dortige Regierung in vollem Ernst an den Stadt-Rath das Ansinnen gemacht, die Gebäude an einen ganz entlegenen Ort zu verlegen.

Da es bereits Abend geworden und das Verhör nun drei Stunden gedauert hatte, so wurde solches für heute eingestellt. Das Verhandelte wurde dem Constituten vorgelesen und an denselben noch die Frage gestellt:

Fr. 103. Ob alles richtig niedergeschrieben sey?

Antw. Ja.

Morgen Vormittag die Untersuchung fortzusetzen.

Für die Richtigkeit der Verhandlung, etc.

(Folgen die Unterschriften.)

Fortgesetzt den 31 Januar 1821.

Der Criminal-Richter erschien heute mit den Gerichts-Beisitzern wieder in der Wohnung des Professors List, welcher sich immer noch, wegen seines Rothlaufs, gegen das von ihm verlangte Erscheinen auf dem Criminalamts-Local entschuldigte. Das Verhör wurde nun mit Professor List fortgesetzt, wie folgt:

Fr. 104. Man komme nun an diejenigen Vorwürfe, welche Constitut der vaterländischen Gerichtsverfassung gemacht habe. Sie haben ihr in Ihrem Aufsätze vorgeworfen, sie sey kostspielig, endlos, und unbehülflich; sie ermangle aller Oeffentlichkeit und einer gesunden Gesetzgebung. Diese Vorwürfe müssen um so mehr als verläumderisch angesehen werden, als Ihnen unmöglich unbekannt seyn kann, dass die Gerichte des Königreichs sich über ihre Thätigkeit öffentlich ausweisen, und den Parthien Einsicht aller Akten gestattet ist; von heimlichen Gerichten, wie Sie unsere Ge-

richte im Laufe der Untersuchung genannt haben, also keine Rede seyn kann. Womit wollen Sie nun Ihren Artikel über das Gerichtswesen rechtfertigen?

Antw. Diese Vorwürfe treffen hauptsächlich die Gerichte zweiter und dritter Instanz. Das Verfahren in erster Instanz gehe leider gegenwärtig nur in zu starkem Galopp. An diesen beiden Instanzen habe Constitut mit allen bürgerlich-gesinn-ten, in der Sache erfahrenen Männern auszusetzen, dass *kein mündliches Verfahren* statt habe, und dass alles bei *geschlossenen Thüren* verhandelt werde. Das frühere Verfahren bei dem Hofgericht und der uralte Criminal-Prozess habe anerkannt vor dem gegenwärtigen in dieser Hinsicht grosse Vorzüge gehabt. Besonders in Criminalsachen müsse es dem Angeschuldigten daran liegen, seinen Richter selbst zu sehen, und selbst zu ihm zu sprechen, auch sich bewusst zu seyn, dass der Richter unter den unmittelbaren Augen des Volks sein Urtheil ausspreche. Constitut fühle das Drückende der gegenwärtigen Einrichtung besonders in diesem Augenblick, wo er nichts so sehr wünsche, als von Antlitz zu Antlitz seinen Richtern gegenüber zu stehen, um ihnen beweisen zu können, wie sehr sie alle Freiheit des Urtheils über die öffentlichen Institutionen niederdrücken würden, wenn sie seine eben so allgemeinen als in der Wahrheit gegründeten Urtheile (zu deren Beweis er tausend Zeugnisse beibringen könnte, wofern sie noch bezweifelt werden wollten) für eine Injurie erklären könnten.

Fr. 105. Nun komme die Untersuchungsstelle noch an den Vorwurf, den Constitut der Staatsfinanzwirthschaft gemacht habe. Sie sagen von ihr in Ihrem Aufsatz, *ihr Aufwand übersteige alle Verhältnisse, ihr Einkommen erschwere den Verkehr, hemme die Industrie, begünstige Unterschleife, etc., das Ganze sey ohne Plan und staatswirthschaftliches Prinzip.* Es musste bey diesen Vorwürfen die Behauptung besonders als verläumderisch auffallen, dass Sie sich zu sagen erlaubt haben, *unsere staatswirthschaftliche Institutionen begünstigen Unterschleife.* Sie haben daher in Ihrer Verantwortung sich hauptsächlich auch auf diesen Vorwurf einzulassen?

Antw. Dass der gegenwärtige Staats-Aufwand alle Verhältnisse übersteige, müsse sich in ganz kurzer Zeit klar zeigen. Die Summe der Abgaben bewaise an und für sich nichts. —

Würtemberg brauche jetzt 10 Millionen, daraus lasse sich nichts folgern. Diese Summe könne wenig oder viel seyn; Alles komme nur darauf an, wie gross das Einkommen der Nation sey und dieses sey bedingt durch die Handels- und Gewerbsverhältnisse, welche die Preise der Producte bestimmen. Wenn Würtemberg 10 Millionen Scheffel Früchte produziere, und der Scheffel gelte *acht* Gulden, so betrage das National-Einkommen 80 Millionen, und der Producent dürfe nicht mehr als den *achten* Theil seines Brutto-Einkommens entrichten, um den Staats-Aufwand zu decken. Gelte aber der Scheffel nur *zwei* und *einen halben* Gulden, so betrage das National-Einkommen nicht mehr als 25 Millionen, und der Producent müsse dann, bey 10 Millionen Aufwand, beynahe die Hälfte seines Brutto-Ertrags in die Staatskasse abliefern. — Dies sey das ungefähre Verhältniss des gegenwärtigen Staats-Einkommens zum Staats-Bedarf, und niemand werde läugnen, dass es ein unleidliches sey. Unsere Finanzen erschweren den Verkehr, weil sie vermittelst der Accise das Kaufen und Verkaufen besteuern, nicht aber den Gewinn. Sie hemmen die Industrie aus eben diesem Grunde, weil das *Gewerb*, und nicht der *Erwerb* besteuert werde. — Ein nicht geringeres Hinderniss sey das immer noch fortdauernde Feudal-Verhältniss. Unsere Staatsfinanzwirthschaft begünstige Unterschleife, *weil sie eine ausgedehnte Natural- und Güterwirthschaft führe*, und weil die indirecten Abgaben die Beeinträchtigung des Staats in der Verwaltung auf manche Weise zulassen. — Von jenen wolle er, unter so vielen andern Beispielen, nur diejenigen berühren, welche von den Herrschaft-Küfern und Kastenknechten so häufig verübt werden, und wovon man zunächst hier in Stuttgart ein so auffallendes Beispiel vor Augen habe. — Dass die Finanzen in der Erhebung kostspielig und unbehülflich seyen, werde Constitut dem nächst in einem in der Stände-Versammlung zu haltenden Vortrag ganz klar machen; er werde beweisen, dass auf die Domainen- und Feudal-Gefälle 45 Procent, auf die indirecten Abgaben 33 Procent, auf die Forste aber mehr als 100 Procent verwendet werden. — Dass von einem Staate, wo auf das blosse Kaufen und Verkaufen, auf das Essen, Trinken, Rauchen, Tabakschnupfen Steuern gelegt seyen, wo Zehenten, Gülten, Salzverwaltungen, Staatsfa-

bricken bestehen, wo der Staat nicht nur das Holz besitze, sondern auch ein Monopol damit treibe, dass von einem solchen Staate behauptet werden könne, er habe weder Plan noch staatswirthschaftliches Prinzip, dies werde ihm jeder zugeben, der nur die oberflächlichsten staatswirthschaftlichen Kenntnisse besitze.

Fr. 106. Ist die Broschüre, die den Titel hat: *Aktenstücke und Reflexionen über das policeiliche und criminelle Verfahren, etc.*, von Ihnen ausgegangen?

Antw. Ja, er sey der Verfasser dieser Schrift.

Fr. 107. Wie haben Sie sich aber erlauben können, den in polizeilichen Beschlag genommenen Entwurf der Petition an die Kammer der Abgeordneten in dieser Brochüre abdrucken zu lassen, und im Publikum zu verbreiten? In der Beschlagnahme des Entwurfes lag für Sie das Verbot, diesen Entwurf nicht wieder in Druck zu geben.

Antw. Schon am zweiten Tag der Beschlagnahme habe er gehört, dass die übertriebensten Gerüchte über den Inhalt der Petition hier in Umlauf seyen. Auch enthalte der *Nieder-rheinische Kurier* einen Artikel, dessen Ursprung leicht zu errathen sey, und der dem Constituten sogar *Aufruhr* vorwerfe. Unter diesen Umständen habe er zu seiner Vertheidigung die ganze Sache dem Publikum vorlegen zu müssen geglaubt. Die vorhergegangene Beschlagnahme der Polizei habe an dem ihm nach den Pressgesetzen zustehenden Recht nichts präjudiciren können, und er sey, damals wie heute, innig überzeugt gewesen, dass der Petitions-Entwurf nichts enthalte, was die Polizei zu einem solchen Verfahren berechtige.

Fr. 108. In dem *Volksfreund aus Schwaben* in der 6ten Nummer, ist, unter der Ankündigung: *An die Freunde des Vaterlandes*, ein Aufsatz erschienen, der in naher Verbindung mit der von Ihnen verfassten Petition zu stehen scheint, und ich habe Sie deswegen zu fragen in wie weit meine Vermuthung gegründet ist, dass jener Aufsatz der Vorgänger Ihres Petitions-Entwurfs war?

Antw. Er habe mit der Redaktion des *Volksfreundes* nichts zu schaffen, und dessen Aufsätze, sie mögen heissen wie sie wollen, gehen ihn nichts an. Er wisse nicht, dass der ihm be-

merkte Aufsatz in Verbindung mit seinem Petitions-Entwurf stehe.

Fr. 109. Haben Sie sonst noch etwas dem Protokoll einzuverleiben?

Antw. Er wolle, um die Anschuldigung einer Injurie gegen die gesammte Staatsdienerschaft zu widerlegen, seine Gegen Gründe nur noch in möglichster Kürze wiederholen. Eine Injurie setze nach dem bereits gegebenen Begriff voraus:

- 1) Dass die Staatsdienerschaft sich durch die von ihm gemachten Aeusserungen beleidigt fühlen *könne*;
- 2) Dass er zu dieser Aeusserung und Urtheilen *nicht berechtigt* gewesen sey;
- 3) Dass die von ihm aufgestellten Behauptungen der *Wahrheit nicht gemäs* seyen, und
- 4) Dass die *Absicht* die ganze Staatsdienerschaft zu *beleidigen*, klar am Tage liege.

ad 1) Er habe nicht die einzelnen Staatsdiener getadelt, sondern ganze Institute. Er habe diesen Instituten Gebrechen vorgeworfen, welche zu ändern nicht in der Macht des Einzelnen liege. Er habe nicht einmal die in der gegenwärtigen Zeit lebenden Staatsdiener als die Urheber dieser Gebrechen angeklagt, sondern ausdrücklich gesagt: » er sei » weit entfernt der gegenwärtigen Regierung vorzuwerfen, » was die Irrthümer von Jahrhunderten dem Bürger Schlimmes aufgelastet. « Wenn sich unter solchen Verhältnissen die ganze Staatsdienerschaft beleidigt fühle, so sey dieses bloß eine Anregung jener Empfindlichkeit, welche gewöhnlich die Genossen eines Standes befallt, dessen Gebrechen an das Licht gezogen werden. Uebrigens müsse er durchaus in Abrede ziehen, dass ein ganzer Stand in dieser Ausdehnung injurirt werden könne. Wenn man dies annehme, so müsse man auch zugeben, das ganze Volk könne injurirt werden; eine Folgerung, welche nicht selten den Staatsfunctionairen zur größten Unbequemlichkeit gereichen dürfte.

ad 2) Es sei ein wesentlicher Bestandtheil der constitutionellen Monarchie, dass jedem Bürger das Recht zustehe, die bestehenden Institutionen, die Mitglieder der Regierung und der Gesetzgebung, so wie ihre Handlungen und ihre Verwaltung zu tadeln. Hievon sei allein der Regent ausgenommen. — Dass in Würtemberg dieselben Grundsätze gel-

ten, bewaise der §. 6 des Pressgesetzes, und das Kapitel 10 der Verfassung, nach welchen die Minister wegen verfassungswidrigen Handlungen angeklagt werden können. Der §. 6 des Pressgesetzes insbesondere besage ausdrücklich: *dass Betrachtungen und Erörterungen über Landes-Verfassung und Verwaltung, so wie Wünsche für Verbesserungen und für die Abhülfe von Beschwerden jeder Art öffentlich bekannt zu machen erlaubt, und nur Aufruf zur Widerständigkeit, zu Aufruhr und Empörung ein Verbrechen sei.* — Ohne eine solche freye Critik, der Personen sowohl als der Institutionen könnte der Zweck, den sich eine jede gute Verfassung vorsetzen müsse, unmöglich erreicht werden. Denn an und für sich sey es kein Unterschied, ob der einzelne Bürger, oder der Volks-Repräsentant einen solchen Tadel ausspreche; und werde er als Injurie betrachtet, so müsse dieser wie jener der gerichtlichen Verfolgung unterworfen seyn, wofern er sich derselben schuldig mache. Wie aber, frage er hiemit, wie es möglich wäre, den Gebrechen des Staats abzuhefen, wenn sogar der Repräsentant sie nicht einmal schildern dürfte, ohne sich einer Injurie gegen eine Menge von Staatsbeamten schuldig zu machen? wie man den so ausserordentlich ausgedehnten Staatsdienst wieder auf eine dem Wohl des Ganzen entsprechende Weise vermindert zu sehen hoffen dürfte, wenn man nicht einmal das Daseyn dieser ausgedehnten Beamtenwirthschaft, geschweige denn ihren nachtheiligen Einfluss schildern dürfte? Wie man, erwarten könnte, je eine nach der gesunden Vernunft eingerichtete und dem Wohl der Bürger entsprechende Staatsfinanzwirthschaft hergestellt zu sehen, wenn man von den gegenwärtigen Gebrechen dieses Verwaltungszweiges nicht frei sprechen dürfte, ohne Gefahr zu laufen, von sämtlichen Finanzleuten der Injurie angeklagt zu werden? Allerdings müsse diese Critik eine Grenze haben, und es könne weder dem einzelnen Bürger noch dem Repräsentanten erlaubt seyn, von den Staatsbehörden oder von den Personen, mit welchen sie besetzt seyen, nur Alles zu sagen, was ihnen in den Sinn komme. Diese Grenze aber könne nicht so weit vorgerückt werden, dass nicht nur der gute Ruf der Staatsdiener, sondern auch ihre Vorurtheile, ihre Annassungen gegen den Bürgerstand, ihre etwaige Unfähigkeit,

die Ueberschreitungen ihrer Amtsgewalt und andere Fehler dadurch in Schutz genommen werden. Im Gegentheil erfordere das Wohl des Staats eben sowohl als die *wahre Ehre* der Staatsfunctionäre, dass dem Bürger erlaubt sey, allgemeine Gebrechen, woran die Staatsdienerschaft leide, ihre Vorurtheile, u. s. w., an das Licht zu ziehen, einzelne Fehler zu tadeln, und überhaupt alles zu rügen, was dem Wohl des Ganzen nicht entspreche. Durch alles dieses werde kein Recht irgend eines Staatsdieners verletzt; denn die Ansprüche der Staatsgenossen auf höchst möglichste Treue, Unbefangenheit, Intelligenz derjenigen, welchen das Volk sein Wohl in die Hände gegeben, stehen weit höher, als die Ansprüche der Einzelnen auf eine, ihrer Willkühr, ihrer Selbstsucht und Bequemlichkeit entsprechende Amtsverwaltung. Die einzig wahre Gränze liege nur da, wo der Einzelne sich unbefugterweise, ohne hinlängliche Gründe anzuführen, oder überhaupt sein Urtheil zu motiviren, dem Staatsbeamten Pflichtverletzungen oder Verbrechen vorwerfe, oder wenn die Aeusserung des Bürgers in Ausdrücken abgefasst sey, welche an und für sich injuriös wären. — Constitut sey überzeugt, dass, hätte Herr *Weber* unter einer constitutionellen Monarchie geschrieben, er ganz diese Ansichten theilen würde, die sogar mit seinen im 2ten Theile seines Werkes ausgesprochenen Ansichten über öffentliche Injurien so ziemlich harmoniren.

ad 3.) Er habe seine Behauptungen Oben näher ausgeführt, und glaube, dass kein Zweifel über ihre Wahrhaftigkeit übrig bleibe.

ad 4.) Er habe diese Gebrechen in keiner andern Absicht angeführt, als um die Gesetzgebende Gewalt für seine Vorschläge empfänglich zu machen. In dieser Absicht habe er die Gebrechen des Bureau-Wesens, die Eifersucht der Beamten-Aristokratie u. s. w. angeführt, um die Ständerversammlung für die *Emancipation der Gemeinden* zu stimmen. Des Mangels an Handels- Gewerbs- und Landwirthschaft-Kenntnissen bei den Verwaltungs-Behörden habe er erwähnt, um seinem Vorschlag zur Errichtung des *Landraths-Instituts* Eingang zu verschaffen. Das Justizwesen habe er getadelt, um die von ihm vorgeschlagene, ungleich vorzüglichere *Justiz-Organisation* zu bewirken. Die Gebrechen der Staatsfinanz-Wirth-

schaft habe er so strenge geschildert, weil er innig überzeugt sey, ohne die von ihm vorgeschlagene Finanz-Reform müsse über kurz oder lang ein *National-Bankerott* erfolgen. — Hier sehe man nirgends eine Absicht zu beleidigen. Da übrigens sämtliche Staatsdiener ihm als Parthei in dieser Sache gegenüber stehen, da ganz besonders die Mitglieder der zweiten und dritten Gerichts-Instanzen sich beleidigt fühlen müssen, wenn je eine Beleidigung gedenkbar wäre, da ausserdem ihr persönliches Interesse sehr ins Spiel komme, weil Constitut die Aufhebung dieser Behörden vorgeschlagen habe; da endlich *Niemand zugleich Parthei und Richter seyn könne*, so müsse er, wenn nicht von der weitem Verfolgung dieser Sache abgestanden würde, den Kreis-Gerichtshof und das Ober-Tribunal perhorresziren und darauf antragen, dass im Wege der Gesetzgebung ein unpartheyischer Richter ernannt werde.

Für die Legalität dieser Verhandlung, etc.

(*Folgen die Unterschriften.*)

Fortgesetzt den 27 April 1821.

Der Aufforderung gemäs erschien heute der vormalige Professor *Friedrich List* vor dem Kön. Criminal-Amt, und es wurde mit demselben das Verhör fortgesetzt:

Fr. 124. Fortsetzung. Ist Ihnen davon, dass eine Gesellschaft in Reutlingen im Weinhaus des Stadtraths Knapp daselbst zusammengetreten ist, um Vorschläge zu Verbesserungen der Staatsverwaltung zu machen, Etwas bekannt und was?

Antw. Auf dergleichen Nebenumstände könne es nicht ankommen. Er sey Repräsentant von Reutlingen gewesen und sey es noch. Als solcher habe er Pflicht und Befugniss mit seinen Commitenten zu communiciren, und diesfalls Niemand Rede zu stehen. Dass er aber in seiner Eigenschaft als Repräsentant, und nicht als Aufwiegler, als welchen man ihn behandle, in Reutlingen gewesen, bewaise die Einladung des Oberbürgermeisters, die er dem Criminal-Amt zu den Acten gegeben. Ihm scheine die Justiz-Behörde überhaupt sehr wenig Achtung

vor den constitutionellen Rechten zu haben. Wenn es erlaubt sey, den Amtsschritten eines Repräsentanten der Art criminel nachzuspüren, und eine Gemeinde, welche das ihr constitutionnel zustehende Petitionsrecht in Ausübung gebracht habe, Criminal-Verhören zu unterwerfen, so werde in einem solchen Staat eben nicht viel auf constitutionnelle Freiheit gehalten. — Ueberhaupt müsse er erinnern, dass alles darauf ankomme, ob die von ihm entworfene Petition verbrecherische Aeusserungen enthalte oder nicht. Alles übrige sey blos Nebensache und diene nur dazu, die einfache Thatsache in einen Schwulst von Fragen und überschriebenem Papier zu verhüllen.

Fr. 125. Es liegen Anzeigen vor, dass Sie mit den Mitgliedern jener Ihnen bezeichneten Gesellschaft, schon ehe Sie nach Reutlingen eingeladen worden, in Verbindung gestanden sind, und Sie Ihre Reutlinger Freunde zu Einreichung von Petitionen aufgefordert haben?

Ant. Er halte es durchaus für *constitutionnel*, dass der Repräsentant seine Committenten berathe, und er habe immer einigen Eckel gefühlt, wenn er Repräsentanten gesehen, die, nachdem sie einmal gewählt gewesen, niemals wieder mit ihren Committenten in Communication getreten seyen, obgleich ihre Reden und Handlungen gezeigt haben, dass es sehr gut wäre, wenn sie von Zeit zu Zeit wieder an der Quelle schöpften. Er würde also durchaus keinen Anstand nehmen zu sagen, dass er seinen Committenten den Rath gegeben, Petitionen einzureichen, wofern es sich wirklich also verhielte, oder wenn er sich dessen erinnern könnte. Bei dieser Gelegenheit könne er wieder nicht umhin, die Justizstelle aufmerksam zu machen, wie es ein Eingriff in die constitutionellen Rechte sey, wenn man über die Entstehung einer Petition inquisitorisch zu Werke gehe. Das Volk habe einmal das Recht zu bitten, und über die Ausübung dieses Rechts könne weder der Einzelne noch eine ganze Gemeinde constituirt werden, so lange sie in verfassungsmässigem Wege geschehe. Würde man sich aber Verhöre dieser Art erlauben dürfen, so wäre ganz natürlich, dass nie eine Petition gegen die Pläne der Minister zu Stande käme, weil der Einzelne leicht erachten könnte, unter dem Vorwand, man sey des Verdachts verdächtig, werde

man nachher Untersuchungen anstellen, um die Urheber zu erfahren, und sie, wenn nicht *gesetzlich* zu bestrafen, doch *ungesetzlich* zu drücken. Dagegen möchte es um so leichter seyn, Petitionen zu Gunsten der ministeriellen Pläne zu Stande zu bringen, um solche dem Regenten im Lichte der Volkswünsche darzustellen, und ihn zu täuschen. — Wüssten die Minister unter solchen Verhältnissen die Repräsentanten durch persönliche Concessionen abzufangen, so würde die Volksrepräsentation zur blossen Form. Constitut müsse daher in seiner Eigenschaft als *Repräsentant* und *Staatsbürger* darauf beharren, dass das Criminal-Amt das Recht nicht habe, über die Entstehung einer Petition zu inquiren, indem er sich vorbehalte, gegen das bereits eingeschlagene Verfahren in Reutlingen constitutionnelle Beschwerde zu führen. Als *Inquisit* wolle er gerne alles zugeben, was man ihm an dergleichen Nebenumständen vorhalte (nur nicht solche, aus welchen man eine böse Absicht herausklügeln könnte, weil er sich derselben nicht bewusst sey), überzeugt, dass darauf vor einem gerechten Richter in der Hauptsache gar nichts ankomme.

Fr. 126. In der Ihnen schon bezeichneten Gesellschaft soll der Grund zu Vorschlägen zur angeblichen Verbesserung der Staatsverwaltung Württembergs gemacht worden seyn?

Ant. Er wisse davon nichts.

Fr. 127. Die erste Grundlage zu den Verbesserungs-Vorschlägen solle nachher von dem *Ober-Bürgermeister Merkh* weiter ausgearbeitet worden seyn?

Antw. Vom *Ober-Bürgermeister Merkh* und *Stadtrath Knapp* seyen ihm mehrere ihrer persönlichen Wünsche und Ansichten zugestellt worden. Ausserdem haben ihm einzelne Bürger, Gesellschaften und Corporationen der Stadt, z. B. die Weingärtnerzunft, dergleichen Wünsche, Ansichten und Beschwerden mitgetheilt, bevor er persönlich nach Reutlingen gekommen. Hier sey alles mündlich näher besprochen, und ihm dann die Abfassung der Petition überlassen worden. Die Justizbehörde erkenne hieraus, dass er mit seinen Committenten von Amtswegen in Communication gestanden, und er habe daher Niemanden hierüber Rechenschaft abzulegen, als der Kammer und dem Staats-Gerichtshof.

Fr. 128. Nach dem Resultat der in Reutlingen geführten Un-

tersuchung hat sich ergeben, dass die Zahl derjenigen, die sich an Sie gewandt haben, beiweitem nicht so gross gewesen ist, als man nach Ihren bisherigen Angaben hat vermuthen müssen?

Ant. Erstens werde nicht die ganze dortige Bürgerschaft vernommen worden seyn.

Zweitens werde Mancher seine Mitwissenschaft geläugnet haben, aus Unkenntniss oder aus Furcht von der Justiz herumgezogen zu werden.

Drittens sey die Justiz nicht befugt, über die Ausübung constitutioneller Rechte Verhöre anzustellen, und die Staatsbürger seyen nicht verpflichtet, ihr Rede zu stehen.

Viertens komme auf die Zahl gar nichts an, zwei Staatsbürger seyen eben so gut berechtigt eine Petition einzureichen, als zehn Tausend. — Wenn übrigens der Justiz daran gelegen sey, wolle er eine grosse Zahl von Unterschriften, welche bezeugen, dass er aus Auftrag der Stadt gehandelt habe, beibringen.

Fr. 129. Sie werden die vom Ober-Bürgermeister Merkh Ihnen zugekommenen Verbesserungs-Vorschläge noch in Händen haben; Sie sind aufgefordert, solche zu den Acten zu geben?

Ant. Er werde dieselbe, wenn er sie noch finde, zu den Acten geben, nebst andern auf die Petition Bezug habenden Aufsätzen.

Fr. 130. Da Sie sich darauf berufen, Ihr Petitions-Entwurf gründe sich auf eine Verabredung mit dem grössten Theil der Reutlinger Bürger während Sie in Reutlingen anwesend gewesen, so werden Sie auch im Stande seyn, sich über diese angeblichen Verabredungen näher ausweisen zu können?

Ant. Er habe oben gesagt, alle Nebenumstände, welche ihm keine böse Absicht imputiren, wolle er zugeben, was er mit der Bemerkung wiederhole, dass die Entstehung der Petition sich nicht vor das Forum des Richters eigne.

Fr. 131. Die in Reutlingen geführte Untersuchung weist die von Ihnen behauptete *ausgedehnte* Besprechung mit den Reutlinger Bürgern nicht nach, Sie werden deswegen wiederholt aufgefordert, anzugeben, wo dieser Zusammentritt mit Ihren angeblichen Committenten statt gehabt haben solle?

Ant. Es genüge, dass Constitut von seinen Committenten aufgefordert worden, Petitionen zu entwerfen; die weitere Ausführung über die Entstehung derselben führe zu nichts, als

die einfache Thatsache in ein endloses Detail zu verwickeln. Daher müsse er die Bemerkung wiederholen, dass kein Richter das Recht habe, über die Entstehung einer gesetzmässigen Petition zu inquiren.

Fr. 132. Nach den Verhandlungen des Oberamtsgerichts Reutlingen sind Sie zu Abfassung einer Adresse, wie die von Ihnen ausgegangene, von keinem Reutlinger aufgefordert gewesen?

Ant. Er habe *erstens* ein Schreiben des Oberbürgermeister-Amtes zu den Acten gebracht, in welchem er im Namen der angesehensten Bürger zu Reutlingen eingeladen worden, während der Weihnachtsferien sich nach Reutlingen zu begeben, um mit der dortigen Bürgerschaft über ihre Wünsche und Beschwerden in Betreff der Landtags-Verhandlungen zu Rath zu gehen.

Zweitens. Er habe ein Zeugniß der angesehensten Bürger von Reutlingen übergeben, nach welchem dieselben ihn bei seiner dortigen Anwesenheit beauftragt haben, zwei Petitionen, eine allgemeine und eine besondere, für die Stadt zu entwerfen.

Drittens. Der Oberbürgermeister Merkh habe sogar von seiner Seite den Entwurf einer solchen Eingabe zu den Acten übergeben. — Gewiss müsse man sehr unglaublich seyn, wenn man unter diesen Umständen an der Auftrags-Ertheilung noch zweifeln wollte.

Fr. 133. Der vom *Bürgermeister Merkh* zu den Acten gegebene Aufsatz über allgemeine Verbesserungs-Vorschläge weicht aber ganz von dem Petitions-Entwurf ab, und es ist sehr zu bezweifeln, dass in den behaupteten weitem Aufträgen von Reutlingen Wünsche und Anträge enthalten gewesen sind, wie Sie solche in Ihrer Petition angeblich für die Reutlinger aufgestellt haben?

Ant. Das möge seyn. Der Merkh'sche Entwurf enthalte die Privat-Ansicht des Herrn Merkh, und dann seyen, soviel sich Constatut erinnere, noch mehrere Nachträge von Andern gemacht worden. Es frage sich, ob dieselben auch im Concept enthalten seyen? Doch darauf komme es nicht an. So viele Bürger in Reutlingen, so viele Ansichten. Diese seyen ihm mündlich und schriftlich von Herrn Merkh und andern mitgetheilt worden. Es könne übrigens hier nicht die Rede von einem Beweis seyn, dass er zu dem von ihm entworfenen Aufsatz specielle Instruction gehabt habe. Einer, der einen Andern beauftrage einen Aufsatz zu entwerfen, vertraue den

bessern Einsichten desselben, sonst würde er ihn selbst machen. So enthalte auch das von mehreren Bürgern in Reutlingen ausgestellte Zeugniß, daß er nur den *allgemeinen* Auftrag gehabt habe, eine Petition in Betreff der *allgemeinen Landes-Angelegenheiten*, und dann in Betreff der *städtischen Verhältnisse* zu entwerfen; denn Niemand sey es eingefallen, ihn auf gewisse Punkte zu beschränken, und die Bürger in Reutlingen haben schon so viel Vertrauen zu ihm, um eine wahre Schilderung ihrer Beschwerden und Wünsche von ihm zu erwarten. Einzeln habe jeder ihm seine besondere Ansichten mündlich oder schriftlich mitgetheilt, und die Natur der Sache schon habe ihm die Verbindlichkeit auferlegt, den Petitions-Entwurf der öffentlichen Meinung gemäs auszufertigen, weil er sonst hätte befürchten müssen, daß er verworfen werde.

Fr. 134. Auf welchem Wege sind Sie zu dem Zeugniß gelangt, auf welches Sie sich so eben berufen haben?

Ant. Da die Untersuchungs-Behörde einen grossen Werth auf die Auftrags-Ertheilung von Seiten seiner Committenten gelegt habe, so habe er es von Reutlingen verlangt.

Fr. 135. An wen haben Sie sich wegen Ertheilung eines Zeugnißes gewandt?

Antw. An den Stadtrath und Kaufmann Knapp.

Fr. 136. Bei den von Reutlingen hieher gesandten Untersuchungs-Acten wurde ein Schreiben von Ihnen an den eben genannten Stadtrath Knapp angetroffen. In diesem Schreiben haben Sie ein Zeugniß nachgesucht. Erkennen Sie dieses Schreiben, als von Ihnen herrührend, und in der bezeichneten Absicht ausgegangen, an?

(Indem dem Constituten der Brief zur Wiedererkennung vorgehalten wurde.)

Ant. Ja!

Fr. 137. In diesem Schreiben haben Sie verlangt, das Zeugniß soll wo möglich von der ganzen Bürgerschaft unterschrieben werden, unerachtet Ihnen doch wohl bekannt war, daß die ganze Bürgerschaft in Reutlingen Ihnen zu dem Petitions-Entwurf keinen Auftrag gegeben hat?

Ant. Die Bürgerschaft bestehe immer und überall aus den an-

gesehenern und verständigern Bürgern. Indem er von einem grossen Theil dieser Classe den Auftrag gehabt, habe er allerdings voraussetzen müssen, und dies wohl nicht ohne Grund, dass die ganze Bürgerschaft hinlänglich unterrichtet sey. Diese Frage halte er übrigens für eine Subtilität.

Fr. 138. In dem fraglichen Schreiben haben Sie von *Anklägern* gesprochen, die Sie *beschämen* werden. Wen haben Sie unter Ihren Anklägern gemeint. Nur die Gerichte waren gegen Sie in Ihrer Untersuchungssache in Thätigkeit, und *diese werden Sie doch nicht beschämen wollen?*

Ant. Wenn es einem Angeklagten erlaubt sey, ohne sich eines neuen sogenannten Verbrechens schuldig zu machen, seine bis jetzt noch nicht offenkundig gemachten Gedanken an den Tag zu legen, so wolle er hierüber sein ganzes Herz aufschliessen. Im andern Fall aber möchte man ihm erlauben zu schweigen.

Fr. 139. Wie sind Sie dazu gekommen, in diesem Schreiben am Ende noch zu sagen, die ganze Bürgerschaft in Stuttgart sey zu Ihren Gunsten gestimmt, und entschlossen, ein Zeugniß einzureichen, dass Sie in dem Petitions-Entwurf nichts als die Wahrheit gesagt haben?

Ant. Die günstige Stimmung der Bürgerschaft in Stuttgart, so wie aller unabhängigen Bürger des ganzen Landes sey ausser Zweifel, und sie habe sich in der Folge durch die Verhandlungen der Kammer gezeigt. — Die vollen Gallerien, die tausendfältigen Erkundigungen bei ihm, und selbst die Geständnisse der Deputirten seyen Beweises genug. — Einer von ihnen, ein offener Anhänger der gegenwärtigen Minister, habe vor der Versammlung erklärt, dass diese Angelegenheit das ganze Land in Bewegung halte. Hierdurch habe sich abermals eine alte Lehre bestätigt gefunden, dass *eine Regierung durch nichts so sehr dem Zutrauen des Volkes zu nahe trete, und den Wortführern desselben Bedeutung gebe, als durch Verfolgung derselben.*

Uebrigens habe Constitut bey dieser Bemerkung, wie sich schon aus dem ganzen Schreiben ergebe, nicht die geringste unrechte Absicht gehabt. Aus der ganzen Fassung dieses, keineswegs für die Vorlegung bey Gericht berechneten

Schreibens erhelle, dass Constitut mit Entwerfung einer Petition *beauftragt* gewesen.

Für die Richtigkeit dieser Verhandlung,

(*Folgen die Unterschriften.*)

Fortgesetzt den 3 July 1821.

Heute erschien sofort auf die Vorladung, der vormalige Professor List vor dem königl. Criminal-Amt und wurde, wie folgt, weiter vernommen:

Fr. 140. Sie sind vor dem Criminal-Amt zu Fortsetzung des Verhörs auf den 28 vergangenen Monats citirt gewesen und nicht erschienen, ohne Ihr Ausbleiben zu rechtfertigen. Was hat Sie vom Erscheinen abgehalten, und warum haben Sie Ihr Ausbleiben nicht entschuldigt?

Ant. Er sey in Geschäften verreist gewesen, und da diese Untersuchung *bis jetzt nicht sehr übereilt worden*, so habe er nicht geglaubt, dass es auf einige Tage ankomme. Sein Ausbleiben zu entschuldigen, sey durch die Reise in Vergessenheit gekommen.

Fr. 141. Am Schluss des letzten Verhörs ist Ihnen aufgegeben worden, die von Oberbürgermeister Merkh, in Reutlingen, erhaltenen allgemeinen Verbesserungs-Vorschläge zu den Acten zu geben. Dieser Auflage haben Sie bis daher noch nicht entsprochen. Sie werden deswegen aufgefordert, die Ihnen zugekommene Verbesserungs-Vorschläge zu übergeben?

Ant. Er habe solche noch nicht gefunden, werde Sie aber übergeben, wenn er sie noch finde. Uebrigens müsse er hier wiederholen, dass es der Justiz nicht zustehen könne, sich in die Communicationen der Repräsentanten mit ihren Committenten einzumischen. Der Repräsentation gegenüber seine Wünsche, Klagen und Beschwerden aussprechen zu dürfen, (das Petitions-Recht und die Critik der Verwaltung) sey eben sowohl ein Recht des Volks, über dessen Ausübung die Regierung dasselbe nicht zu Rede stellen könne, gleichwie das Recht, die Minister zu ernennen, ein Prärogativ der

Krone sey, über dessen Ausübung der Regent keine Rechenschaft abzulegen die Verbindlichkeit habe. Würde der Justiz das Recht zustehen, sich in diese Verhältnisse einzudrängen, so wäre sie nichts als ein Mittel in der Hand der Minister, Deputirte, welche nicht ihres Glaubens seyen, in Furcht und Schrecken zu erhalten, und so die National-Repräsentation zu einem blossen Spiel herabzuwürdigen.

Fr. 142. Nach den durch das K. Oberamts-Gericht Reutlingen eingezogenen Nachrichten, haben nur sehr wenige Bürger aus dieser Stadt den Wunsch gehegt, dass Sie zu Besprechungen dahin eingeladen werden sollen, und die Aufträge die Ihnen gemacht wurden, betrafen hauptsächlich die Städtischen Angelegenheiten. Dass Ihnen allgemeine Aufträge gegeben worden sind, ist sehr zweifelhaft geblieben?

Antw. Darüber habe er bereits ein geschriebenes Zeugnis beibracht, von einer grossen Anzahl der angesehensten Bürger in Reutlingen unterzeichnet, und wolle auch, wenn dies verlangt werde, heute noch ein Zeugnis von der dortigen Bürgerschaft beibringen. Der Grund, warum die Einzelnen der Sache nicht geständig seyn wollen, komme weniger Ihnen, als leider! dem Mistrauen zur Last, das man immer noch gegen officiële Schritte dieser Art hege. Diese Leute, unbekannt mit dem Umfange ihrer Rechte als Staatsbürger, noch von früheren Zeiten her stets in Furcht schwebend, man möchte ihnen Freimüthigkeit und gerechte Klagen für Verbrechen und Widerspenstigkeit anrechnen, sie möchten vor Gericht herumgezerrt, eingethürmt, an Geld gestraft, oder gar auf die Festung gesetzt werden, scheuen sich etwas auszusagen, wovon sie nicht ganz gewiss wissen, dass ihnen daraus keine Schuld erwiesen werden könne.

Fr. 143. Die Reutlinger Bürger von welchen Sie ein Zeugnis produziert haben, haben zum grössern Theil ihre Unterschriften abgegeben, ohne eigentliche Kenntniss von dem zu haben, was von ihnen durch ihre Unterschriften bekräftigt worden ist. Nur ganz wenige haben davon gewusst, dass Ihnen von *Oberbürgermeister Merkh* eine Einladung zugekommen ist, nach Reutlingen zu einer Besprechung zu reisen. In keiner Hinsicht haben Sie aber in dem Sinn gehandelt, wie es die Reutlinger Bürger gewünscht haben. Der ganze Petitions-Entwurf ist, nach der Versicherung der Reutlinger Bürger, Ihnen zuzuschreiben, und von Ihnen auch zu verantworten?

Antw. Wenn diejenigen, die jenes Zeugniß unterzeichnet haben, dessen nicht geständig seyn wollen, was sie unterzeichnet haben, so sey dies nur ein Beweis, wie viel die Furcht vor Verfolgungen von Seiten der Behörden dazu beitrage, den National-Charakter zu entwürdigen. Entweder müsse man sehr einfältig seyn, um etwas zu unterzeichnen, was man nicht verstehe, oder sehr schwach, um etwas, was man als wahr bezeugt habe, nachher wieder abzuläugnen. — Auf die Aussagen Einzelner könne es übrigens nicht ankommen. Die Einladung des Oberbürgermeisters, die er zu den Acten gegeben, das Zeugniß diesses Mannes, als des ersten Orts-Vorstehers, sey zureichend um zu beweisen, dass nicht *er* seine Committenten veranlasst habe, (wozu er jedoch auch berechtigt gewesen wäre) sondern dass er von jenen veranlasst worden sey. Ob es nun ihrer *zehn* oder *zwanzig*, oder *hundert* oder *tausend* gewesen, darauf komme es nicht an, weil schon *Einer* oder *Zwei* das Recht haben, eine Petition zu entwerfen oder entwerfen zu lassen. Die Klagen der Einzelnen seyen ihm von verschiedenen Seiten und in verschiedenen Schriften eingegeben worden. Unter andern haben ihm, wie er sich noch erinnere, die Vorsteher der Weingärtnerzunft im Namen ihrer Genossenschaft, eine Berechnung eingereicht, nach welcher binnen einer kurzen Reihe von Jahren, neben dem gesammten Ertrag, auch noch der Kapitalwerth ihrer Weinberge in die Steuerkasse gewandert sey, welche Berechnungen er wahrscheinlich noch vorfinden werde. — Aus diesen einzelnen Darstellungen habe er die Petition entworfen. Ganz natürlich könne also der Einzelne nicht von allem unterrichtet gewesen seyn, was dieselbe enthalte. Auch habe man ihm keine detaillirte Instruktion gegeben, weil derjenige der sie hätte geben können, ja auch im Stande gewesen wäre, die Petition selbst zu entwerfen. Man möge übrigens nicht übersehen, dass die Arbeit vor der Hand nur ein Entwurf gewesen, und dass, wenn die löbliche Justiz keine Störung verursacht hätte, zweifelhaft geblieben wäre, ob, und in wie weit die Bürgerschaft diesen Entwurf genehmigt haben würde. Vielleicht hätte sie ihn verworfen, und dann wäre er in Verwesung übergegangen, wie anderes Maculatur. — Sehr sonderbar komme ihm vor, dass man den ihm von seinen Committenten er-

theilten Auftrag mit der Art und Weise vergleichen wolle, wie er vollführt worden sey; dies beweise, man möge ihm nicht übel nehmen, eine Verkennung der Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine grosse Masse könne keine Instruction für irgend ein Geschäft geben. Sie könne immer nur durch Einzelne handeln. Daher sey noch überall, wo freie Verfassungsformen bestanden haben, die Beschlüsse der Menge immer nur zur Genehmigung oder Verwerfung, nie zur Berathung vorgelegt worden. Dieser natürliche Gang habe sich auch hier von selbst ergeben; die angesehensten und verständigsten Bürger haben ihm ihre Ansichten mitgetheilt, und es im übrigen ihm überlassen, nach seinem besten Wissen und Gewissen ein Ganzes daraus zu bilden. Dies habe er gethan, und nun wäre es von der Bürgerschaft abgehängt, den Entwurf im Einzelnen anzunehmen oder zu verwerfen. Was übrigens die Einkleidung des Entwurfes betreffe, so sey dies ganz natürlich seine Sache.

Fr. 144. Der Entwurf ist auch von einem ganz allgemeinen Inhalt, und trägt das Gepräge an sich, dass er nicht bloß für die Reutlinger bestimmt war, die überdies gar nicht das in demselben gefunden haben, wozu Ihnen der vom Oberbürgermeister *Merkh* mitgetheilte Vortrag allgemeiner Wünsche Stoff zum Bearbeiten hätte geben sollen?

Antw. Es sey eine sehr beschränkte Ansicht, wenn man glaube, dass der einzelne Staatsbürger nur seine Local- und Amts-Corporations-Angelegenheiten im Auge haben, und sich nicht zu Staats-Angelegenheiten erheben dürfe. Freilich, wenn überall kein *Staats*-Bürger und nur lauter *Municipal*-Bürger vorhanden wären, so hätten die Minister wenig Opposition in ihren allgemeinen Angelegenheiten zu befahren. — Er habe übrigens, wie oben schon ausgeführt, dargethan, dass er beauftragt gewesen, eine Petition über die Landesbeschwerden zu entwerfen. Es sey ihm als Schriftverfasser vor der Hand zugestanden, was unter diesen Beschwerden zu begreifen sey, und er fasse also nicht, wie ein Richter Vermuthungen hegen könne, die man höchstens von einem feindselig gesinnten Ankläger zu befahren habe.

Fr. 145. Zu der Vermuthung, dass der von Ihnen entworfene und durch die lithographische Presse bis ins tausendfache vervielfältigte Petitions-Entwurf eine allgemeinere Bestimmung gehabt

habe, haben Sie selbst die erste Veranlassung gegeben. Schon seine Vervielfältigung hat darauf geführt. Eben so die Form der Adresse selbst: da es nichts bedurfte, als in ihrem Eingang den Ort auszudrücken, für welchen Sie dieselbe benutzen wollten?

Antw. Er habe sich hierüber schon erklärt, und wiederhole, dass der Petitions-Entwurf die Bestimmung gehabt habe, in die Hände eines jeden Bürgers in Reutlingen zu kommen, der die Petition unterschreiben werde. Es sey dies Sache der Stadt und nicht die Seinige, wie er denn auch den Kosten-Betrag für das Lythographiren unter seine Auslagen für Rechnung der Stadt Reutlingen geschrieben habe. In den ersten Abdrücken sey der Ort Reutlingen gestanden. Er habe sich aber erst in der Folge die Möglichkeit gedacht, dass der Entwurf nicht genehmigt werden könnte, und deswegen den Ort ausgelassen. — Beim Vorlesen wurde als Ergänzung angegeben:

Er könne dagegen, dass man glaube, die Abdrücke seyen bestimmt gewesen, um von andern Gemeinden gebraucht zu werden, keinen bessern Beweis führen, als dass sie nur auf einem halben Bogen abgedruckt, und dass das ganze Blatt vom obersten bis zum untersten Rand mit Schrift angefüllt gewesen sey, eine Form, die sich nicht zur Eingabe geeignet hätte.

Fr. 146. Haben Sie die Reutlinger Freunde davon unterrichtet, dass sie von Ihnen einen lythographirten Petitions-Entwurf zu erwarten haben, ehe die Exemplarien davon dahin versendet worden sind?

Antw. Er sey erst nach seiner Rückkehr von Reutlingen, und nachdem er den Entwurf gefertigt gehabt, auf diesen Gedanken gekommen, habe aber zu derselben Zeit einem Stadtrath von Reutlingen, der ihn besucht habe, davon gesagt; wenn er nicht irre, heiße derselbe Göbel.

Fr. 147. Im Verhältniss zur ganzen Auflage des lythographischen Petitions-Entwurfes sind aber nur sehr wenige Exemplarien nach Reutlingen versendet worden. Dieses berechtigt nun auch zu der Vermuthung, dass die Zurückbehaltenen eine andere Bestimmung erhalten haben?

Antw. Er wisse ganz gewiss, dass mehrere Hundert Exemplare nach Reutlingen gekommen seyen; da aber in der Folge durch die von der Polizey genommenen Maasregeln die Auf-

merksamkeit des Publikums auf diesen Gegenstand gelenkt worden, so sey ganz natürlich, dass man in Reutlingen nach der verbotenen Frucht begierig gewesen, und dass sich der grösste Theil der Exemplare unter der Bürgerschaft, und von dort aus in das übrige Land vertheilt habe. Es werde übrigens seines Wissens Niemand von ihm behaupten können, dass er ein Exemplar von ihm erhalten habe, *obwohl er sich für berechtigt gehalten hätte, diesen Entwurf jedermann mitzutheilen.*

Fr. 148. Haben Sie diesem Verhör noch Etwas beizufügen?

Antw. Nein.

Zur Beglaubigung, etc.

(Folgen die Unterschriften.)

Fortgesetzt den 4. Jul. 1821.

Der vormalige Professor List erschien heute wieder vor dem Kön. Criminal-Amt, und wurde weiter constituirt.

Fr. 149. Durch den Inhalt des Eingangs Ihres Petitions-Entwurfs haben Sie sich hauptsächlich verfehlt, wie Ihnen schon in den früheren Verhören vorgehalten worden ist. In demselben erscheint vorzüglich als eine Verläumdung gegen die Regierung Ihre Behauptung, *dass die Gesetzgebung und Verwaltung des Vaterlandes an Grundgebrechen leiden, die die bürgerliche Freiheit vernichten.* — Da erst unter der gegenwärtigen Regierung die ganze Staatsverwaltung neu organisirt worden ist, so erscheint Ihre Verwährung, *dass Sie jenes Verderben nicht der gegenwärtigen Regierung zur Last legen,* als eine leere Beschönigung Ihres verläumderischen Angriffs. Schon der Vorwurf des Beibehaltens einer das Mark des Landes verzehrenden, die bürgerliche Freiheit zernichtenden Gesetzgebung und Verwaltung, die aufs wenigste in dem vorliegenden Artikel ausgesprochen ist, erscheint als eine Beleidigung gegen die Regierung?

Ant. Er wiederhole noch einmal, was er in dieser Petition behauptet habe, *dass die Gesetzgebung und Verwaltung des Vaterlandes an Grundgebrechen leide, welche das Mark des Landes verzehren, und die bürgerliche Freiheit vernichten.* Diese Grundgebrechen seyen übrigens ganz dieselben, woran

die meisten neuern Staaten leiden. Die bedeutendsten derselben seyen : *Das Missverhältniss der besoldeten Staats-Diener-Kaste zum Nahrungs-Stande, welches auf der einen Seite übertriebenen Aufwand und Anmassung jeder Art, unter dem Vorwand der Obrigkeitlichen Autorität, auf der andern wirthschaftliche Entkräftung und politische Bedeutungslosigkeit des Bürgers zur Folge habe.* Ferner : *Verwickelte, unbehülfliche, nur auf den Augenblick berechnete Finanzen, Mangel an Oeffentlichkeit in den Gerichten und der Verwaltung, u. s. w.* — Es komme ihm höchst sonderbar vor, dass man seine Behauptung, diese Gebrechen seyen nicht der gegenwärtigen Regierung zur Last zu legen, sondern als eine Verlassenschaft der vorigen Jahrhunderte zu betrachten, als eine dem wahren Sachverhältniss widersprechende leere Beschönigung erkläre, weil erst unter der gegenwärtigen Regierung die ganze Staats-Verwaltung neu organisirt worden sey. Für's Erste habe er bei Entwerfung der Petition an keine Beschönigung denken können, denn damals sey es ihm nicht eingefallen, dass die Justiz aus diesem Entwurf ein Verbrechen machen werde.

Zweitens scheine das Criminal-Amt der Meinung zu seyn, diejenigen, welche die Staats-Verwaltung neu organisirt haben, seyen *allmächtig*, sie seyen im Stande gewesen, mit Regierungs-Verordnungen alle Gebrechen, welche seit Jahrhunderten aufgewachsen, auf einmal weg zu organisiren. Was hier das Criminal-Amt voraussetze, könne man in der That von keinem Gott verlangen, geschweige denn von *sterblichen* Ministern. — Die Organisation habe sich lediglich um Veränderungen der Formen gedreht; das Wesen der Dinge aber sey das Alte geblieben. Er wolle nur den einzigen Umstand anführen, der aber hier offenbar den Ausschlag gebe, dass der Staat gegenwärtig noch dieselben Ausgaben habe, wie zur Zeit des Kriegs. Diese Ausgaben aber verzehren das Mark des Landes, weil, wie der gegenwärtige Finanzminister selbst in einer officiellen Berechnung vom Jahr 1816 gezeigt habe, der württembergische Bürger damals gegen 75 Procent seines Einkommens in die Staatskasse habe entrichten müssen; jezt aber ungleich mehr entrichte, da die Fruchtpreise im Verhältniss zu jener Zeit um die Hälfte gefallen seyen. Nur wenn die neue Organisation den Aufwand des Staats mit seinen

Kräften ins Gleichgewicht gestellt hätte, nur dann hätte man sagen können, dass sie alle Gebrechen vernichtet habe, welche das Mark des Landes verzehren. Damit wolle er übrigens nicht behaupten, dass die damalige Organisations-Commission ihre Pflicht nicht gethan habe. Wahrscheinlich haben sich ihr Hindernisse in den Weg gestellt, welche in früheren Verhältnissen gegründet gewesen. Er für seinen Theil aber könne die Ueberzeugung nicht bergen, dass jede Neuerung, welche alte Gebrechen aufs neue befestige, schlimmer sey, als wenn man das alte Gebäude gar nicht angerührt hätte. — So viel könne kein Richter läugnen, dass eine Finanzwirthschaft, wie sie *Herr von Wekherlin* im Jahr 1816 officiell dargestellt habe, das Mark des Landes verzehre, weil, wenn man das von ihm angenommene National-Einkommen auf die gegenwärtigen Getraidepreise reduziere, *der Staat nicht nur das volle reine Einkommen der Nation, sondern auch einen grossen Theil des National-Vermögens consumire.* — Habe er also hierin geirrt, so sey es aus Veranlassung jener Darstellung geschehen. Inzwischen werde es jedem gebildeten Politiker einleuchten, dass Raisonsnements dieser Art in einem freien Lande nie vor den Richterstuhl gezogen werden können; dass aber da, wo der Richter sich herausnehme, sie vor sein Tribunal zu ziehen, der That nach keine Freiheit bestehe.

Fr. 150. Als verläumderisch gegen die Regierung ist Ihnen ferner aus dem Eingange Ihrer Adresse auszuheben „*der Vorwurf allzugrosser Nachsicht gegen die Staatsdiener, und sogar Begünstigung ihrer Unwissenheit, Partheilichkeit, Eigennützigkeit, Ueppigkeit, der durch sie verübten Bedrückung der Unterthanen, Vernachlässigung des öffentlichen und Privat-Interesse und anderer grober Vergehen?*“

Ant. Er habe der Regierung keinen Vorwurf gemacht, sondern nur die Gebrechen geschildert, wie sie sich ihm nach seiner innersten Ueberzeugung dargestellt haben. Wenn er dies aber auch gethan hätte, so wäre es dennoch kein Verbrechen; denn eben darum habe man eine Verfassung, dass man, wenn die Minister ihre Pflichten nicht erfüllen oder verletzen, öffentlich auftreten und ihnen sagen dürfe, worin sie gefehlt haben. Jeder Staatsbürger sey berechtigt, den Zustand des Landes zu schildern so grell er ihn auch vor

Augen sehen möge; denn wo wäre derjenige zu finden, der ein Endurtheil zu fällen vermöchte, welches der wahre Zustand des Landes sey? Wo der Bürger im Allgemeinen spreche, da könne man ihm nicht einmal einen Beweis aufbürden, und weder ein *Petitions-Recht* noch eine *Volksrepräsentation* könnte ohne diese Befugnis bestehen. Uebrigens habe er dessen ungeachtet sich bereits in jeder Hinsicht zum Beweis erbothen.

Fr. 151. Sie haben in Ihren Aeusserungen nicht blos, wie Sie zu behaupten gesucht, den Zustand des Landes beschrieben und ihre politische Meinung ausgesprochen, sondern bestimmte Anschuldigungen vorgebracht, und solche nur allgemein, ohne specielle Nachweisungen von Thatumständen, auf gehässige Weise hingeworfen. Schon durch Ihre Uebertreibung und Allgemeinheit in der die Vorwürfe vorgetragen sind, haben Sie sich des Vergehens einer falschen Andichtung von Gebrechen bei den bestehenden Instituten, gegen die Staatsverwaltungsbehörde schuldig gemacht. — Dieses Vergehen können Sie auch nicht durch die Befugnis rechtfertigen, die dem Bürger eines constitutionellen Staats zustehen soll, über Staats-Einrichtungen seine Meinung frei zu äussern, indem diese Kritik nie in eine öffentliche Verläumdung ausarten darf?

Ant. Er möchte vor allen Dingen fragen, worinn denn das dem Bürger eines constitutionellen Staats zustehende *Recht der Kritik der Verwaltung* und überhaupt der *freien Meinungs-Aeusserung in Staats-Angelegenheiten* bestehe, wenn es ihn nicht berechtere ohne Rückhalt über alles zu klagen, was ihn drücke und alles so darzustellen, wie es seinem Auge erscheine. Eben in der Allgemeinheit dieser Darstellungen liege das Nützliche, und eben deswegen könne kein Einzelner darüber klagen. Ohne diese Befugnis würde weder Regierung noch Repräsentation je eine richtige Ansicht von dem Stand der Dinge bekommen. — Das kön. Criminal-Amt irre immer darinn, dass es die Sache nicht von der *politischen*, sondern von der *beschränkten juridischen* Seite betrachte. Er sey nicht als Ankläger aufgetreten, sondern als Wortführer einer Gemeinde welche berechtigt sey, den Zustand des Staats frei zu beurtheilen. Wie denn das Criminal-Amt behaupten könne, dass seine Schilderungen *gehässig*, und dass sie *übertrieben* seyen? Hier komme es lediglich auf den individuellen

Standpunkt an, und während vielleicht *zwei tausend Staatsbeamte* im Lande die Meinung des Criminal-Amts theilen, werde *eine unendlich grössere Anzahl von Bürgern* seiner Meinung seyn. Während das Criminal-Amt den Constituten der Gehässigkeit und Uebertreibung beschuldige, könne Constitut dem Criminal-Amt hierwiederum mit eben so viel Recht vorwerfen, dass es in seinem Interesse liegen möge, *nirgends Gebrechen zu sehen, und jede freie Rede als Gehässigkeit darzustellen*. Hieraus möge das Criminal-Amt erkennen, dass vernünftigerweise kein Urtheil über die allgemeinen Verhältnisse des Staats, vielweniger über allgemeine Klagen und Beschwerden vor den Richterstuhl gebracht werden können.

Fr 152. Haben Sie sonst noch etwas anzugeben?

Ant. Nein.

Zur Beglaubigung, etc.

(Folgen die Unterschriften.)

Ehe der gewesene Professor List das Criminal-Amt verlies, brachte derselbe vor, dass er Morgen und Uebermorgen ein dringendes Geschäft vorzunehmen habe, und deswegen bitten müsse, ihn an diesen beyden Tagen mit Verhören zu verschonen. Diesem Gesuche wurde sofort auch entsprochen, und die nächste Verhandlung auf Montag, den 9 dieses Monats verlegt.

Criminal-Richter CLESS.

Fortgesetzt den 9 July 1821.

Heute wurde mit Professor List das Verhör fortgesetzt.

Fr. 153. Abgesehen von den ehrenkränkenden Vorwürfen welche Sie der Regierung selbst gemacht haben, und die Sie mit dem constitutionellen Rechte der Bürger zur freien Critik über Staats-Einrichtungen nicht entschuldigen können, weil diese Critik nie in öffentliche Verläumdung ausarten darf, haben Sie ferner sich *einer Verläumdung gegen sämtliche einzelne Staatsdiener schuldig gemacht*. Im Eingang Ihrer Adresse haben Sie die Existenz einer Beamtenwelt behauptet, und den sämtlichen einzelnen Staatsdienern aus der die von Ihnen angenommenen

Beamtenwelt bestehen solle, herabsetzende, entehrende und alles Zutrauen beraubende Vorwürfe gemacht. (Siehe die Note** oben Seite 11) Diese Ehrenkränkungen sind Ihnen schon in den frühern Verhören vorgehalten worden, und es handelt sich daher hier mehr darum, Sie in Ihrem Vorbringen zu widerlegen, die Absicht beleidigen zu wollen sey nicht gegen Sie erwiesen. — Das Vorbringen falscher, erdichteter oder übertriebener Thatfachen zum Nachtheil anderer, wodurch Ihnen Verbrechen und Pflichtverletzungen fälschlich zur Last gelegt werden, ist offenbar eine objectiv-injuriöse Handlung, die nothwendig die Absicht zu beleidigen in sich begreift, und Ihre Entschuldigung, die Absicht zu beleidigen sey nicht erwiesen, erscheint daher als eine *protestatio facto contraria*; der *animus injuriandi* ist durch die Handlung ausgesprochen?

Ant. Das Criminal-Amt setze voraus, es sey eine ganz ausgemachte Sache, dass die in der Petition den Beamten gemachten Vorwürfe erdichtet oder übertrieben seyen. — Es frage sich, ob einem Richter dergleichen Voraussetzungen zustehen? Ob der Richter, wenn er gerecht seyn und nicht selbst Parthei nehmen wolle, nicht erst den, der die Vorwürfe ausspricht, zum Beweis zulassen müsse? In seinen Behauptungen liege an und für sich nicht die Absicht zu beleidigen, wie bei Schimpfreden. Er habe nur Eigenschaften angegeben, welche die Staatsdiener, wenn sie sich getroffen fühlen, beleidigend aufnehmen können; aber diese auszusprechen, sey er als Staatsbürger, und noch mehr als constitutioneller Consulent seiner Committenten berechtigt. Denn er frage das Criminal-Amt, auf welche Weise es einem Volke möglich wäre, die Lasten, welche durch eine der Art übertrieben angewachsene Beamten-Kaste bewirkt werde, nach und nach von sich abzuwälzen, und im gesetzmässigen Wege eine Verbesserung seines Zustandes herbeizuführen, wenn diesem Volke das deutliche und unumwundene Aussprechen seiner Klagen zum Verbrechen angerechnet werde; wenn der Jurist, im Fall es den Ort anzeige, wo es vom Schuh gedrückt werde, gegen seine Sprecher auftrete und behaupte, dies sey eine objectiv-injuriöse Handlung, die nothwendig die Absicht zu beleidigen und widerrechtlich zu schaden in sich schliesse. Würde die Rechts-Gelahrtheit zu solchen Schlüssen berechtigen, so kenne Constitut, für seinen Theil, *keine*

grössere Feindin der constitutionellen Freiheit als eben sie, die doch da sey, um dem Bürger im Leben Freiheit und Eigenthum zu schützen.

Fr. 154. Selbst wenn es auch einzelne Staatsdiener geben sollte, die Ihre harte Beschuldigungen verdienten, so bleiben doch immer die von Ihnen der ganzen Staatsdienerschaft gemachten Vorwürfe gegen diejenigen, die sie nicht verdienen, ungerecht, und die allgemeine calumniöse Verläumdung wird durch die Existenz einzelner unwürdiger Staatsdiener im geringsten nicht gerechtfertigt. Solche unwürdige Staatsdiener hat der constitutionelle Bürger das Recht und sogar die Verpflichtung der competenten Stelle anzuzeigen, damit sie bestraft werden; ihm steht aber nicht zu, durch eine allgemeine Schilderung der Verdorbenheit der Staatsdienerschaft, die unter denselben befindlichen rechtlichen und verdienstvollen Männer verläumderisch anzugreifen?

Ant. Das Criminal-Amt betrachte immer die Sache vom falschen Standpunkt aus. Es handle sich ja nicht um die Anklage von Individuen, sondern um die Verhältnisse des Ganzen, des Staats. Er würde sich selbst grosse Vorwürfe machen, wenn er die einzelnen Personen im Auge gehabt hätte. So weit er die einzelnen Staatsdiener kenne, müsse er gestehen dass ungleich mehr darunter seyen, welche Achtung, als solche welche Verachtung verdienen; viele unter ihnen seyen seine Freunde; er selbst auch sey erst noch vor kurzem Staatsdiener gewesen. Aber nicht die *Einzelnen* seyen gemeint, sondern der *Geist der über dem Ganzen walte*, über den der Einzelne nicht Herr zu werden vermöge, und der, vielleicht gegen die Ueberzeugung der bessern Mehrzahl, immer noch herrsche. Nicht die *einzelnen Mönche* seyen es gewesen, welchen im fünfzehnten Jahrhundert die Schuld der Kirchenverderbniss habe beigemessen werden können, sondern das *Mönchthum*, der *Mönchsgeist*, gegen den an manchen Orten vielleicht die bessere Mehrzahl vergeblich gekämpft habe. — Wer aber möchte die, welche damals mit wahren Farben die Verderbniss der Kirche geschildert, der Absicht zeihen, dass sie vorsetzlicherweise alle Angehörigen der Kirche haben verläumden wollen? Wer hätte ihnen zumuthen mögen, dass sie lieber die schuldigen Glieder der Kirche in den Anklagestand hätten versetzen, als ein allgemeines Urtheil über den Geist der Kirche fällen sollen? — Nicht die *Einzelnen*

seyen es ja gewesen, gegen welche damals *Vernunft und Freiheit* zu Felde gezogen, sondern der *Geist des Ganzen*, der die *Vernunft und Freiheit Aller* gefangen gehalten habe. Er könne, da er selbst das Recht einigermaßen zu verstehen glaube, nicht begreifen, wie man auf ein so verkehrtes *Raisonnement* gerathen könne.

Fr. 155. Von allen Rechtsgelehrten ist anerkannt, dass auch gegen ganze *Stände, Gemeinheiten, u. s. w.* *Injurien* begangen werden können. Was Sie dagegen vorgebracht haben, ist gegen die allgemeine Rechts-Praxis, und es konnte Ihnen unmöglich unbekannt seyn, dass in *Württemberg* keine abweichenden Grundsätze hierin aufgestellt sind. Die Ehrenkränkungen gegen einzelne Staatsdiener gehören überdies unter die schwerern Verläumdungen, weil die Verbrechen, die Sie dem ganzen Stand der Staatsdiener angeschuldigt haben, unter die schwereren gehören?

Ant. Die Menschheit habe, so weit man in der Geschichte zurückgehen könne, schon vielen Unsinn durchgemacht, wozu die Rechtsgelehrten ihren guten Antheil beigetragen haben. Er wolle von den Barbareyen zur Zeit des römischen Reichs nicht sprechen, und nur in Erinnerung bringen, dass noch im *Siebenzehnten Jahrhundert* * viele Urtheile auf *Hexenverbrennungen* von der *vaterländischen Juristenfakultät* ausgegangen, und heutzutage noch in den so sehr geschätzten *Tübinger-Consilien* zu lesen seyen. Auch haben es die Hof-Juristen in ihrer Kunst so weit gebracht, dass sogar das Aufsuchen der Ameisen-Eyer von ihnen als Regal angesprochen worden. Unter solchen Umständen sey es nicht zu verwundern, wenn auch einige derselben behauptet haben, ganze *Classen von Menschen, Stände, Gemeinheiten und Collegien* können, als solche, injurirt werden. Vor dem Richterstuhl der Rechts-Philosophie aber erscheinen diese Behauptungen als *offenbare juristische Barbarey*. Gemeinheiten, ganze Stände, seyen ja doch nur Verstandes-Begriffe, an welchen, als solchen, keine Ehrverletzung möglich sey, oder doch zum baaren werde, wie z. B. wenn einer behaupte, die Stadt *Kannstadt* sey ein Schurke. Nur die Mitglieder der Collegien, Stände und Gemeinheiten können injurirt werden, wenn nemlich das im allgemeinen ausgesprochene Urtheil mit dem indivi-

* Herausgeber glaubt sogar im 18ten Jahrhundert.

duellen dergestalt in Verbindung gesetzt werde, dass für die Person des Einzelnen daraus eine Ehrverletzung hervorgehe. So z. B. könne es eine Injurie für das Individuum eines Müllers seyn, wenn demselben ins Gesicht behauptet werde, die Müller übervorthen ihre Kunden; im Fall nemlich dieses allgemeine Urtheil so gestellt werde, dass es dem besondern Vorwurf bloß zur Einkleidung diene. Dagegen wäre es unvernünftig, gegen einen Schriftsteller, der im Allgemeinen behaupte, die Müller seyen in der Regel gewohnt, und betrachten es als einen Handwerksvorthen, ihren Kunden einen Theil des Mehls zurück zu behalten, dem gesammten Stand der Müller, also nicht nur den *Württembergischen*, sondern auch den *Bayerischen*, *Badischen*, überhaupt den *Deutschen*, den *Amerikanischen*, *Asiatischen* und *Afrikanischen* Müllern eine Injurien-Klage einzuräumen; schon darum, weil diese Klage von dem Stand nicht verfolgt werden könnte. — Dasselbe Verhältniss sey auch hier. Er habe, ohne Rücksicht auf eine Person, bloß allgemeine Urtheile ausgesprochen, die, wie er schon in den allerersten Verhören umständlich ausgeführt habe, *nicht einmal die moralischen Eigenschaften* der Staatsdiener in Zweifel ziehen, sondern nur ihre *intellectuellen* und *politischen* kritisiren. Hier könne weder ein Individuum, noch mehrere derselben, auftreten und behaupten, dass ihre Ehre besonders unter diesem Urtheil leide: denn eben dadurch würden sie sich ja, als durch das allgemeine Urtheil sich getroffen fühlend, zu erkennen geben. Wenn aber *kein Einzelner* sich beleidigt fühlen könne, so widerstreite es der Vernunft, zu behaupten, dass *alle zusammen* beleidigt seyen. — Soweit die *rechtliche* Ausführung.

Nun möge man aber auch noch in Erwägung ziehen, welche abscheulichen Folgen die Durchführung dieses Grundsatzes in *politischer* Hinsicht haben müsste. — Wenn die von ihm ausgesprochenen Urtheile verbrecherisch wären, so müssten sie ein Verbrechen seyn, ob sie von einem Einzelnen in öffentlichen Schriften, oder von einer Gemeinheit in Adressen und Petitionen an die Volksrepräsentation, oder von einem Repräsentanten auf der Rednerbühne ausgesprochen würden. Zu allen Zeiten und unter jeder Form wäre es ein Staatsverbrechen, den Stand der Staatsdiener in seiner Gesammtheit einer Kritik zu unterwerfen, und der geistvolle Präsident von

Gemmingen würde in seinem bekannten Bericht an den Herzog einen sehr strafbaren Satz ausgesprochen haben, wenn er sagte: »*Nicht der Einzelne, sondern der Geist des Standes sey das Uebel.*« Der Staat könnte folglich unter den Gebrechen, womit der Staatsdienst behaftet sey, zu Grunde gehen, bevor die Wahrheit zu den Ohren des Regenten, oder zum Siege in der Versammlung der Repräsentanten gelangen könnte. Jeder, der es wagen wollte, ein freimüthiges Urtheil hierüber zu fällen, würde, kraft der hier entwickelten Rechts-Theorie, und zur Ehre der in unserer Gerichts-Praxis zur Gesetzes-Autorität gelangten Rechtsmänner, in Ketten und Banden seine unjuristische Ansicht büssen. Was dann noch eine Verfassung nützen solle, begreife er nicht.

Fr. 156. Ein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz ist es auch, dass bei Injurien der Richter von Amtswegen einschreiten muss, wenn der Staatsdiener in Hinsicht seines Amtes angegriffen worden ist. Was nun von einzelnen Injurien gegen Staatsdiener in ihrem Amte gilt, muss in jeder Hinsicht um so mehr bei wirklichen öffentlichen Verläumdungen der erschwerten Art, wie sie von Ihnen hier vorliegen, von Ehrenkränkungen, Anwendung finden?

Ant. Es sey dies blos ein Nothbehelf, der eben beweise, dass vernünftiger Weise kein ganzer Stand injurirt werden könne. Denn da ein Stand nicht selbst vor Gericht treten könne, und bei allgemeinen Urtheilen nur die schlechteren Individuen sich getroffen fühlen, die Andern aber die Sache nicht so sehr interessire, um sie durch einen Mandatar betreiben zu lassen, so würde, im rechtlichen Sinn, nie ein Kläger auftreten können. Die Juristen aber seyen hier, sehr zuvorkommend, der Natur zu Hülfe gekommen, und haben dem Staat die fortwährende Prokuratur für Beleidigungen gegen die Staatsdienerschaft übertragen. Auf diese Weise haben sie einen doppelten Vortheil erlangt: einmal, dass sie sich als Staatsdiener gegen schnöde Urtheile der Schriftsteller und anderer Sprecher des Volks schützen können; und dann, dass die Prokuratur selbst in ihre vorsorgliche Hände gelegt sey, dass sie folglich, wie einst der päpstliche Stuhl, Gewalt haben, zu binden und zu lösen. Unter diesen Umständen dürfte die Zeit nicht mehr ferne seyn, wo die Repräsentanten des Volks, wegen eines jeden freyen Wortes, das sie gegen die Staats-

dienerschaft in der Kammer gesprochen, von den Gerichten zur Rechenschaft gezogen, und zu empfindlicher Busse condemnirt werden. *

Beim Vorlesen:

Würde jener Grundsatz consequent durchgeführt, so müsste der Staat die Procuratur aller Stände übernehmen, und daher jeden, der z. B. über die Schneider, Schuhmacher, u. s. w. ein ungünstiges Urtheil fällt, *puncto injuriarum* belangen, welches aber seines Wissens nicht geschehe.

Fr. 157. Endlich können Sie auch nicht mit dem *vorgeschützten* entfernteren guten Zweck, *Verbesserung zu bewirken*, die sich schuldig gemachte Verläumdung gegen sämtliche einzelne Staatsdiener entschuldigen; denn der gute Zweck kann durch den vorsetzlichen Gebrauch rechtswidriger Mittel nicht entschuldigt werden. Die unerlaubten Mittel, die Sie sich bedient haben, sind das Vorbringen und Verbreiten offener Unwahrheiten; die Darstellung der Staats-Einrichtungen als widersinnig und verderblich; die Schilderung des ganzen Standes der Staatsdiener, als unwissend und pflichtlos; die Uebertreibung der etwa vorhandenen Gebrechen auf die grellste und gehässigste Weise?

Ant. Dieses ganze Raisonement beruhe auf der Voraussetzung, dass seine Behauptungen offenbare Unwahrheiten seyen. Er aber habe geglaubt und glaube es heute noch, es seyen offenbare Wahrheiten. Für diese seine Meinung wollte er Tausende von Zeugen produciren, die des nehmlichen Glaubens seyen. — Dagegen wolle er gerne glauben, dass das Criminal-Amt für seine Meinung ebenfalls eine grosse Anzahl von Gewährsmännern aufführen könnte. — Hieraus gehe hervor, dass, wo das Urtheil sich in das Raisonement verliere, eine unendliche Verschiedenheit der Meinung darüber existire, was wahr oder unwahr sey, und dass das Raisonement nicht vor den Richterstuhl gehöre, ausgenommen, in so fern es sich auf Handlungen beziehe, die an und für sich ein Verbrechen seyen; wenn also z. B. jemand das Recht des Volks deduziren wollte, sich gegen die bestehende Regierung zu empören, um es hiezu zu verleiten. Nur Deductionen dieser Art, wobei der Dolus nicht erst durch

* Diese Ahnung ist noch im Laufe dieses Verhörs in Erfüllung gegangen. Man lese die merkwürdigen Protokolle vom 6 July und 6 August.

gewaltsame Voraussetzungen, wie die so eben gemachte, präsumirt werden dürfe, können Gegenstand der Strafrechts-Pflege seyn; denn würden die Gerichtshöfe in dieser Ausdehnung sich zu Richtern über die Meinungen aufwerfen; würden sie mit juridischer Gewissheit sagen können, was im Staate und an den Staats-Einrichtungen vernünftig oder widersinnig, wohlthätig oder verderblich, wahr oder unwahr sey; so wären sie der *politische Pabst der bürgerlichen Gesellschaft*, und es bedürfte bei Institutionen, welche ein so grosses Wissen, so viele Vollkommenheiten in sich schlössen, keiner Volks-Repräsentation mehr. Ja! eine Volks-Repräsentation könnte sogar nicht einmal neben diesen Gerichtshöfen bestehen; denn da sie sich die Befugniss anmassen zu bestimmen, was wahr oder nicht wahr, verderblich oder gut ist, und zu bestrafen was ihren Dogmen widerspricht, so müsste die *Volks-Repräsentation eine Magd der Gerichtshöfe*, oder nach und nach durch die gegen ihre Mitglieder gefällten Straferkenntnisse so gedrückt werden, dass kein selbstständiger Mann sich in dieselbe wählen lassen könnte. Doch hoffe er dass, gegen das Beispiel aller constitutionellen Monarchien in der Welt, eine so widersinnige Rechtspflege im Vaterland nicht aufkommen werde. Frei seyen die Meinungen und Gedanken, nur die Ueberzeugung des Publikums sey der wahre Richter im Reich des politischen Urtheils. *Vor ihm müsse selbst das Verfahren und das Rechts-erkenntniss der Gerichtshöfe gegen ihn, den Constituten, zu Recht stehen, ohne dass rechtlicher Weise denselben ein Mittel zustehen könnte, Misbilligungen zu bestrafen.* — Das Criminal-Amt wisse also nicht was in der Politik wahr oder unwahr sey. Nur über Handlungen nicht über Urtheile könne sich sein gerichtlicher Ressort erstrecken. Wenn Constitut behauptet habe, dass die Staats-Einrichtungen widersinnig und verderblich seyen, so habe das Criminal-Amt kein besonderes Recht von Gott empfangen, ihn gegen seine Ueberzeugung glauben zu machen, dass sie vernünftig und gut seyen. Da das Criminal-Amt nicht mit seinen, des Constituten, Augen sehen könne, so könne es auch nicht behaupten, dass seine Darstellung gehässig sey, vielmehr versichere er aufrichtig, sie sey ganz so, wie er sie gesehen, und heute noch sehe. — Der gute Zweck den er dabei gehabt, sey

nicht *entfernt*, sondern liege *ganz nahe*. Aber er habe kein *rechtswidriges* Mittel dazu gebraucht; es sey das *Mittel der Petition* gewesen, welches der König ausdrücklich in dem Verfassungs-Entwurf von 1817 nach seinem ganzen Umfang angeboten habe, und das bei den Verhandlungen in Ludwigsburg nur darum nicht aufgenommen worden sey, weil es sich in einer constitutionnellen Monarchie von selbst verstehe.

Fr. 158. Haben Sie sonst noch etwas anzugeben?

Ant. Nein!

Zur Beglaubigung der heutigen Verhandlung, etc.

(Folgen die Unterschriften.)

Fortgesetzt den 24 July 1821.

Der vormalige Professor List fand sich heute vor dem königl. Criminal-Amt ein, und wurde weiter constituirt:

Fr. 159. Es fällt Ihnen weiter zur Last die Uebertretung des S. 6 und 8 des Gesetzes über die Pressfreiheit durch öffentliche Verbreitung der Ihnen in den letzten Verhören vorgehaltenen Injurien (Verläumdung der Staatsverwaltung und der Gesamtheit der Staatsdiener) in Druckschriften. In dem S. 6 des Pressgesetzes werden die schweren Verbrechen bezeichnet, nemlich: *Aufruf zur Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit, zur Aufruhr und Empörung, oder überhaupt zu gewaltsamer Aenderung der Staatsverfassung*. — Zwischen den genannten gewaltsamen Versuchen, die Staatsverfassung umzustossen, und der im benannten S. 6 ausdrücklich erlaubten, in ruhigem Tone angestellten Betrachtungen liegt noch eine grosse Stufenreihe von mehr oder minder schweren Vergehen in der Mitte, die das Gesetz über Pressfreiheit nicht für straflos erkannt, und nicht dafür erkennen konnte, weil doch wohl Aeusserungen, welche an sich rechtswidrig sind, durch öffentliche Bekanntmachung derselben mittelst der Presse, diese ihre Beschaffenheit nicht verlieren, und jene Freiheit nur unter der Verantwortlichkeit für ihren Missbrauch verstanden werden darf. — Ferner sind S. 8 im Gesetze über die Pressfreiheit derlei Angriffe auf Staatsdiener oder Injurien und Verläumdungen derselben in Schriften, wie Sie sich Inculpat

zu schulden gebracht, besonders verpönt, und der §. 13 unterstellt solche Vergehen unter die vaterländischen oder gemein-rechtlichen Strafbestimmungen. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen sind aber gerade Schmähungen und Verläumdungen in Druckschriften um so strafbarer, je grösser die Zahl derjenigen ist, welche durch Lesung dieser Druckschriften von der fälschlich angedichteten Thatsache in Kenntniss kommen, und eine der Ehre der Verläumdeten nachtheilige Meinung erhalten können. Nun ist gegen Sie erhoben, dass Sie nicht nur gegen 1000 Exemplarien Ihres Entwurfes lithographiren liessen, wovon eine nicht unbedeutende Anzahl bereits verbreitet worden, sondern Sie haben noch weiter, nachdem Ihnen der Rest der Entwürfe polizeilich unter Siegel gelegt wurde, den Entwurf wörtlich in den von Ihnen in das Publikum beförderten *Reflexionen* aufnehmen, und so weit es Ihnen nur immer möglich war, verbreiten lassen. Sie haben sich daher sowohl nach dem Inhalt der verbreiteten Aeusserungen, als nach der Beharrlichkeit dieser Verbreitungen, ein besonderes, für beschwert zu erachtendes Press-Vergehen zu schulden gebracht?

Ant. Es sey allerdings ein Zweifel darüber zu erheben, dass zwischen dem Aufruf zur Empörung und zwischen den erlaubten *Raisonnements* über Staatsverhältnisse noch eine Stufenleiter von Vergehen und Verbrechen in der Mitte liege. Constitut habe hierin schon die Gesetze für sich, welche von einer solchen Stufenleiter nichts wissen, und die richterliche Gewalt werde sich doch die Befugniss nicht anmassen wollen, in jedem vorkommenden besondern Fall erst das Gesetz zu machen, um es dann auf frischer That appliciren zu können. Er wisse wohl, dass leider die leidige Gerichts-Praxis in Württemberg gar viel zu suppliren habe, weil man an tüchtigen Criminal-Gesetzen fast gänzlichen Mangel leide. Doch sollten vor allem die Gerichte sich sehr in Acht nehmen, in politischen Angelegenheiten nach der sogenannten Analogie, und nach alt-kanzleiüblichen Normen Verbrechen zu erschaffen, von denen das Publikum nichts wisse. Durch nichts werde die Constitution mehr gefährdet, und das Vertrauen der Nation in einen festen Rechtszustand tiefer erschüttert, als durch ein solches Verfahren. Constitut könne daher keine Stufenreihe von Zwischen-Verbrechen zugeben, wie sie das Criminal-Amt behaupte, sondern müsse diese Annahme für ganz constitutionswidrig erklären. Wenn er sich recht erin-

nere, habe er schon, in früheren Verhören, die Gründe angegeben, warum zwischen dem *Erlaubten* und dem *Verbotenen* eine feste, von keiner willkührlichen Gerichts-Praxis abhängige Gränzlinie gezogen werden müsse. Das Wesen der Repräsentativ-Verfassung liege in der Theilnahme der Nation an der *Verwaltung*, indem sie solche durch ihre Vertreter *controllire*; und an der *Gesetzgebung*, indem sie durch ihre Vertreter die von der Regierung vorgeschlagenen *Gesetze genehmige* oder *verwerfe*. Die Ausübung dieser Rechte aber sey nur möglich bei voller Freiheit der Meinung. — Bürger, welche vermittelt ihrer Vertreter das Recht haben, Gesetze zu genehmigen oder zu verwerfen, die Verwaltung abzuändern, untüchtige Staatsmänner als solche öffentlich dem König zu benennen, und ihn um eine Veränderung des Ministeriums zu bitten, — Bürger, welche nicht nur berechtigt seyen, die Fehler der Minister aufzudecken, sondern sogar, wenn sie pflichtvergessen handeln, vor ein öffentliches Gericht zu stellen: — solche Bürger müssen doch wohl auch befugt seyn, über Staats-Institutionen, über alle Gesetze und Verwaltungs-Handlungen ein freyes Urtheil auszusprechen, und es könne keiner richterlichen Gewalt erlaubt seyn, dieses Urtheil, wenn es etwa zufälligerweise mit den Ansichten des Richters nicht harmonire, zum Verbrechen zu stempeln. Denn würde den Gerichten eine solche Befugniss eingeräumt, so würde die öffentliche Meinung von ihnen vorgeschrieben, und sie hätten in politischer Hinsicht dieselbe Gewalt, den Aufschwung des menschlichen Geistes niederzuhalten, welche die Inquisition in Spanien einst behauptet habe. Daher sey, so weit man in der Welt wirkliche, und nicht blos Schein-Constitutionen anerkenne, überall der Grundsatz angenommen, dass dem Bürger jedes Urtheil in öffentlichen Dingen freistehe, und dass nur der Aufruf zu Aufruhr und Empörung strafbar sey. — Diesen Grundsätzen sey die württembergische Constitution gefolgt, und wenn sich die Gerichte erlauben, den deutlich ausgesprochenen Geist der Verfassung anders zu drehen, so sey er für seinen Theil innig überzeugt, dass sie ein constitutionnelles Verbrechen begehen, und dass ihre Mitglieder mit Recht vor den Staats-Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden können. Denn die Unabhängigkeit der Justiz dürfe nicht in eine Souverainetät der Justiz

ausarten, und es sey im Grund gleich unerträglich, ob der Bürger durch die *Despotie eines Einzigen* oder durch die *Despotie der Gerichte* seiner Rechte beraubt werde. Die Gerichte seyen nur innerhalb ihres Berufes unabhängig. Ihr Beruf aber sey die Bürger bei ihren klaren constitutionellen Rechten zu schützen, nicht ihnen dieselben durch *juridische Künste* zu entreissen.

Was den §. 8 betreffe, auf welchen sich das Criminal-Amt berufe, so habe jener Paragraph, wenn man ihn unpartheyisch untersuche, nur die *einzelnen Staatsdiener* im Auge. Wer natürlich einen Staatsdiener seines Amtes halber in öffentlichen Schriften injurire, der sey strafbarer als der welcher einen Bürger injurire, weil die Würde des Amtes geschützt werden müsse. Damit aber sey nicht gesagt, dass wer *im Allgemeinen* über die Staatsdiener ein missliebiges Urtheil fälle, sich einer schweren Injurie schuldig mache. Denn eine solche Bestimmung würde die Natur des Repräsentativ-Systems aufgehoben und das ganze Pressgesetz, das doch offenbar darauf berechnet gewesen, dem Volk die Meinung preis zu geben, vernichtet haben.

Fr. 160. Das Pressgesetz enthält keine neue Special-Sanktionen, und alle Verbrechen und Vergehen, welche durch mündliche und schriftliche Mittheilungen verübt werden, können auch durch Druckschriften begangen werden. Die Gesetzes-Uebertretungen durch leztern nimmt aber in der Regel, wegen der grössern Publicität und der leichtern Art der Mittheilung, mithin wegen der grössern Gefährlichkeit des Unternehmens für den Verletzten, in strafrechtlicher Hinsicht einen schwerern Charakter an?

Ant. Constitut sey sehr gut mit den Gesetzen der Pressfreiheit bekannt, und es bedürfe eben keines Rechts-Studiums um einzusehen, dass Aeusserungen, welche, mündlich gesprochen, ein Verbrechen oder Vergehen seyen, in öffentlichen Schriften bekannt gemacht, noch strafbarer werden. In dieser Beziehung sey es ihm noch nie eingefallen, das Pressgesetz zu seinen Gunsten zu erklären. Er führe damit einen ganz andern Beweis. Schon die Erscheinung des Pressgesetzes bewaise, dass die Regierung das Volk in das Recht der freien Critik nach allen Theilen habe einsetzen wollen. Der Geist dieses Gesetzes bewaise aber noch mehr. Dieser gebe zu erkennen dass man hier, in Württemberg, die Pressfrei-

heit ganz auf dieselben Grundsätze gestellt habe, welche in den freiesten Staaten und von den aufgeklärtesten Staats-Rechtslehrern angenommen sey, *dass also keine politische Meinung zum Verbrechen gestempelt werden könne, wenn nicht die Heiligkeit des Regenten, die Integrität des Staats oder die Ehre des Einzelnen angegriffen werde.*

Fr. 161. In Ihren Aufsätzen ist, wie Ihnen schon öfter vorgehalten worden, ein so gehässiger Tadel über amtliche Handlungen obrigkeitlicher Stellen und Personen, ja sogar eine wirkliche Verunglimpfung der Regierung und aller Staatsbehörden enthalten, dass die erwähnten groben öffentlichen Verläumdungen, so wie überhaupt der ganze Zusammenhang und die Darstellungsweise in Ihrem Petitions-Entwurf wohl dazu geeignet gewesen ist, dadurch das Vertrauen und die Anhänglichkeit der württembergischen Bürger an die Regierung zu erschüttern, und daher Missvergnügen bei den Unterthanen zu verbreiten, und solche zu grundlosen Beschwerden veranlassen. — Sie schützen nun zwar vor, dass dies Ihre Absicht nicht gewesen sey, dass Sie eines Theils den Petitions-Entwurf nur für Ihre Committenten in Reutlingen bestimmt, und an dessen weiterer Verbreitung keinen nähern Antheil gehabt; anderntheils aber bei Ihren nachher verbreiteten Reflexionen lediglich Ihre Rechtfertigung im Publikum bezweckt zu haben. — Dieses Vorgeben widerlegt sich aber durch den Inhalt Ihrer Aufsätze selbst; denn im Eingange Ihres Entwurfs geben Sie ein so entstelltes Bild des Zustandes der Gesetzgebung und Verwaltung des Landes in allen Zweigen, dass eine solche Schilderung der Regierung des Vaterlandes auf den minder gut Unterrichteten selbst mehr als den hier befragten Eindruck hätte hervorbringen können. In Ihren Reflexionen endlich, erlaubten Sie sich gar die gegen Sie in Anwendung gebrachten gerichtlichen Schritte, um den von Ihnen begonnenen Verbrechen Einhalt zu thun, *den Charakter einer unbefugten Verfolgung partheyischer und unter dem Einflusse des königl. Justiz-Ministers stehender Gerichte darzustellen*, und Ihre Sache für die Sache des ganzen Volks zu erklären, und dieses sogar zu Ihrem Beistand aufzufordern. Es ist anzunehmen, dass Sie, als ein wissenschaftlich gebildeter Mann, den Eindruck und die Folgen, welche eine solche Sprache an das Volk hervorbringen wird, wohl berechnet haben, und dass wirklich in Ihrer Absicht lag, Unzufriedenheit zu verbreiten, indem Sie die Unterthanen gegen die Regierung einzunehmen und aufzureitzen suchten?

Ant. Er habe schon früher einmal bewiesen, dass in einem constitutionellen Staat das Verbrechen, Unzufriedenheit und Missvergnügen zu verbreiten, ein Unding sey. Durch Ausstreuung offenbar unwahrer Thatsachen könne man sich allerdings einer Verläumdung gegen die Staatsfunctionaire schuldig machen. Wenn man aber blos über die allgemein bekannten Verhältnisse des Staats ein Urtheil fälle, so sehe Constitut nicht ein, auf welche Weise man sich hier ver-
gehen könnte. — Entweder sey dieses Urtheil richtig oder unrichtig; im ersten Fall werde die Regierung denjenigen, der das Urtheil ausspreche, verpflichtet seyn, weil er sie zur Erkenntniss der Wahrheit führe; im andern werde das besser unterrichtete Publikum das Urtheil berichtigen. Miss-
vergnügen hingegen, werde man durch falsches Urtheil nie verbreiten können; dieses werde durch drückende und unzweckmässige Staats-Institutionen, durch gewissenlose und untüchtige Beamte und durch schlechte Gesetze verbreitet. Wenn daher das Gesetz vom 5 Merz 1810 sich auf allgemeine Urtheile bezöge, so wäre es schon im allgemeinen durch die Constitution und durch das Pressgesetz aufgehoben, weil dasselbe mit dem Recht des Volks auf freie Meinungs-
Aeusserungen in völligem Widerspruch stände. Das Gesetz sey aber offenbar nur darauf berechnet, wenn ein Bürger eine *gegebene amtliche Handlung entstelle*, wie dies auch wörtlich in dem Artikel 25 zu lesen sey. *Auf allgemeine Urtheile* sey dieses Gesetz gar nicht berechnet. Das Criminal-Amt setze abermals voraus, dass das von dem Constituten ent-
worfene Bild des Zustandes der Gesetzgebung und Verwaltung des Vaterlandes ein entstelltes sey. — Constitut sey heute noch der Meinung, dass er ganz nach dem Leben gezeichnet habe; wolle aber das Criminal-Amt beweisen, dass er da oder dort unrecht gehabt, so werde er sich mit Ver-
gnügen eines Bessern belehren lassen. Er bitte aber nur um die Gefälligkeit, dass das Criminal-Amt auf einige Augen-
blicke den Fall annehme, die von ihm entworfene Schilde-
rung sey die *wahre*, das Criminal-Amt aber, indem es sie für entstellt halte, schwebe *im Irrthum*. Nun frage er, wie es denn möglich wäre, in einem Staate wo es nicht erlaubt sey andere Schilderungen bekannt zu machen, als solche, *welche die Gerichte für wahr halten*, wie es in einem solchen

Staate möglich wäre, die öffentlichen Gebrechen noch so zeitig aufzudecken, dass ihnen *im Wege des Gesetzes abgeholfen werden könnte?* Das Criminal-Amt gebe sich alle Mühe, auf ihn den Schein zu erweisen, dass er die Absicht gehabt habe, Misvergnügen zu verbreiten. Er habe oben dargethan dass dies gar nicht möglich, und also seine Absicht thöricht gewesen wäre. Die Unmöglichkeit habe auch der Erfolg bewiesen; denn nach allen Versicherungen herrsche allgemeine Zufriedenheit mit den Resultaten des gegenwärtigen Landtags, unerachtet sein Petitions-Entwurf allgemein bekannt worden sey.

Fr. 162. Haben Sie sonst noch etwas anzugeben?

Ant. Nein.

* * *

Das Verhör für heute zu beschliessen.

(Folgen die Unterschriften.)

Fortgesetzt den 26 Jul. 1821.

Der vormalige Professor List erschien heute, der Verabredung gemäs, wieder vor dem Kön. Criminal-Amt, und wurde weiter befragt:

Fr. 163. Die Untersuchungs-Stelle hat Ihnen in der im lezten Verhör vorgelegten 161. Frage den Vorhalt gemacht, dass besonders auch die Sprache, die Sie in der von Ihnen für das Publikum bestimmten und verbreiteten *Reflexionen* zu führen sich erlaubt haben, ganz berechnet gewesen sey, die Unterthanen gegen die Regierung aufzureizen, indem Sie hier von *verfassungswidrigen Handlungen*, die sich die unter dem Einfluss des Kön. Justizministers stehenden Gerichte gegen Sie erlaubt, gesprochen, Ihre Sache für die Sache des ganzen Volks erklärt, und letzteres zur Theilnahme aufgefordert haben. — Da Sie sich auf diesen Vorhalt nicht gehörig eingelassen haben, so sieht sich die Untersuchungs-Stelle veranlasst, solchen an Sie zu wiederholen, und dabei gegen Sie den Inhalt Ihrer Reflexionen wörtlich selbst zu benutzen. In demselben sagen Sie:

a) » Wo Freiheit, Ehre und Vermögen des Bürgers durch verfassungswidrige Handlungen der Staats-Functionnaire bedroht

» sey, werde es wohl keiner Entschuldigung bedürfen, wenn der
 » Verfolgte an die öffentliche Meinung appellire. «

b) » *Seine* Sache sey die Sache Aller, und wer heute noch über
 » die Unterdrückung seines Mitbürgers frohlocke, könne leicht
 » morgen als ein Opfer *derselben Willkühr* fallen. «

c) » Mit Grund wolle er sich daher der Hoffnung überlassen,
 » dass die Misshandlungen, von welchen er hier dem Publikum
 » Kenntniss gebe, die Theilnahme seiner Mitbürger erregen
 » werde. «

d) » In der sichern Hoffnung lege er seinem Vaterlande die
 » Acten zur Entscheidung vor, dass seine Mitbürger sich öffent-
 » lich zu seinen Gunsten aussprechen werden. «

Wogegen Sie ihnen die Zusicherung geben:

e) » Sie dürfen von ihm erwarten, dass es ihm in dieser Sache
 » nicht allein um die Sicherstellung seiner Person, sondern ganz
 » vorzüglich um Vernichtung der Ursachen zu thun seyn werde,
 » welche die gemeine Freiheit gefährden. «

Sie müssen hier selbst wohl fühlen, dass Sie von Ihrer Seite
 Alles gethan haben, um das Volk aufzureizen, und dass es einzig
 dem festen Zutrauen, das die Würtemberger auf ihre Regierung
 setzen, zugeschrieben werden muss, dass Sie in Ihren Proklama-
 tionen so wenig über dasselbe vermocht haben?

Ant. Er sey nie anderer Meinung gewesen, als dass die gericht-
 liche Verfolgung, die er zu erdulden habe, seiner Opposition
 gegen die Minister zuzuschreiben sey, und ein grosser Theil
 des Publikums theile mit ihm diese Ueberzeugung. Man werde
 sich erinnern, dass, als er in der Versammlung aufgetreten,
 sich eine geringe Opposition gebildet habe; auch habe be-
 kanntlich seine erste Motion, die *Untersuchung des Natio-
 nal-Einkommens* betreffend, die wärmsten Anhänger der
 Minister sehr in Allarm gesetzt. Da er sich nun nicht habe
 überzeugen können, dass durch den befraglichen Petitions-
 Entwurf ein ungesetzlicher Schritt von ihm verübt worden,
 so sey er ganz natürlich auf den Gedanken gekommen, die
 Minister brauchen blos diesen Vorwand, um ihn in der Kam-
 mer unthätig zu machen. Die Art und Weise, wie, nach
 allgemeiner Sage, die Einleitung dieser Untersuchung gesche-
 hen, habe ihn und viele Andere im Publikum in dieser Ver-
 muthung bestärkt. Man habe nemlich gleich in den ersten
 Tagen der Untersuchung in Erfahrung gebracht, dass ein ge-

wisser Rath den befraglichen Petitions-Entwurf, als einen guten Fang, einem Minister überbracht und derselbe sich sogleich beeilt habe, ein Ministerial-Conseil zusammen zu berufen, von welchem dann die betreffenden Befehle zu seiner polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung ausgegangen seyen. Unter solchen Umständen habe er sich für ein Opfer der Ministerial-Willkühr gehalten, und berechtigt geglaubt, von seinem staatsbürgerlichen Recht der Appellatiou an die öffentliche Meinung Gebrauch machen zu dürfen. Wenn der Bedrängte in seiner Bedrängniss nicht mehr um Hülfe rufen dürfe, so sehe er nicht ein, worin denn eigentlich die constitutionnelle Freiheit bestehe; und wenn ein Mann von öffentlichem Charakter, der sich in der Deputirten-Kammer den Ministern gegenüber gestellt, den Mund nicht öffnen dürfe, um seinen Mitbürgern zu sagen, dass diese Minister, *um seiner politischen Meinung willen, ihn bei Leib und Leben fassen*, so begreife er nicht, was die Verantwortlichkeit der Minister auf sich habe. — Sein Zweck sey hiebei ein *erlaubter* gewesen: er habe die öffentliche Meinung zu Gunsten der Wahrheit und des Rechts stimmen wollen, wozu jeder Staatsbürger berechtigt sey. Wie nöthig und wie gut für seine Sache dies gewesen, habe nachher die öffentliche Verhandlung in der Kammer gezeigt. — Er wisse sich kaum zu fassen, um dem Criminal-Amt auf seine Anmuthung, als ob er die Absicht gehabt habe, das Volk aufzureizen, zu antworten. Diese Behörde scheine nicht zu unterscheiden zwischen *gesetzlichem* und *ungesetzlichem* Widerstand, zwischen der *Regierung* und den *Ministern* oder *Staatsfunctionairen*. Im Wege des Gesetzes sey es jedem constitutionellen Bürger erlaubt, seine Mitbürger über die ungesetzlichen Schritte der Staatsfunctionaire aufzuklären, und wenn diese nachher die Angriffe, welche auf ihre Personen geschehen, für Angriffe auf die Regierung selbst ausgeben, so machen sie die Wasser trübe, um, durch Verwirrung der Begriffe, sich der öffentlichen Critik und der Verantwortlichkeit zu entziehen, und diejenigen, die Geist und Muth haben, um ihre Ungesetzlichkeiten an das Licht zu ziehen, für Feinde der Regierung zu erklären.

Fr. 164. Um vor dem Volke Ihre frühere Schritte zu rechtfertigen, berufen Sie sich in Ihren *Reflexionen* auf die *Pressfreiheit*;

weil aber gerade das Pressgesetz von den Gerichten gegen Sie in Anwendung gebracht werden kann, so werfen Sie diesen eine unrichtige Anwendung desselben vor. — Sie sagen: »nicht in dem
 » Gesetz selbst, sondern in der Anwendung desselben, in der
 » Persönlichkeit derjenigen, welche das Richteramt bekleiden, in
 » der fehlerhaften Stellung der Gerichte, ist der Missbrauch zu
 » suchen. — Unsere Richter, (fahren Sie fort,) unbekannt mit
 » dem Geist des Repräsentativ-Systems, vernichten die Wohlthat
 » des Gesetzes (Pressgesetzes) nicht nur, sondern, wass noch weit
 » schlimmer ist, sie machen sogar zum Verbrechen, was das
 » Gesetz erlaubt. Besser wäre es, wir lebten bei dieser Rechts-
 » pflege noch unter absoluter Willkühr-Herrschaft: denn, wo es
 » allgemein bekannt ist, dass der Tadel der öffentlichen Beamten
 » als Staats-Verbrechen geahndet wird, da kann und wird sich
 » der Bürger vor solchem Tadel hüten. Unbegreiflich muss es
 » jedem denkenden Menschen seyn, wie der württembergische Ju-
 » stiz-Minister, der doch vor Allen dazu verpflichtet ist, für eine
 » Rechtspflege zu sorgen, welche dem Repräsentativ-System ent-
 » spricht, nicht längst schon auf gesetzliche Abhülfe dieses
 » *entsetzlichen* Missbrauchs bedacht gewesen. Aber (wird von
 » Ihnen hinzu gesetzt) es ist freilich zu angenehm, als ein unan-
 » tastbares Glied der geheiligten Majestät betrachtet zu werden,
 » als dass man sich eines solchen Prärogativs aus freyen Stücken
 » begeben könnte.« — Wie können Sie diese gehässigen Ausfälle
 gegen die Gerichte und insbesondere gegen den Königl. Justiz-
 Minister verantworten?

Ant. Was er hier gesagt habe, sey noch seine Meinung, und er bitte ihn nur vom Gegentheil zu überzeugen. Er sehe jezt aber wohl ein, dass, wo Meinungen verfolgt werden, es am sichersten sey, gar keine Meinung zu haben, und fast gereue es ihn, auf die ihm in den bisherigen Verhören vorgehaltenen Meinungen wieder neue Meinungen geäußert, und so sich aufs Neue criminellen Anschuldigungen ausgesetzt zu haben. Da es scheine, dass die Justiz eine Richtschnur für alle politischen Meinungen besitze, so wage er es nicht, sich ferner der Seinigen zu überlassen. Uebrigens, was den kön. Justiz-Minister betreffe, so habe er ihm hier einen Vorwurf gemacht, wozu jeder Staatsbürger berechtigt sey. Im englischen Parlament bewaise man den Ministern nicht nur Nachlässigkeit, sondern sogar Untüchtigkeit, ohne dass dieselben sich ein-

fallen liessen, sich für injurirt zu halten. — Die öffentliche Kritik sey etwas, was man in constitutionellen Staaten den Ministern in den Kauf gebe; und auch die Gerichtshöfe halten sich dort nicht für mehr, als für National-Institute, worüber jedem freyen Mann freyes Urtheil zustehe.

Fr. 165. In demselben, die Gerichtsverfassung Württembergs herabsetzenden Tone haben Sie auch in Ihrer vor der Kammer der Abgeordneten am 7ten Febr. l. J. gehaltenen Rede sich ausgesprochen, und hier den Gerichten eine unedle Triebfeder bei dem gegen Sie eingeleiteten Verfahren unterstellt, und zu behaupten gewagt, dass in Württemberg kein verfassungsmässiger Zustand bestehe, weil der Rechtsspruch in Sachen, wobei die Minister und Staatsbeamten interessirt seyen, von ihrem Einfluss abhängig seyen; und dass, so lange dies der Fall sey, die Freiheit des Volks, die freye Rede der Volks-Repräsentanten und die Würde des Throns jeden Augenblick in Gefahr schwebe. Das Criminal-Amt wird Ihnen diejenigen Stellen aus Ihrem Vortrage, aus welchem diese Verunglimpfungen der Gerichte hervorgehen, vorhalten, damit Sie sich auf diesen Anschuldigungs-Punkt verantworten können?

Nach Vorhaltung der ausgehobenen Stellen, gab Constitut folgende Erklärung zu Protokoll:

Ant. Er halte die Gerichte nicht für ermächtigt, Deputirte, wegen ihrer in der Stände-Versammlung gehaltenen Reden, zur Verantwortung zu ziehen. Hätten die Gerichte diese Gewalt, so würde, bei ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, die ganze Constitution zur blossen Illusion. Denn wer gegen die Minister spräche, könnte von ihnen, wegen Verläumdung der Staatsverwaltung verfolgt werden. Soviel er sich erinnere, enthalte die Verfassung ausdrücklich die Bestimmung, dass kein Stände-Mitglied, wegen seiner in der Versammlung gehaltenen Vorträge, zur Verantwortung gezogen werden könne. Diese Bestimmung enthalten alle Constitutionen aller civilisirter Völker; ohne sie sey keine Constitution möglich. — Er halte sich daher nicht für verbunden, auf die vorgelegte Frage zu antworten, nicht darum, weil er, was er gesagt habe, nicht rechtfertigen könne. Es seyen Grundsätze, die man ihm vorhalte, von deren Unrichtigkeit kein Gerichtshof in der Welt ihn überzeugen könne. — Er schweige darum, weil er seinem Recht und seiner Würde

als Volks-Repräsentant, und dem Rechte des Volkes nichts vergeben wolle.

Fr. 166. In dem S. 185. der Verfassungs-Urkunde sey allerdings ausgesprochen, dass Niemand wegen seiner, in der Stände-Versammlung gehaltenen Vorträge zur Verantwortung gezogen werden könne, » jedoch (heisse es daselbst weiter) sind Beleidigungen oder » Verläumdungen der Regierung, der Stände-Versammlung, oder » einzelner Personen, der Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen *in dem ordentlichen Wege des Rechts unterworfen.* « — Sie werden sich daher selbst sagen können, dass Sie schuldig sind, auf den Ihnen gemachten Vorhalt zu antworten?

Ant. Er könne dies nicht glauben.

Bemerk. Dem Constituten wurde die Verfassungs-Urkunde zu seiner Ueberzeugung vorgelegt, worauf derselbe weiter deponirte:

Die Buchstaben stehen zwar da, aber er müsse hier einen Druckfehler vermuthen: Was der *erste* Satz zugebe, das *nehme* der *zweite* wieder, und *was der zweite nehme*, das sey nicht *weniger als die ganze Verfassung*. Denn nach dieser Bestimmung würde jedem einzelnen Oberamts-Richter die Befugniss zustehen, jeden Deputirten, wenn er von der Versammlung nach Hause käme, wegen etwaiger Aeusserungen gegen die Minister in Criminal-Untersuchung zu ziehen. Wie denn unter solchen Verhältnissen eine Verfassung bestehen könne? — Unmöglich sey dieser Satz so zu verstehen, wie ihn das Criminal-Gericht in Anwendung bringen wolle. — Weder Regierung noch Stände-Versammlung haben eine Bestimmung treffen können, welche die ganze Constitution auflöse. — Er erkläre, nicht zu antworten; und dass er entschlossen sey, die Sache sogleich bei dem constitutionellen Ausschusse zur Anzeige zu bringen, damit sie constitutionnel erledigt werde.

Fr. 167. Man muss Ihnen bemerken, dass der *königl. Gerichtshof des Neckar-Kreises* dem *Criminal-Amt* den Auftrag ertheilt hat, Sie über die angestrichenen Stellen in Ihrem Vortrag in der Kammer der Abgeordneten zur Rede zu stellen, und dass Sie sich grosser Verantwortlichkeit aussetzen, wenn Sie auf Ihrer *Re-nitenz* beharren sollten?

Ant. Da er die Competenz des Gerichts in dieser Art nicht anerkenne, so ändere dies nichts in seinem Entschluss.

Fr. Haben Sie sonst noch etwas dem Protokoll einzuverleiben?

Ant. Nein.

Für die Richtigkeit dieser Verhandlung,

(*Folgen die Unterschriften.*)

Fortgesetzt den 6 August 1821.

Von dem Criminal-Senat des königl. Gerichtshofes für den Neckar-Kreis lief heute auf den am 28 v. M. erstatteten Bericht der Entschluss d. D. 2 d. M. dahin ein, dass der königl. Gerichtshof aus der gemachten Anzeige mit *Indignation* wahrgenommen habe, wie der angeschuldigte Friederich List, auf die frivolste und ungebührlichste Weise, unter nichtigen Vorwänden, sich hartnäckig geweigert, auf die ihm vorgelegten Instanzen seine durch Dekret vom 30 April d. J. verlangte Verantwortung über die in seiner den 7 Februar d. J. in der Stände-Versammlung gehaltenen Rede gegen die Justizpflege in Württemberg und die sämtlichen Gerichtsstellen des Königreichs enthaltenen Vorwürfe und Beschuldigungen abzugeben. Das Criminal-Amt habe solches dem List, und dass man sich vorbehalte, seiner Zeit, bei definitiver Entscheidung in seiner Untersuchungssache, dieses ungebührliche Betragen vor Gericht geeignet zu ahnden, zu erkennen zu geben, und sodann, unter ausdrücklicher Hinweisung auf die in der General-Verordnung vom 23 April 1809, die Abschaffung der Tortur betreffend, § 2 enthaltenen Bestimmungen, und unter Verwarnung von Zwangs-Masregeln, denselben nochmals zur Abgebung seiner Verantwortung aufzufordern, und wann er auch dann noch auf seiner bisherigen Verweigerung der letztern bestehen würde, denselben auf drei Tage in einem seinen bisherigen Standes-Verhältnissen angemessenen bürgerlichen Gefängniss zu incarceriren.

Nach Erstehung dieser Ungehorsams-Strafe habe das Criminal-Amt den Angeschuldigten von Neuem zu verhören, und dann, je nachdem er von seinem Ungehorsam abstehe oder auf seiner hartnäckigen Verweigerung der Antwort beharren sollte, entweder

die Untersuchung fortzusetzen, oder weitem Bescheid von dem königl. Criminal-Senat einzuholen. *

* Wäre Herr List auf seiner Weigerung beharrt, so hätte ihn der Gerichtshof zu Esslingen ohne Zweifel nach der Vorschrift des oben angeführten Gesetzes vom 23 April 1809 behandelt, welches besagt, dass die Zwangs-Maasregeln gegen einen *widerspenstigen Inquisiten* bis zu fünf und zwanzig *Stockprügeln* steigen können. Die sogenannte *General-Verordnung* vom 23 April 1809 ist also mit den Worten: „*die Abschaffung der Tortur betreffend*“ nicht richtig bezeichnet; es sollte heißen: „*die Regulirung der Tortur betreffend.*“ Inzwischen muss bemerkt werden, dass die Criminal-Gerichtshöfe von dieser *Tortur* nur in *ausserordentlichen Fällen* Gebrauch machen, und dass sie neuerlich sogar bei *wiederholten Diebstählen*, gegen Inquisiten, welche sich weigern, über die *faktischen Umstände* des Verbrechens Auskunft zu geben, nicht in Anwendung gebracht wird. Etwas anderes ist es freilich, einen *wiederholten Diebstahl* begehen, etwas anders, die *Gerichts-Verfassung* und *Verwaltung in der Stände-Versammlung tadeln*. Ein Deputirter auf der Tortur, damit er sich über seine Reden verhören lasse, gewährt heut zu Tag ein Schauspiel, welchem die Theilnahme des Publikums nicht leicht fehlen kann. Um aber auch die deutschen *Juristen*, die sich durch Gefühle so leicht nicht hinreissen lassen, etwas zu rühren, zeigen wir ihnen einen *Inquisiten*, welcher, durch Bedrohung mit der *Tortur* gezwungen sich zu *vertheidigen*, gestraft wird, *weil er durch die Tortur zur Vertheidigung gezwungen werden musste*. Herr List hat in der Stände-Versammlung die Gerichts-Verfassung, die Gerichte und die Stellung der Richter beurtheilt. Zugegeben, er habe damit ein *Verbrechen* begangen, so lag doch das *Faktum klar am Tage*; es war *notorisch*; die Rede des Herrn List war *gedruckt*; sie befand sich in den *Händen des Richters*, und wenn Hr. List sich auch geweigert hätte, die Rede anzuerkennen, was ihm nie einfiel, so hätte es nur eines Requisitions-Schreibens an die Kanzley der Stände-Versammlung bedurft, um einen vollständigen Beweis des Inhalts der Rede herzustellen. Wozu also die Vernehmung des Herrn List? Wir sehen keinen andern Grund, *als um sich zu vertheidigen*. Der Criminal-Richter selbst weiss keinen andern; er sagt in der Frage 164: „*wie können Sie diese Ausfälle verantworten?*“ und in den nachfolgenden Verhören wiederholt er stets die Frage: „*wie können Sie sich verantworten?*“ Ja, der Gerichtshof selbst, wo er auf die Tortur erkennt, will nur, dass Herr List gezwungen werde, „*seine Verantwortung abzugeben.*“ Wenn nun Hr. List *keine Verantwortung*, oder *Rechtfertigung* oder *Vertheidigung* der von ihm in der Stände-Versammlung ausgesprochenen Grundsätze *abgeben wollte*, wenn er somit darauf *verzichtete*, was konnte der Gerichtshof thun? Konnte er auf *Tortur* erkennen? Konnte er Herrn List *strafen*? Was musste er thun? Was thut man, wenn die Verbrecher sich nicht vertheidigen wollen? — Man wird bemerken, dass diese wichtige Rücksicht Herrn List im Verhör entgieng, weil er immer mehr die *Rechtfertigung der constitutionellen Grundsätze*, als die *Vertheidigung seiner Person* vor Augen hatte.

Ueber die Befolgung der hier ertheilten Aufträge und deren Resultate, werden in jedem Falle binnen acht Tagen Bericht erwartet, so wie sich der Gerichtshof auch gewärtige, dass die ganze, gegen den Friedrich List anhängige Untersuchung in Bälde werde beendigt, und deren Ergebnisse mit Bericht vorgelegt werden.

Beschluss.

Den Angeschuldigten, Friederich List, auf nächsten Donnerstag, den 9 d. M. vor das königl. Criminal-Amt zu berufen, um diese Anordnung gegen ihn in Vollzug zu setzen.

Fortgesetzt den 9 August 1821.

Der Angeschuldigte, Friederich List, erschien vor dem königl. Criminal-Amt und es wurde demselben folgende Eröffnung gemacht:

Fr. 180. Das Criminal-Amt hat sich veranlasst gesehen, höhern Orts Ihre Weigerung sich wegen der in Ihrer, in der Stände-Versammlung gehaltenen Rede gegen die Justizpflege in Würtemberg, und die sämmtlichen Gerichtsstellen des Königreichs gemachten Vorwürfe und Beschuldigungen zu *verantworten*, anzuzeigen, und der Criminal-Senat des königl. Gerichtshofes hat hierauf in einem Erlass vom 2 d. M. dem Criminal-Amt aufgetragen Ihnen zu eröffnen, dass diese hohe Gerichtsstelle mit Indignation wahrgenommen habe, wie Sie auf die frivolste und ungebührlichste Weise, unter nichtigen Vorwänden, die durch das Dekret vom 30 April l. J. verlangte *Verantwortung* verweigert haben, und dass der Gerichtshof sich vorbehalten haben wolle, seiner Zeit, bei definitiver Entscheidung Ihrer Untersuchungssache, *dieses ungebührliche Betragen vor Gericht geeignet mitzuahnden*, das Criminal-Amt sofort auch angewiesen, Sie unter ausdrücklicher Hinweisung auf die in der *General-Verordnung von Zwangs-Maasregeln*, nochmals zu *Abgebung Ihrer Verantwortung* aufzufordern. Indem Ihnen dieses das Criminal-Amt eröffnet, hofft dasselbe von Ihnen, dass Sie von Ihrer Renitenz abstehen werden?

Ant. Der Gerichtshof scheine in dieser Sache wirklich den Charakter der klägerischen Parthei zu behaupten, wie er es denn, nach seiner Ansicht, wirklich auch sey. Denn sonst würde

derselbe nichts von dereinstigen gerichtlichen Ahndungen sprechen, wo ein Staatsbürger über seine Rechte und Pflichten im Zweifel sey. Wenn es Volksrechte gebe, so müsse der Einzelne auch das Recht haben, diese Rechte zu behaupten, weil es sonst keine Rechte wären. Von Ahndung könne also ein Richter, der die so heilige Unpartheilichkeit seiner Stellung im Staate behaupte, nicht sprechen, wenn ein Staatsbürger in der Ueberzeugung, seine constitutionellen Rechte zu wahren, gegen eine gerichtliche Einschreitung protestire. In einem solchen Falle werde ein gerechter und leidenschaftloser Richter Belehrung eintreten lassen, und dann erst, wenn es sich zeige, dass diese nichts fruchte, mit Strafe einschreiten. Ueberhaupt habe Constitut bisher geglaubt, dass jeder strafbaren Handlung eine böse Absicht oder wenigstens eine Pflichtverletzung zu Grunde liegen müsse, und wenn er nach diesem Grundsatz sein Benehmen beurtheile, so müsse es ihm auffallen welche Gründe der Gerichtshof gehabt haben möge, um ihm dasselbe als strafwürdig *ad cumulum* zu nehmen, wie man es heisse. Das Criminal-Amt werde sich noch erinnern, dass es ihm äusserst auffallend gewesen, über seine Reden in der Stände-Versammlung vernommen zu werden, dass er fest der Meinung gewesen, ein Volksvertreter sey, wie in jedem andern wahrhaft constitutionellen Staate, für seine Reden in der Stände-Versammlung nicht verantwortlich, dass es ihn aber äusserst frappirt habe, als man ihm jenen beschränkenden Nachsatz, der die vorher zugesicherte Freiheit der Rede gänzlich vernichte, und die Volks-Repräsentation unter die Gerichtsbarkeit eines jeden ordentlichen Richters stelle, vorgehalten habe. Er sey in jeder Hinsicht betroffen gewesen, über die beklagenswerthe Einschreitung der Justiz sowohl, als über die noch beklagenswerthere Bestimmung der Verfassungs-Urkunde, welche die Freiheit der Berathung in der Kammer vernichte, sobald davon Gebrauch gemacht werde. Wenn er nun in einem solchen Zustande gegen das Verfahren des Gerichtshofes protestirt habe, so könne doch gewiss daraus keine strafbare Renitenz gefolgert werden. Er, für seinen Theil, habe Besinnung nöthig gehabt, und es wäre vielleicht gut gewesen, wenn auch der Gerichtshof die von ihm angegebenen Gründe näher erwogen hätte. Nach den Worten wie sie da stehen,

können freilich die Gerichtshöfe eine jede gerichtliche Einschreitung gegen Mitglieder der Stände-Versammlung, wegen jeglicher Aeusserung, mit der Constitution rechtfertigen. Das aber hebe den ganzen constitutionnellen Zustand auf, und hierinn dürfte wohl für die Gerichte ein gewichtiger Grund liegen, sich wenigstens dieser ihrer Befugniss mit der grössten Mässigung und unter Beobachtung der strengsten Förmlichkeiten zu bedienen. So komme es ihm vor, als ob zu Rechtfertigung einer gerichtlichen Verfolgung gegen einen Volksvertreter, den man einer öffentlichen Verläumdung der Staatsbehörden beschuldige, *wenigstens* folgendes geschehen sollte:

Die Sache im königl. Geheimen-Rath zur Beschlussnahme zu bringen, und eine Anlagacte aufzusetzen. Diese Acte den Ständen mitzutheilen, um dem gesetzgebenden Körper Gelegenheit zu geben, seine Mitglieder gegen blos gehässige Verfolgungen zu sichern. Alsdann erst einen Staats-Anwalt aufzustellen, der die betreffende Person förmlich zu belangen hätte.

Diese Förmlichkeiten seyen zwar in der Verfassung nicht vorgeschrieben, aber sie seyen auch nicht durch dieselbe ausgeschlossen. Dagegen werden Sie von der Natur der Sache geboten, gleichwie die Natur der Sache ein Verfahren, wie es gegenwärtig gegen ihn beliebt werde, verwerfe. Auf diese Weise würde die gesetzgebende Versammlung der Gnade und den Meinungen der Gerichtshöfe erster, zweiter und dritter Instanz überantwortet seyn. Denn wenn es in der Befugniss des Gerichtshofs zu Esslingen läge, aus eigener Amtsgewalt einen Deputirten zu belangen, weil er über Finanz, Justiz oder Polizei Dinge gesprochen, die ihm unziemlich scheinen, so müsste es auch in der Befugniss eines jeden Oberamts-Richters liegen, über die Legalität der Aeusserungen des in seinem Amtsbezirke befindlichen Deputirten zu erkennen. — Und wenn es den Gerichten zustehe, die Meinungen und Aeusserungen der Deputirten vor ihr Tribunal zu ziehen; so würde dadurch alle Selbstständigkeit der Versammlung, folglich der Charakter eines gesetzgebenden Körpers völlig verloren gehen, die Gerichte aber würden die höchste Gewalt an sich reissen, weil auch die Gesetzgeber vor ihren Schranken erscheinen, und sich über Aeusserungen,

die sie in der gesetzgebenden Versammlung gethan, verantworten müssten.

Ganz auffallend erscheine zumal der vorliegende Fall, wo der Gerichtshof in Esslingen als Rächer in eigener Sache auftrete, was doch den allergemeinsten Rechtsgrundsätzen widerstreite. Er stelle es nun zur Erkenntniss eines jeden unpartheyischen Gerichtes, ob unter diesen Umständen seine Protestation strafwürdig erscheine. Uebrigens verweigere er um so weniger eine Antwort, als er dadurch Gelegenheit erhalte, die von ihm aufgestellten Grundsätze in ein helleres Licht zu stellen.

Fr. 181. Das Criminal-Amt wird Ihnen, um die rückständige *Verantwortung* abgeben zu können, diejenigen Stellen aus Ihrer Rede vorhalten, die Vorwürfe und Beschuldigungen gegen die Justiz-Pflege in Württemberg, und die sämtliche Gerichtsstellen des Königreichs enthalten.

1) „Das Gebrechen liegt in der falschen Zusammensetzung unserer Gerichte. Ueber Verbrechen und Vergehen, wobei die Machthaber berührt werden, kann nur ein — von Ihrem Einfluss unabhängiger Gerichtshof sprechen. *Staatsdiener-Gerichte* aber stehen immer unter dem Einfluss der höhern Verwaltungs-Behörden, weil ihre Vorgesetzte Mitglieder derselben sind. — — *Ich glaube, mein Schicksal liefert einen unwidersprechlichen Beweis, dass ohne unabhängigen Rechtsspruch keine freie Meinung bestehe.*“

ad 1) Er habe hier allgemeine Grundsätze ausgesprochen, von deren Wahrheit er heute noch durchdrungen sey, und die kein gerichtlicher Spruch unwahr machen werde, weil sie tief aus der menschlichen Natur geschöpft seyen. Die Verwalter der Justiz werden gewiss nicht verlangen können, dass man in sie grösseres Zutrauen setze, als in die Regenten selbst. Die Regenten aber werden durch Constitutionen beschränkt, weil tausendjährige Erfahrung lehre, dass der Mensch stets strebe, das Wohl des Ganzen seinen persönlichen Leidenschaften und Vortheilen unter zu ordnen. — Aus demselben Grunde seyen Gerichtshöfe, welche bloß aus Staatsdienern bestehen, und auf welche die Organe der vollziehenden Gewalt nähern oder entfernten Einfluss ausüben, in Fällen, wo der Einzelne der Regierung gegenüber stehe, und ganz besonders da, wo ihre Eigenschaft als Staatsdiener

mit ins Spiel komme, der Partheilichkeit von jeher verdächtig gewesen, und werden es auch immer und überall bleiben. Daher das Verlangen nach Gerichten, welche aus unabhängigen Männern bestehen, überall, wo man über den gesellschaftlichen Zustand nachgedacht, eben so stark gewesen, als das Verlangen nach Theilnahme an der Gesetzgebung und Controlle der Verwaltung. Es sey sehr zu bedauern, wenn der Gerichtshof allgemeine Grundsätze dieser Art gerichtlich verfolge, und somit einen weitem unwidersprechlichen Beweis liefere, dass ohne unabhängigen Rechtsspruch keine freie Meinung bestehe.

2) » Ohne Freiheit der Meinung giebt es keine lebendige Verfassung, keine bürgerliche Freiheit, keine constitutionnelle Monarchie. Freie Critik bildet die Gesetzgebung den Bedürfnissen des Volks gemäs; durch sie allein kommen die Gebrechen vorhandener Institutionen an den Tag; sie ist das einzige Mittel die Functionaire des Staats in den Schranken ihrer Pflichten zu halten. Frei aber ist die Meinung alsdann erst, wenn nicht nur das Gesetz die Mittel freigibt, durch welche man zum Publikum spricht, sondern auch die Gerichtsverfassung dem Bürger Garantie leistet, dass die ausgesprochene Meinung nicht willkührlich zum Verbrechen könne gestempelt werden. Eine solche Garantie liegt einzig in dem *Urtheilspruch unabhängiger, aus der Mitte des Volks hervorgehender Männer*. Denn wie ist von Staatsdienern, deren Amtsverwaltung selbst der Critik des Volks ausgesetzt ist, welche mehr oder minder unter dem Einfluss *Höherer* stehen, in Fällen wo der Einzelne den Machthabern gegenüber steht, ein unbefangenes Urtheil zu erwarten? «

ad 2) Es sey ihm unbegreiflich wie der Gerichtshof Grundsätze welche in dem ganzen constitutionnellen Europa praktisch anerkannt seyen, als ungebührlich und ehrenkränkend erkenne. Ja, er müsse es gestehen, er habe kein Zutrauen zum Gerichtshof in Esslingen. Das ganze Verfahren gegen ihn habe ihm dasselbe geraubt. Hoffentlich werde man ihm dieses offene Bekenntniss, das man ihm hier abgedrungen, nicht auch wieder als Injurie anrechnen. Er müsse bei dieser Gelegenheit bemerken, dass sogar das Gerücht gehe, man werde ihn in der Hauptsache *ab instantia* absolviren, (ohne Sentenz entlassen) in welchem Fall er nach dem Ausspruch der Verfassung nicht mehr fähig wäre, in der Stände-

Versammlung zu sitzen; zum Beweis, wie der Mangel der *Geschworen-Gerichte* und der *Oeffentlichkeit des Verfahrens* selbst im unpartheyischen Publikum Misstrauen erzeuge, und die abgeschmacktesten Erdichtungen erzeuge.

3) » Man hätte doch glauben sollen, dass eine bedächtige Justiz, wie die unsrige, welche überwiesene Verbrecher, die das Leben verwirkt haben, Jahre lang auf den Tod harren lässt, — «

ad 3) Er habe hier vergleichungsweise gesprochen, und es sey bekannt, dass in England und Frankreich der Justizgang dreimal schneller sey, wie bei uns.

4) » — aber dem guten Manne war leicht anzumerken, dass er von einer höhern Gewalt gedrängt werde. «

ad 4) Er habe dem Inquisitor allerdings angemerkt, dass er nach seiner Ueberzeugung anders gehandelt hätte.

5) » Also nicht allein die verfassungsmässig-freie Gedanken-Mittheilung will man durch richterliches Erkenntniss tödten; der todte Körper soll auch noch dazu dienen, die Rede-Freiheit in der Kammer der Abgeordneten zu vernichten, indem man darauf anträgt, diejenigen, welche sich eines angeblichen Missbrauchs der Presse schuldig gemacht haben, als Criminal-Verbrecher aus dieser Versammlung auszustossen. — «

ad 5) Die Wirkung des Verfahrens gegen ihn gehe allerdings dahin, die Rede-Freiheit in der Kammer gänzlich zu vernichten, und so habe er sich auch für berechtigt gehalten, dieses aus der Natur der Verhältnisse geschöpfte Urtheil auszusprechen.

6) » Nun ist kein Abgeordneter, welcher je allgemeine Landes-Beschwerden vorgetragen, oder über solche sich in öffentlichen Schriften hat vernehmen lassen, mehr sicher, mein Schicksal zu theilen; es giebt kein Mittel dagegen, als sich den Ministern gefällig zu bezeugen; denn es ist uns gestern aus dem Munde des *Hrn. Präsidenten dieser Kammer* (Weishaar) kund geworden, dass die Gerichte auch nicht einmal gegen die gesetzgebende Gewalt verantwortlich seyen, wenn sie gegen klare constitutionnelle Rechte sprechen. «

ad 6) Alles das verhalte sich so, und dass man ihn jetzt darüber, dass er seine Ueberzeugung ausgesprochen habe, zur Rechenschaft ziehe, beweise die Richtigkeit seines damaligen Urtheils noch mehr.

7) » Es ist aber, nach dem gestern in dieser Versammlung

vernommenen Ausspruch des Hrn. Präsidenten, nicht einmal erlaubt, des Einflusses zu erwähnen, in welchem ein Justiz-Minister zu der Staats-Verwaltung im allgemeinen, und dann insbesondere zu den untergeordneten Gerichten steht, um zu dergleichen Vorgängen den Schlüssel zu liefern. «

ad 7) Er habe in seiner Rede gezeigt, dass besonders die Stellung eines Justiz-Ministers, wenn derselbe zugleich Mitglied des Gemeinenraths sey, und zumal überwiegenden Einfluss auf denselben ausübe, der Unabhängigkeit der Rechtspflege Eintrag thue, wenn jemand, der gegen das System der Minister spreche, dieser Opposition wegen gerichtlich belangt werde. Dies habe er im Allgemeinen gesprochen; aber auch in besonderer Beziehung auf seinen Fall, weil ihm, als einem vor der Kammer Angeklagten, doch das Recht zustehen müsse, von seinen Vertheidigungsmitteln Gebrauch zu machen. — Es scheine, der Gerichtshof wolle es nicht einmal als erlaubt zugeben, dass man die Gebrechen der Justiz-Organisation unverholen aufdecke. Er könne sich in der That keine Vorstellung davon machen, welchen Begriff der Gerichtshof von einem Repräsentanten und von einer Repräsentanten-Kammer habe. Derselbe möge doch bedenken, dass dies diejenige Behörde sey, welche sogar das Recht habe, einen Justiz-Minister in Anklagestand zu versetzen. Wenn es aber nicht erlaubt wäre, in dieser Versammlung, ohne sich eines Verbrechens schuldig zu machen, seine Ueberzeugung in Betreff der Verwaltung des Ministers unverholen auszusprechen, so würde ja weder eine Motion, noch eine Deliberation in Betreff der Anklage gegen einen Minister möglich seyn, weil, im Fall die Anklage nicht zu Stande käme, jeder, der gegen den Minister gesprochen, sich einer Verfolgung der demselben untergebenen Gerichte erster, zweiter und dritter Instanz, unfehlbarlich zu gewärtigen hätte.

Zur Beglaubigung, etc.

(*Folgen die Unterschriften.*)

* * *

Morgen das Verhör fortzusetzen.

Fortgesetzt den 10 Aug. 1821.

Der vormalige Professor Friedrich List fand sich wieder vor dem Kön. Criminal-Amt ein, und es wurde demselben die Auflage gemacht :

Fr. 182. Sie haben nunmehr wegen der verläumderischen Stellen in Ihrer Rede, die Sie in der Stände-Versammlung gehalten, sich weiter zu verantworten :

8) » In der Willkürherrschaft erzeugt sich bei allen im Staatsdienst stehenden Personen, die Richter nicht ausgenommen, eine gewisse Ergebenheit in die Wünsche der Obern, und von Oben eine gewisse Angewöhnung, von dieser Ergebenheit Gebrauch zu machen. Es ist aber nicht zu erwarten, dass mit dem Augenblick der Herstellung einer Verfassung diese Wirkung der Willkürherrschaft sich sogleich verliere; — «

ad 8) Er habe in den bisher ihm vorgehaltenen Stellen nirgends etwas Unrechtes finden können, und auch in dieser finde er nichts, als eine aus der Erfahrung geschöpfte politische Wahrheit. Er müsse daher den Gerichtshof ganz besonders bitten, ihm bei jeder angestrichenen Stelle, und so auch bei dieser zu erklären, worin denn derselbe das Verbrecherische suche?

9) — » Eben so wenig darf man hoffen, dass die Gerichte längst recipirte Gerichtsbräuche und Grundsätze, welche sie unter der Willkürherrschaft zur Richtschnur ihrer Urtheilssprüche genommen haben, und welche der Natur der Willkürherrschaft angemessen seyn mussten, mit dem Moment, da der Staat in den constitutionnellen Zustand übertritt, ablegen, und der Natur der constitutionnellen Monarchie anpassen werden. So mag es ganz dem Wesen der Alleinherrschaft, in welcher jeder untergeordnete Staatsdiener sich als einen Theil der höchsten Gewalt betrachtet, entsprechen, wenn eine zur Publicität gebrachte Rüge gegen einen öffentlichen Beamten, ohne den Angeklagten zum Beweis der Wahrheit zuzulassen, und indem man die Absicht zu injuriren präsumirt, als Vergehen bestraft wird. Wenn aber in Würtemberg eine solche Gerichtspraxis jetzt, nach Herstellung der Verfassung, noch fortbesteht, wie unter der Willkürherrschaft, so wird dadurch nicht nur im Allgemeinen das Wesen der constitutionnellen Monarchie, sondern auch ins besondere das, in dem Pressgesetz ausdrücklich enthaltene Recht des Bürgers zur freyen

Critik der Verfassung verletzt. Die nachtheiligen Wirkungen einer so unconstitutionellen Straf-Rechtspflege auf die bürgerliche Freiheit waren bis jetzt in Württemberg darum nicht so sichtbar, *weil bei dem Mangel an Strafgesetzen beinahe die ganze Straf-Rechtspflege auf purer Gerichtspraxis beruht.* — Wären Gesetze da gewesen, so würde ohne Zweifel der Widerspruch zwischen der Verfassung und Strafgesetzgebung auf den ersten Anblick eingeleuchtet haben, und wahrscheinlich schon durch die Verfassung gehoben worden seyn? «

ad 9) Diese Reflexionen müssen nach seiner Ansicht von jedem sachverständigen Politiker zugestanden werden, und es sey ihm auffallend, wie der Gerichtshof sich veranlasst finden könne, Volksvertreter über Reflexionen, die sie in der Kammer gemacht haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Es sey dies eine offenbare Verletzung aller constitutionellen Verhältnisse. Die Justizpflege habe eben so wenig ein Privilegium auf Befreyung von der öffentlichen Kritik anzusprechen, als jeder andere Zweig der Verwaltung.

10) — » Dieses Gesetz ist rein-despotischer Natur, und nur anwendbar, wo die Herrscher nicht gerne an die Früchte ihrer Saaten erinnert seyn wollen. «

ad 10) Allerdings sey dieses Gesetz rein-despotischer Natur, weil es im Zustand des Despotie und in einem despotischen Sinn gegeben worden sey. Der Gerichtshof möge hier den Ausdruck *Despotie* im wissenschaftlichen Sinne nehmen, und dann werde er ihn gerechtfertigt finden. Wo ein Einzelner Majestäts-Verbrechen bestimme, und nach Belieben Todesstrafen darauf setze; wo die Gesetze das dem Volke zustehende Recht der Kritik nicht anerkennen, sondern im Gegentheil Bestimmungen enthalten, welche durch juristische Deuteln denjenigen, der im Bewusstseyn seiner Pflicht und im Vertrauen auf die ihm zustehende Befugnis, die Gebrechen des Staats und die Leiden des Volks ausgesprochen habe, als einen Verführer des Volks, der Missvergnügen verbreiten wolle, zu belangen gestatten: da sey die Gesetzgebung despotischer Natur, und constitutionelle Gerichtshöfe haben in einem solchen Lande kein dringenderes Geschäft, als zu bewirken, dass diese Gesetzgebung dem Geiste der Verfassung angepasst werde, damit nicht durch die Anwendung jener, aus einer früheren despotischen Periode herrührenden Gesetz-

gebung das Vertrauen der Bürger in den constitutionellen Zustand vernichtet werde.

Fr. 183. In den Ihnen vorgehaltenen Stellen aus Ihrer Rede haben Sie zu zeigen gesucht, dass in Württemberg kein verfassungsmässiger Zustand bestehe, weil der Rechtsspruch in Sachen, wobei die Minister und Staatsbeamten interessirt seyen, von ihrem Einfluss abhängig sey; und dass, so lange dies der Fall sey, die Freiheit des Volks, die freye Rede der Volksrepräsentanten, die Würde des Throns jeden Augenblick in Gefahr schwebe. — Den hier behaupteten Einfluss der Obern auf die Gerichtsstellen haben Sie, in der abgegebenen Rechtfertigung, nirgends nachgewiesen, und sich daher auch von dem Vorwurfe der Verläumdung der bestehenden Gerichtsverfassung und der Gerichte noch nicht gereinigt?

Ant. Dass nicht nur in Württemberg, sondern in allen Staaten wo der Rechtsspruch, besonders in Strafrechts-Sachen, Staatsdiener-Gerichten zustehe, und wo keine Geschwornen-Gerichte und keine öffentliche Rechtspflege bestehe, in Sachen wobei die Minister und Staatsbeamten interessirt seyen, keine unpartheyische Justiz zu erwarten stehe, dies sey von allen aufgeklärten Schriftstellern behauptet und erwiesen worden und von ihm leicht zu beweisen. Wenn man zugebe, dass die Richter sich so wenig als andere Menschen ihrer menschlichen Natur entäussern können, so müsse man auch zugestehen, dass bei ihnen so gut wie bei andern, Wohldienerei gegen ihre Vorgesetzten, die Sucht sich gefällig zu machen, Dienst-Beförderungen, Auszeichnungen zu erschnappen, die Furcht vor der Rache eines Mächtigen, die Eitelkeit von Höhern mit Auszeichnung und Herablassung behandelt zu werden, durch einseitige wissenschaftliche Bildung festgewurzelte Vorurtheile, der Kastengeist, (jener durch die Geschichte aller Völker sich hindurchziehende Hang einzelner bevorzugter Classen, ihrem Stand durch geheimnissvolles Wesen, mystische Lehrgebäude und Prärogative, Macht und Ansehen zu erhalten) grossen Einfluss ausüben. Er wollte keineswegs damit sagen, dass alle Mitglieder der Gerichtshöfe der menschlichen Schwachheit den gewöhnlichen Tribut zollen. Vielmehr sey er sehr geneigt zu glauben, dass das Verhältniss zwischen den Starken und Schwachen dort das nemliche sey, wie bei allen andern Gesellschaften

und Collegien. Aber auch nach dieser Voraussetzung bleibe es immer zweifelhaft, auf welche Seite die Majorität falle, und der Bürger, der mit den Mächtigen in Collision zu kommen das Unglück habe, müsse wenigstens immer zwischen Furcht und Hoffnung schweben, ob das Urtheil einen Sieg der guten Sache über die menschliche Schwäche, oder eine Niederlage derselben enthalte. Dadurch sey denn der constitutionnelle Zustand eines Landes in einer seiner ersten Wesenheiten verletzt, weil doch in der That eine Hauptforderniss des festen Rechtszustandes darinn bestehe, dass man, wegen seiner politischen Handlungen und Aeusserungen auf Leib und Leben angeklagt, von Männern gerichtet werde, in deren Unpartheilichkeit der Angeklagte das höchste Zutrauen setze. Wie aber könne ein Angeklagter, unter den vorbemerkten Verhältnissen, den Gerichten Unpartheilichkeit zutrauen, wenn diejenigen, die als Vorgesetzte und Chefs hoch über den Gerichten stehen, zugleich auch diejenigen seyen, deren Rache und Verfolgung der Angeklagte zu fürchten habe; wenn ihm kein Mittel zu Gebot stehe, die Mitglieder des Gerichts, in deren Unpartheilichkeit und Rechtlichkeit er das grösste Misstrauen setze, zu verwerfen; wenn er sogar diese Mitglieder weder nach Namen noch Charakter, weder aus eigener Erfahrung noch dem Rufe nach kenne; wenn vielleicht diese Mitglieder erst vor kurzem aus fremden Landen gekommen, und keinem derjenigen, über deren Tod und Leben sie richten, bekannt seyen; wenn sich endlich die Richter selbst als Staatsdiener, Mitglieder der Gerichtshöfe und als Juristen beleidigt fühlen müssen. Wie ganz anders sey die Freiheit des Einzelnen dort gesichert, wo Geschwornen-Gerichte in politischen Vergehen ihr *schuldig* oder *nicht schuldig* aussprechen. Dort habe der Angeklagte die Beruhigung, dass seine Richter, ohne alle Furcht vor Höhern, und ohne alle Partheilichkeit, in Erwägung ziehen, in wie fern die Handlung, die ihm zur Last gelegt worden, ein dem gemeinen Wohl schädliches Vergehen enthalte. Dort kenne er seine Richter nach eigener Erfahrung und nach ihrem Ruf, nach Charakter und Geisteskräften und er könne diejenigen, von welchen er kein unpartheyisches Urtheil erwarte, verwerfen. Dort dürfe er nicht fürchten, dass juristische Spitzfindig-

keiten missbraucht werden, um aus den edelsten und offensten Aeusserungen böse Absichten heraus zu klügeln. Denn das sey politischen Vergehungen, welche blos in Worten bestehen, eigenthümlich, wie allem andern Raisonnement, dass jeder diejenigen Absichten darin finden könne, die er darin suche. — Hieraus lasse sich nun leicht nachweisen, dass, so lange der Rechtsspruch nicht unabhängig sey, die Freiheit des Volks, die Wirksamkeit der Volksrepräsentation und die Würde des Throns in Gefahr schweben. Alle Freiheit reduziere sich am Ende auf freye Gedanken-Mittheilung. Wo diese nicht herrsche, sey weder Abstellung bestehender Missbräuche, noch Schutz der persönlichen Freiheit oder des Eigenthums zu erwarten. Eine Stände-Versammlung, in welcher man nicht frei sprechen dürfe, deren Mitglieder, wenn sie die bestehenden Institutionen und die Verwaltung ihrer Critik unterworfen haben, vor Staatsdiener-Gerichte gestellt werden können, eine solche Stände-Versammlung könne unmöglich die Gesinnungen und den Willen des Volks aussprechen. In Württemberg entgegen man solchen Einwürfen gewöhnlich, dass hier die Justiz unabhängig sey. Er müsse aber hierauf bemerken, dass diese gerühmte Unabhängigkeit der Justiz nur in der Einbildung bestehe, so lange nicht der Rechtsspruch von den Ministern unabhängig sey. Dies sey er aber nicht, so lange das *Schuldig* oder *Nichtschuldig* in politischen Vergehen von Männern ausgesprochen werde, welche unter den Ministerien stehen.

Fr. 184. Haben Sie sonst noch etwas anzugeben?

Ant. Nein.

Zur Beglaubigung, etc.

(Folgen die Unterschriften.)

* * *

Nach Tisch den Angeklagten, wegen Verbreitung des Petitions-Entwurfs, weiter zu constituiren.

Fortgesetzt den 26 August 1821.

Der vormalige Professor Friedrich List fand sich wieder vor dem Criminal-Amt ein, und wurde weiter constituirt.

Fr. 185. Sie haben bis daher die Verbreitung des Petitions-Entwurfs ausserhalb Reutlingen zu verneinen gesucht, und doch spricht sehr viel dafür, dass die in mehreren Oberämtern statt gehabte Verbreitung mit Ihrem Wissen und Willen geschehen ist. Sie werden aufgefordert, hierüber die Wahrheit anzugeben?

Ant. Diese Verbreitung werde wahrscheinlich von Bürgern in Reutlingen, und erst alsdann geschehen seyn, nachdem die Sache durch das Einschreiten der Polizei- und Criminal-Behörde so grosses Aufsehen gemacht. Da er übrigens den Entwurf selbst nicht für verbrecherisch halte, so würde er keine Ursache haben, die Verbreitung desselben zu läugnen, wenn sie von seiner Seite geschehen wäre. Man werde aber nicht die geringste Anzeige finden, dass er diesen Entwurf jemanden mitgetheilt habe.

Fr. 186. Nach dem Resultat der Untersuchung befanden Sie sich anfänglich im Besitze von 144 Ex. des Petitions-Entwurfs, und nur 50 Stücke hat die Polizei bei Ihnen angetroffen, 494 Stücke waren demnach bereits versendet. Auf die Reutlinger Bürger sind nur durch den Kaufmann Keller höchstens 40 Entwürfe gekommen, und bei Advokat Schübler sind nicht mehr als 54 Stück angetroffen worden. In Ihre Hände sind daher auf wenigste 300 Exemplarien gekommen. Diese haben Sie versendet, denn sonst müssten sie noch bei Ihnen von der Polizei angetroffen worden seyn?

Ant. Advokat Schübler habe ohne Zweifel die ganze Zahl der vorrätigen Exemplarien nach Reutlingen geschickt; dort werde der grösste Theil schon in den Händen der Bürger gewesen seyn, als man sie zurück gefordert habe.

Fr. 187. Durch Sie sind die *Reflexionen*, wie Sie selbst dem Polizei-Amt erklärt haben, so allgemein als nur möglich, im Publikum verbreitet worden. Wenn nun durch die Untersuchung unwidersprechlich erhoben ist, dass mit diesen Reflexionen auch die Entwürfe ins Publikum gebracht wurden; so werden Sie

wohl nicht länger in Abrede ziehen wollen, dass Sie auch die Entwürfe verbreitet haben?

Ant. Ein grosser Theil dieser Reflexionen sey nath Reutlingen gekommen, und wahrscheinlich von dortaus im Lande herum verschickt worden, weil den Bürgern in Reutlingen daran gelegen gewesen, dass das Publikum erfahre, warum ihr Repräsentant in Criminal-Untersuchung gezogen worden. — Der Umstand, dass demselben auch lythographirte Petitions-Entwürfe beigelegt, bestätige die obige Vermuthung, dass ein grosser Theil dieser Entwürfe in Reutlingen zurückbehalten worden sey.

Fr. 188. Dem Polizei-Commissair (Hrn. Katzmayer) der in Ihrer Wohnung die Entwürfe mit Beschlag belegt hat, ist nicht entgangen, dass auf Ihrem Arbeitstisch ein Verzeichniss der Ober-Aemter aufgelegt war, und dass mehrere derselben angestrichen waren. Diese Entdeckung berechtigt zu der Vermuthung, dass anfänglich von Ihnen darauf abgehoben war, den Petitions-Entwurf in alle Oberämter zu versenden?

Ant. Er wolle gerne glauben, dass dieser Polizei-Commissair scharfe Augen habe, aber einmal habe er das Recht nicht, auf seinem Schreibtisch herum zu spioniren, und dann habe er für diesmal wirklich ganz falsch gesehen. Er sehe nicht ein, wozu er eines Verzeichnisses der Oberämter bedurft hätte, da ihm die Namen der Oberämter ganz geläufig seyen. Wahrscheinlich habe derselbe das Speditions-Verzeichniss der damals von ihm herausgekommenen Zeitschrift *Organ des deutschen Handelstandes*, das immer auf seinem Schreibtisch gelegen, und die meisten Oberämter von Würtemberg enthalte, zu Gesicht bekommen. Dieser Polizei-Commissair hätte übrigens wissen sollen, dass es seines Amtes nicht sey, die Papiere eines Bürgers durchzuspioniren, und wenn er dies nicht gewusst habe, so hätte er wenigstens der hiesigen Polizei so viele Achtung gegen die bürgerlichen Hausrechte zugetraut, um diesem Polizei-Commissair eine solche Ueberschreitung seiner Befugnisse zu verweisen, statt davon Notiz zu nehmen.

Fr. 189. Es liegt erwiesen vor, dass unter der Adresse der Obmänner der Bürger-Ausschüsse in die Oberamts-Städte: Vaihingen, Marbach, Freudenstadt, Nagold, Herrenberg, Reutlingen —

neben Exemplarien von den Reflexionen, auch Entwürfe versendet worden sind. Durch Niemand anders, als durch Sie, hat diese Versendung geschehen können?

Ant. Er könne auf sein Ehrenwort versichern, dass er diese Paquete nicht versendet habe. Uebrigens bewaise der Umstand, dass denselben die Reflexionen beigelegen, dass diese Verbreitung erst im Laufe der Untersuchung geschehen sey, wahrscheinlich von Männern, welche an der Sache Antheil genommen haben, und denen um der Sache willen selbst daran gelegen gewesen, dass das Publikum von dem wahren Inhalt der Petition Kenntniss erhalte.

Fr. 190. Ausser diesen Verschickungen an die Obmänner der Gemeinde-Ausschüsse in den Oberamts-Städten, hat auch noch der Amtspfleger Zaiser in Blaubeuren 1 *Entwurf* und 5 Exemplarien von den *Reflexionen* erhalten. Wollen Sie auch von dieser Versendung nichts wissen?

Ant. Nein!

Fr. 191. Es werden Ihnen hier die Adressen vorgelegt, unter welchen die Entwürfe und Reflexionen versendet worden sind. — Können Sie der Untersuchungs-Stelle auch nicht angeben, von wem die Unterschriften herrühren?

Ant. Nein. Auch könne man aus den Sigillen ersehen, dass die darauf befindlichen Namenszüge nicht die seinigen seyen.

Fr. 192. Den Versendungen in die Oberämter waren zum Theil auch Begleitungs-Schreiben angeschlossen. Namentlich war dies der Fall bei den Verschickungen an die Obmänner des Bürger-Ausschusses in Vaihingen und Freudenstadt. Was ist Ihnen hiervon bekannt?

Ant. Er wisse weder von der Verbreitung noch von den Begleitungs-Schreiben etwas. Uebrigens komme ihm diese ganze Sache, in Betreff der Verbreitung, sehr verdächtig vor. Er erinnere sich, dass man im Anfang der Untersuchung schon von Seiten der Polizei ein grosses Gewicht auf die Verbreitung gelegt, und dass er damals, der Wahrheit gemäs, ganz bestimmt angegeben habe, er wisse nicht, dass ausser den Bürgern in Reutlingen jemand von ihm ein Exemplar erhalten hätte. Man werde auch nicht finden, dass zu jener Zeit jemand ein Exemplar zugeschickt erhalten habe. Die befrag-

liche Paquets aber müssen erst im Laufe der Untersuchung in Umlauf gekommen seyn, indem ja die *Reflexionen* in denselben enthalten gewesen. Zu dieser Zeit habe er kein lythographirtes Exemplar mehr besessen, und es sey also nicht möglich, dass die Paquets von ihm ausgegangen seyen. Diese Versendung könne eben sowohl von böswilligen Menschen herrühren, welche die Absicht gehabt haben könnten, die Polizei dadurch in ihrem Verfahren zu bestärken.

Fr. 193. Das Begleitungs-Schreiben an den Obmann zu Vaihingen enthielt eine Aufforderung zu Einreichung solcher Adressen, wie die Ihrige, an die Stände-Versammlung. Sind Sie wirklich nicht der intellectuelle Urheber dieses Begleitungs-Schreibens?

Ant. Er bitte, ihm dieses Begleitungs-Schreiben vorzuweisen.

Fr. 194. Dasselbe ist nicht bei den Acten, aber sein Inhalt ist durch die Untersuchung erhoben worden, und man wird Sie damit aus denselben noch näher bekannt machen?

Ant. Er erlaube sich die weitere Frage: ob diesem Paquet auch noch die Actenstücke und Reflexionen beigelegt seyen?

Fr. 195. Das Paquet hat 2 Entwürfe und 10 Reflexionen enthalten,

Ant. Unter diesen Umständen habe er noch mehr Grund zu vermuthen, dass diese Verschickungen böswilligen Leuten zuzuschreiben seyen, welche den Criminal-Behörden Beweise gegen ihn in die Hände haben liefern wollen. Nachdem man schon im Anfang der Untersuchung so grosses Gewicht auf die Verbreitung des lythographirten Petitions-Entwurfes gelegt habe, hätte es ihm doch nicht in den Sinn kommen können, während der Untersuchung noch die Verbreitung ins Werk zu setzen, und überdies noch die Oberämter aufzurufen, dass sie gleiche Petitionen eingeben möchten. Dass aber dieser Aufruf *während der Untersuchung* erlassen worden, beweise der Umstand, dass die *Actenstücke* und *Reflexionen* beigelegt, welche ja erst *während der Untersuchung gedruckt worden seyen*. — Es scheine dem, der diesen Aufruf ausgeschrieben habe, gar sehr daran gelegen gewesen zu seyn, dass wenigstens ein entfernter Schein, als ob Er zur Theilnahme aufgefordert hätte, (was er übrigens in einer erlaubten Sache, wie diese sey, keineswegs für ein Vergehen halte) auf ihn zu bringen. Es sey übrigens sehr zu bedau-

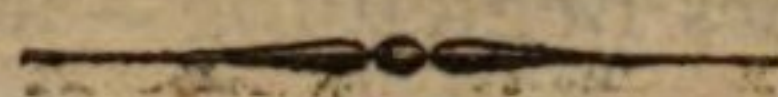
ren, dass das Actenstück fehle, man hätte vielleicht nähern Aufschluss dadurch erlangen können.

Fr. 196. Haben Sie noch weiter etwas anzugeben?

Ant. Nichts, als dass er sich die Acten zum Behuf seiner Defension ausbitte, im Fall die Untersuchung für geschlossen erklärt würde.

Zur Beglaubigung, etc.

(Folgen die Unterschriften.)



II.

STRAF-ERKENNTNISS.

Im Namen des Königs.

IN der von dem Criminal-Amt Stuttgart verhandelten Untersuchungs-Sache wider den vormaligen *Professor Friederich List* daselbst, wegen Staats-Verbrechens und Verläumdung, und die in diese Untersuchung mitverwickelte Nebenpersonen, erkennt hiemit der Criminal-Senat des königl. Gerichtshofes für den Neckar-Kreis, dass

Friederich List wegen Ehrenbeleidigung und Verläumdung der Regierung, der Gerichts- und Verwaltungs-Behörden und Staatsdiener Württembergs, ausgezeichnet durch die damit konkurrirende Uebertretung der §§. 6 und 8 des Gesetzes über die Pressfreiheit, mittelst öffentlicher Verbreitung jener Injurien in Druckschriften, und Begehung des im Art. 25 des Gesetzes über Staats- und Majestäts-Verbrechen vorhergesehenen Staats-Verbrechens, unter sehr beschwerenden Nebenumständen, dessen er für überwiesen zu achten, auch unbotmässigen Benehmens gegen das Inquisitoriat, zu

Zehenmonatlicher Festungs-Strafe, mit angemessener Beschäftigung innerhalb der Festung, und Bezahlung von 11/12 der Untersuchungs-Kosten, verurtheilt seyn solle.

* * *

So beschlossen im Criminal-Senat des königl. Gerichts-Hofes für den Neckar-Kreis. Esslingen, den 6 April 1822.

Diesen Auszug beglaubigt: Königl. Criminal-Amt,

GLESS.

III.

KANZLEI-ORDRE

des Justiz-Ministers an den Gerichtshof in Esslingen. *

DER Criminal-Senat wird aus den angeschlossenen Blättern der Neckar-Zeitung ersehen, welche Aeusserungen und Urtheile sich der Abgeordnete der Stadt Reutlingen, *List*, in dem Vortrag, welchen derselbe in der Sitzung der Stände-Versammlung vom 7ten v. Monats ablegte, über die Gerechtigkeitspflege im Allgemeinen und über die Persönlichkeit einzelner Diener des Justiz-Departements insbesondere, erlaubt hat.

Da nun der § 185 der Verfassungs-Urkunde Beleidigungen oder Verläumdungen der Regierung oder einzelner Personen, welche durch die, in der Stände-Versammlung gehaltenen Vorträge begangen werden, der Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen, im ordentlichen Wege des Rechts, unterwirft, so erhält der Criminal-Senat den Auftrag, in Beziehung auf den Inhalt jenes Vortrags, diejenigen Verfügungen zu treffen, die er rechtlich für begründet hält, und hievon seiner Zeit Anzeige hieher zu erstatten.

Maucler.

Stuttgart den 14ten März 1821.

* Der Herausgeber bittet, dieses wichtige Aktenstück mit Bedacht zu lesen. Es wird wahrscheinlich im Laufe dieses Prozesses noch eine bedeutende Rolle spielen.

IV.

CORPUS DELICTI.

EINE hohe Kammer der Abgeordneten bitten die Unterzeichneten Bürger zu ihre Ansichten, Wünsche und Hoffnungen, in Beziehung auf die gegenwärtigen Landtags-Verhandlungen, geneigtest anzuhören und in Erwägung zu ziehen. Ein oberflächlicher Blick schon auf die innern Verhältnisse *Württembergs* muss den unbefangenen Beobachter überzeugen, dass die Gesetzgebung und Verwaltung unsers Vaterlandes an Grundgebrechen leiden, welche das Mark des Landes verzehren, und die bürgerliche Freiheit vernichten. Eine von dem Volke ausgeschiedene, über das ganze Land ausgegossene, in den Ministerien sich concentrirende Beamtenwelt, unbekannt mit den Bedürfnissen des Volkes und den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens, in endlosem Formen-Wesen kreisend, behauptet das Monopol der öffentlichen Verwaltung, jeder Einwirkung des Bürgers, gleich als wäre sie staatsgefährlich, entgegenkämpfend; ihre Formenlehren und Kasten-Vorurtheile zur höchsten Staats-Weisheit erhebend; eng unter sich verbündet, durch die Bande der Verwandtschaft, der Interessen, gleicher Erziehung und gleicher Vorurtheile. Wo man hinsieht, nichts als Räthe, Beamte, Kanzleyen, Amtsgehülfen, Schreiber, Registraturen, Actenkapseln, Amts-Uniformen; Wohlleben und Luxus der Angestellten bis zum Diener herab. — Auf der andern Seite Unwerth der Früchte, Stockung der Gewerbe, Fallen der Güterpreise, Klagen über Geldmangel und Abgaben-Steuerpresser, Gantungen, bittere Beschwerden über unredliche Magistrate, gewaltthätige Beamte, geheime Berichte, Mangel an Unpartheilichkeit der Obern; Jammer und Noth überall. Nirgends

Ehre, nirgends Einkommen, nirgends Fröhlichkeit, denn allein in dem Dienstock. — Die Verwaltung-Behörden ohne Kenntniss des Handels, Gewerbes und Ackerbau's, und was noch schlimmer ist, ohne Achtung für die erwerbenden Stände, auf todte Formen und veraltete oder unpassende Bureau-Gesetze versessen, die National-Industrie meist mehr hemmend als befördernd. — Die Rechtspflege kostspielig, endlos, nnbehülflich, aller Oeffentlichkeit und einer gesunden Gesetzgebung ermangelnd, häufig von Männern verwaltet, welche, statt an dem reinen und frischen Quell der gesunden Vernunft und des praktischen Lebens zu schöpfen, ihre Weisheit aus einer längst versunkenen Welt heraufholen. — Die Staats-Finanzwirthschaft endlich in ihrem durch die schwülstige Verwaltung verursachten Aufwand alle Verhältnisse übersteigend; in ihrem Einkommen den Verkehr erschwerend, die Industrie hemmend, Unterschleife begünstigend; kostspielig und nnbehülflich in der Erhebung, ohne Gleichheit in der Entrichtung; das Ganze ohne Plan und staatswirthschaftliches Prinzip. — Dies ist ein kurzer aber getreuer Abriss unserer Verwaltung.

Weit entfernt der gegenwärtigen Regierung vorzuwerfen, was die Irrthümer von Jahrhunderten dem Bürger Schlimmes aufgelastet, erkennen wir vielmehr mit innigem Dank, dass unser guter König durch die Verfassung uns die Aussicht auf eine bessere Zukunft gegeben, dass er Institutionen begründet hat, ohne welche wir über die herrschenden Gebrechen unsere Stimme nicht einmal erheben könnten. Pflicht gegen uns selbst und gegen das Vaterland fordert jedoch das freimüthige Bekenntniss, dass dem Bürger eine Verfassung bloß insoferne von Werth seyn könne, als sie Gesetze und Verwaltungs-Einrichtungen bewirke, welche ihm Freiheit und Wohlstand gewähren; dass wir also die Güte dieses Werks, von dem wir so grosse Hoffnungen hegen, nur nach den Beschlüssen bemessen können, welche die Kammer der Abgeordneten in Uebereinstimmung mit der Regierung fassen wird. Darum, edle Abgeordnete des Volkes, bitten und beschwören wir Sie, in deren Händen nun das Schicksal des Landes liegt, bei allem was Ihnen heilig ist, Ihres grossen Berufes eingedenk, die Klagen des Volkes und sein sehnliches Verlangen nach *nahmhafter Erleichterung*, und nach Institutionen, welche ihm den *Vollgenuss bürgerlicher Freiheit* gewähren, unumwunden vor den Thron zu bringen.

Wäre etwa *Einer* von Kasten-Vorurtheilen besessen, oder von der Begierde nach Sold und Ehrenstellen geplagt: er opfere sein

kleines Interesse auf dem Altar des Vaterlandes; ein grosser, herrlicher Lohn wartet seiner! Die Segnungen ihrer Mitbürger, die Achtung der Welt und glänzender Nachruhm sind immer denen zu Theil geworden, welche das Glück der Völker gründeten; — Verrath aber an der Sache der Völker führte, trotz aller Sophistik und Dialektik, womit man ihn zu bemänteln pflegt, zu allen Zeiten den Fluch der Mitwelt im Gefolge, und die Verachtung kommander Geschlechter. So erringen Sie denn wiederum dem Bürger was er einst besass, und was zu erringen Ihre Mehrzahl längst theuer verheissen hat, *das alte gute Recht*, gereinigt von den Schlacken, welche Verbildung der leztern Jahrhunderte angesetzt und bereichert durch die Erfahrungen und Einsichten der neueren Zeit. — Folgendes ist ein kurzer Abriss dessen, was wir für *altes* und auch für *gutes Recht* erkennen;

1) Sämmtliche Magistrats-Personen, welche nicht von den Bürgerschaften erwählt sind, zu entlassen, und eine neue Wahl anzuordnen.

2) Die Magistrate in Gericht und Rath abzutheilen: dem Gemeinde-Gericht alle, die Rechts-Verwaltung betreffende Gegenstände, dem Gemeinde-Rath aber die Gemeinde-Wirthschaft und die Gemeinde-Polizey zu übertragen.

3) Zu verordnen, dass der Gemeinde-Rath von 3 zu 3 Jahren zur Hälfte durch neue Wahl ergänzt werde.

4) Dagegen den von der Bürgerschaft erwählten Gemeinde-Richtern das Amt auf Lebenszeit zu verleihen.

5) Dabei aber den Gemeinden das Recht einzuräumen, auf den Antrag des Bürger-Collegiums, und wenn zwei Drittheile sämmtlicher Gemeinde-Bürger dafür stimmen, Gemeinde-Richter, welche ihr Amt nicht mehr versehen können, welche sich eine pflichtwidrige Amts-Verwaltung zu Schulden gebracht, oder überhaupt das Vertrauen der Gemeinde verloren haben, ihres Amtes zu entlassen.

6) Den Gemeinde-Gerichten das Recht einzuräumen, in allen Civil-Streitigkeiten, von welchem Belang sie auch seyen, in der Eigenschaft von Friedens-Gerichten ein Urtheil zu fällen, welches, wenn nach Verlauf einer gewissen Zeit die Sache vor dem höheren Richter nicht anhängig gemacht würde, als schiedsrichterlicher Spruch zu gelten hätte,

7) Zu verordnen, dass die Gemeinde-Gerichte eine, den Richtern gleichkommende Zahl aus der Bürgerschaft, abwechselnd, zu gerichtlichen Verhandlungen, als Schöppen, beizuziehen haben.

8) Das Bürger-Collegium, wie bisher, alljährlich zur Hälfte ergänzen zu lassen.

9) Den Gemeinden das Recht einzuräumen, den Präses des Gerichts (welcher auf Lebenszeit im Amt verbliebe), und den Präses des Rathes (welcher je nach 6 Jahren auszutreten hätte), ohne Mitwirkung der Regierung zu wählen.

10) Dem Gemeinde-Rath und dem Bürger-Ausschuss die Führung der Gemeinde-Wirthschaft, unabhängig von höheren Regierungs-Behörden, zu überlassen.

11) Den Gemeinde-Rath in allen Verwaltungs-Sachen, welche nicht bereits eine feste Norm haben, an die Zustimmung des Bürger-Collegiums zu binden.

12) Zu bestimmen, dass, im Fall dieselben verschiedener Meinung wären, durchgezählt werde.

13) Besonders wichtige Gegenstände, wie z. B. Besoldungs-Erhöhungen der Magistrats-Personen, etc. der Abstimmung der ganzen Bürgerschaft zu unterwerfen.

14) Zu verordnen, dass die Bürgerschaften, besonders in grösseren Städten, zum Behuf der Gemeinde-wirthschaftlichen und polizeylichen Zwecke, zum Behuf der Wahlen und Gemeinde-Versammlungen, in Rotten abgetheilt und jeder Rotte ein, durch Wahl zu bestellender, Rottmeister vorgesezt werde.

15) Die bisher von den Stadt- und Amts-Schreibereyen besorgten Geschäfte Notaren zu übertragen, welche, nach vorgängiger Prüfung von Seiten der Regierung, durch die Amts-Versammlungen zu erwählen wären.

16) Diesen Notaren ein Taggeld auszusetzen, welches sie bei vorkommenden Geschäften, nach dem wirklichen Zeit-Aufwand, zu berechnen hätten.

17) Den Bürgern, den Gemeinden, den Amts-Versammlungen, frei zu stellen, welchen Notar sie zu ihren Geschäften gebrauchen wollen.

18) Die Amts-Versammlungen nach Maassgabe des Steuerfusses beschicken zu lassen.

19) Zu verordnen, dass die Amts-Versammlungs-Deputirten vom Gemeinde-Rath und Bürger-Ausschuss gemeinschaftlich auf drei Jahre zu erwählen seyen.

20) Das Präsidium bei der Amts-Versammlung dem Bürgermeister der Amtsstadt, oder dem Revisor zu übertragen.

21) Die bisherige Stelle eines Oberamtmanns aufzuheben, und je auf 5 Oberämter einen Obervogt (also 12 Obervögte) zu bestellen.

22) Dagegen in jedem Oberamts-Bezirk einen, auf den Vorschlag der Amts-Versammlung von der Regierung zu ernennenden Revisor bestehen zu lassen, welcher die Rechnungs-Revisionsgeschäfte zu besorgen und die Aufträge des Obervogts zu vollführen hätte.

23) In jedem Oberamt einen unbesoldeten Land-Rath erwählen zu lassen.

24) Zu verordnen, dass diese Land-Räthe (gegen Diäten und Reisekostens-Vergütung) von Zeit zu Zeit an dem Sitz des Obervogts zusammentreten, um die Regiminal-Geschäfte zu erledigen.

25) Dem Oberamts-Richter, als Richter der ersten Instanz, 12 von der Amts-Versammlung zu erwählende bürgerliche Gerichts-Assessoren beizugeben.

26) In jeder Obervogtey einen Landrichter zu bestellen, unter dessen Vorsitz die Oberamts-Richter von Zeit zu Zeit zusammentreten und unter Zuziehung von 6 von dem Land-Rath zu erwählenden bürgerlichen Landgerichts-Assessoren die Civil-Rechtssachen in zweiter Instanz, und die Criminalsachen in erster Instanz erledigen sollten.

27) Zu verordnen, dass die weitere Appellation von einem Landgericht an das andere gehe, und also die sämmtlichen Kreisgerichte und das Obertribunal aufzuheben.

28) Oeffentliche Rechtspflege und Geschwornengerichte in Criminalsachen anzuordnen.

29) In Betreff der Finanzen einen Wirthschafts-Plan zu entwerfen, welcher darauf abzweckt, das Abgaben-System zu vereinfachen, auf staatswirthschaftliche Grundsätze zu stellen, und den Aufwand soweit zu vermindern, dass der Bürger nicht, wie bisher, über alles Vermögen angestrengt wird.

30) Vor allem die Zehnten und Grundgefälle den Gemeinden für einen billigen Abtrag in Früchten zu verpachten, jedoch nur den Werth der Früchte nach den laufenden Preisen zum Einzug zu bringen, so dass die Natural-Verwaltung ganz abgethan würde.

31) Alle Domainen zu verkaufen.

32) Die Accise- und die Strassenbau-Abgaben gänzlich abzuschaffen.

33) Das Umgeld aufzuheben, und dagegen Wirthe, Bierbrauer, Branntenweinbrenner etc. in die direkte Steuer zu nehmen.

34) Tabacks-, Salz-Regie, Tuchfabriken, und was der Staat sonst noch für Gewerbe treibt, die Berg- und Hüttenwerke ausgenommen, aufzuheben.

35) Demnach sämtliche Cameral-Verwaltungen, Kasten-knechts- und Herrschaftskiefer-Stellen, sämtliche Umgelder-Accise-Aemter, Domainen- und Accise-Kammern, Regie-Direktionen etc. aufzuheben.

36) Den Staats-Aufwand in allen übrigen Zweigen, z. B. in dem Departement der Auswärtigen Angelegenheiten, in dem Militär-Etat etc. zu beschränken; den in Reduction fallenden Oberamt-Leuten, Justiz-Regierungs-Finanz-Beamten, einen Theil ihrer Besoldung, etwa ein Drittel, für den ihnen möglich werdenden Privat-Erwerb abzuziehen; die Tüchtigsten in den aktiven Dienst einrücken zu lassen.

37) Durch diese Reduction der Beamten und Vereinfachung der Geschäfte etc. eine Ersparniss zu bewirken, welche, wenn die Pensionen und Quiescenten-Gehalte gefallen seyn werden, mindestens 2 Millionen betragen dürfte.

38) Da aber die augenblickliche Ersparniss nur etwa *Eine Million* betragen kann, das Volk hingegen, bei der gegenwärtigen Fruchtwohlfeilheit und der Stockung aller Geschäfte, offenbar einer grösseren Erleichterung bedarf, — zu bestimmen: dass *Eine* weitere Million jährlich aus dem Domainen-Capital zugeschossen, oder, wenn dies nicht sogleich geschehen könnte, durch Aufnahme gedeckt werde, und zwar so lange, bis diese Summe an den Pensionen und Quiescenten-Gehalten erspart und somit die Einnahme mit dem Aufwand ins Gleichgewicht gestellt seyn wird.

39) Den also verminderten Bedarf durch *Eine* alle Stände und Klassen der Staatsbürger *gleich* treffende direkte Steuer auf Grund und Boden, Häuser, Gewerbe, Handel, Capitalien, Besoldungen, Renten und Einkünfte, welcher Art sie seyen, aufzubringen.

40) Die Steuer nur auf *Ein* Jahr verwilligen zu lassen, und alljährlich einen Landtag abzuhalten.

In aufrichtiger Verehrung beharrend, etc.

V.

DENKSCHRIFT AN DEN KÖNIG,

eingereicht s. d. Aarau den 20. Jul. 1823.

Königliche Majestät!

Es ist ein hoher Vorzug der konstitutionellen Monarchie, den selbst die Verehrer der volksthümlichsten Staatsformen nicht in Abrede stellen können, dass in dieser Ordnung nicht minder über den Irrthümern derer, welche entweder die Verwaltung des Gemeinwesens führen, oder über Freiheit, Leben und Eigenthum der Bürger richten, als über den Leidenschaften der Menge eine Gewalt erhaben steht, die, allmächtig, wenn es gilt Gemeinwohl zu befördern, Irrthümer zu lösen, Ungerechtigkeiten zu unterdrücken, keine Helfer findet, wo sie die ihr vorgezeichnete Bahn, Gutes zu wirken, überschreiten will. Sokrates, von seinen Mitbürgern zum Tode verurtheilt, würde vor dem constitutionellen Thron Ew. Majestät volle Gerechtigkeit gefunden haben.

Ich bin kein Sokrates, aber mein Prozess gleicht dem seinigen. Wegen blos eingebildeter Verbrechen, von meinen Anklägern gerichtet, zu einer Strafe verurtheilt, welche fast noch schlimmer ist als der Giftbecher, weil sie, ausser dem bürgerlichen Tod, auch die Möglichkeit ausspricht, mich durch anhaltende Kränkungen körperlich und geistig zu vernichten, erkenne ich nur darin eine Verschiedenheit, dass in meiner Person zugleich der Verfassung des Landes und den Rechten des Volks der Prozess gemacht worden ist.

Meine Ansprüche auf die wohlthätige Einschreitung der *königlichen Gewalt* sind also doppelt begründet, wenn ich beweise, dass nicht nur durch die Rechts-Irrthümer der Gerichte ein Justizmord begangen, sondern auch, durch völlige Unbekanntschaft derselben mit dem Geist des konstitutionellen Systems, jenes grosse Werk untergraben zu werden droht, das den Ruhm Eurer Majestät bei allen gesitteten Völkern, und die Hoffnungen des Vaterlandes begründet.

Bevor ich meine allerunterthänigsten Beschwerden in dieser gedoppelten Hinsicht vortrage, erlauben Eure königliche Majestät, dass ich die Gesetzlichkeit meiner Handlungsweise überhaupt rechtfertige, wobei ich, um des Zusammenhanges willen, etwas weiter ausholen muss, als die Akten reichen, und, um der Sache willen, mehr von meiner Person zu sprechen genöthigt bin, als sonst meine Gewohnheit ist.

Im Spätjahr 1820 trat ich in die Kammer der Abgeordneten. Innerer und äusserer Beruf hatten früher mein Studium und meine Thätigkeit ganz der gesellschaftlichen Ordnung zugewendet. Wie verschieden man mein früheres Wirken beurtheilen, wie oft ich auch menschlich geirrt haben mag, so viel wird die öffentliche Meinung mir zugestehen, dass ich nach Wahrheit strebte; wie viel mir die Natur an Talenten versagte, die Liebe zum Vaterland wird man mir nicht absprechen; wie oft auch mein lebhaftes Temperament Verstösse gegen die Regeln der Konvenienz veranlasst haben mochte, der damit verbundene Muth, die erkannte Wahrheit auszusprechen und zu verfolgen, war achtungswerth. Diesen Muth hatte ich nicht allein gegen die Minister, ich hatte ihn auch in jener Zeit erprobt, da es mir schien, als ob die Anerbietungen der Regierung nicht gehörig gewürdigt würden, weil ich glaubte, die von ihr angebotenen *allgemeinen Garantien* seyen mehr werth, als *besondere*, welche in die Hände weniger Einzelnen gelegt würden.

Als ich in die Kammer trat, glaubte ich zu sehen, dass die Majorität der Kammer, mit dem Ministerium von 1819 im Einverständniss, sich zur Ruhe gelegt, bevor noch das Werk der konstitutionellen Monarchie in seinen einzelnen Theilen vollendet wäre.

Ich glaubte in der Regierung einen verschiedenen Gang wahrzunehmen. Mir schien, als ob man nur in denjenigen Zweigen, welche unmittelbar unter der Einwirkung Eurer königlichen Majestät stünden, nämlich in den Departements des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten, (dem auch die Censur untergeordnet ist) im anfänglichen System vorschritte, dass aber die Vorschritte in der Justiz, in der in-

nern Verwaltung, und in der Finanz durch allgemein herrschende Vorurtheile gehemmt würden.

Nachdem durch die Trennung der Gewalten, und durch Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung die Bedingungen gesetzmässiger Entwicklung gegeben waren, glaubte ich, sey es nun an der Zeit, die Institutionen, die Verwaltung und Gesetze mit dem Grundgesetz in Uebereinstimmung zu bringen.

Die durch die Verfassung zugesagte Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt sollte, nach meiner Ansicht, durch Geschwornen - Gerichte und öffentliches Verfahren gesichert werden. An die Stelle der Gerichtspraxis und der Schriftsteller - Autoritäten sollten in der Kriminal - Justiz bestimmte, dem konstitutionellen System entsprechende Gesetze treten. In der Verwaltung sollte man durch vollständige Emanzipation der Gemeindekörper, durch freigewählte Amtsversammlungen, und durch gewählte und unbesoldete Provinzial - Landräthe zugleich die Freiheit der Bürger sichern, die Kraft der Regierung vermehren, ihre Geschäfte vermindern, und eine bedeutende Ersparniss der Regierungskosten bewirken. In der Finanz-Verwaltung sollten die nur geringen Ertrag gewährenden Domainen veräussert, somit das Verwaltungs - Geschäft vermindert, der Finanz - Zustand verbessert und zugleich aus abhängigen, dem Bürgerthum zur Last liegenden Beamten, selbstständige, steuerbare, an der Verwaltung theilnehmende Bürger gemacht, überhaupt ein Wirthschafts-System ergriffen werden, das, indem es den Bürger erleichtern, die wahre Kraft der Regierung steigern würde.

Es sollte endlich, so war meine Ansicht, das Gebrechen des sogenannten Schreiberei - Wesens, zum offenbaren Vortheil des Publikums und der Angestellten, dahin reformirt werden, dass diese untergeordneten Diener und Hörige der Kanzlei, mittelst *Herstellung freier Konkurrenz*, in selbstständige, den Bürger und die Korporationen berathende Notare umgeschaffen würden.

Diese, in dem Geist des konstitutionellen Systems absolut nothwendigen, Veränderungen sollten aber keineswegs bloss auf die Nützlichkeit für das Gemeinwesen, sie sollten auch

auf Gerechtigkeit gegründet seyn. Die in Reduktion fallenden Beamten sollten daher ihrem bisherigen Gehalt entsprechende Pensionen erhalten.

Mit dieser Ueberzeugung trat ich in die Kammer von 1820. Fast die Hälfte der Mitglieder hatte ungefähr gleiche Ansichten. Die andere Hälfte, zumeist Angestellte, zeigte wenig Geschmack an dergleichen Veränderungen und das Ministerium gab auch nicht *Ein* Zeichen von sich, woraus die Absicht wahrzunehmen gewesen wäre, in diesem Geist voranzuschreiten. Inzwischen wurden die Hoffnungen der Anders-Denkenden durch die Ueberzeugung gestärkt, dass nur die Nothwendigkeit dieser, ganz dem Geist des Regierungs-Systems Eurer königlichen Majestät entsprechenden, Reform klar gezeigt werden dürfe, um die Regierung selbst dafür zu gewinnen.

Mehrere Konferenzen hatten in dieser Beziehung unter Gleichdenkenden Statt, und eine Vereinigung über Zweck und Mittel der Opposition kam vielleicht nur darum nicht zu Stande, weil die Thätigkeit der Kammer durch eine Vertagung unterbrochen wurde.

Während dieser Zeit wurde ich von dem Ober-Bürgermeisteramt in Reutlingen, im Namen meiner Committenten, eingeladen, mich mit derselben über ihre allgemeinen und besonderen Wünsche zu berathen. Ich war verpflichtet, dieser Einladung zu entsprechen. Man ersuchte mich um eine Petition, welche die Wünsche und Beschwerden der Bürger in Beziehung auf den Staat, und um eine andere, welche die von der Mediatisation dieser vormaligen Reichsstadt herrührenden Reklamationen der Gemeinde enthalten sollte.

Die erstere entwarf ich meiner politischen Meinung gemäss, die oben auseinander gesetzt ist, und liess sie lythographiren. Sie wurde unter der Presse als eine verbrecherische Skriptur in Beschlag genommen, und bildet das Corpus delicti der mir angeschuldigten Verbrechen.

Die Gerichte wollen durch Kombinationen und Konjekturen beweisen, dass ich meine Committenten zu Einreichung einer solchen Petition aufgefordert, dass ich dieselbe eigenmächtigerweise in den Druck gegeben, verbreitet, und die Bürger des Landes aufgefordert habe, ähnliche Petitionen einzureichen.

Obwohl diese ihre künstlichen Beweise auf ganz schwachen Füßen stehen, kann ich sie doch zugeben, weil, vorausgesetzt, dass die Petition selbst keine verbrecherischen Aeusserungen enthält, alle diese Vermuthungen zusammen keine unerlaubte Handlung begründen.

Meine Absicht war, eine gesetzmässige Reform der Justiz-Verfassung, der Gesetzgebung und Verwaltung im Sinn der konstitutionellen Monarchie und der Charte von 1819 zu bewirken. Ich sah, dass das damalige Ministerium zur Zeit nicht für eine solche Reform gestimmt war, und dass dieses Ministerium in der Kammer eine bedeutende Parthei für sich hatte. Ich war aber der Meinung, nur alte Vorurtheile und eingewurzelte Interessen stehen ihr entgegen, und eine kräftige, von der öffentlichen Meinung unterstützte Opposition müsse bei einer Regierung, welche bei ihrem Entstehen schon den grossen Zweck kund gegeben, einen rein konstitutionellen Zustand herzustellen, selbst gegen die Privatansichten der Minister durchdringen. Diese Opposition durfte nicht einmal gegründet werden, sie war schon da. Nur zur Erkenntniss dessen, was sie wollen müsse, zur Annahme eines Systems durfte man sie führen; aber unerlässliche Bedingung dieses Systems war, dass es der öffentlichen Meinung entsprach. Einer musste zuerst ein solches System aussprechen; kein Anderer sprach es aus, und so glaubte ich mich dazu berufen. Nachdem ich einmal zu diesem Entschluss gekommen war, kam alles nur darauf an, zu wissen, ob, was ich für öffentliche Meinung halte, auch wirklich öffentliche Meinung sey; ob ich nicht in ihr irre; ob ich sie nicht zu hoch oder zu nieder schätze; ob das Volk auch wirklich Gebrechen sehe, wo ich glaube, dass es sie sehe, und Institutionen wünsche, wie ich glaube, dass es sie wünsche. Das natürlichste, das zweckmässigste und einfachste, ja das einzig mögliche Mittel, ein System vorzuschlagen, das der öffentlichen Meinung entsprach, war, die öffentliche Meinung selbst zu befragen, mein System, bevor ich es in der Kammer vorbrachte, in Form einer Petition bekannt zu machen, nun zuzusehen, was von der öffentlichen Meinung verworfen oder gebilligt werde, und darnach mein Benehmen in der Deputirten-Kammer zu modifiziren.

Dieses Verfahren zeugt von der Redlichkeit meiner Absichten, weil ich nicht meine individuellen Ansichten als öffentliche Meinung geltend machen wollte, bevor die öffentliche Meinung sie genehmigt oder verworfen hatte; es zeugt von Bescheidenheit und parlamentarischem Takt; endlich ist es dem Geist der konstitutionellen Monarchie und der ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung gemäss.

Der §. 6. des Pressgesetzes erlaubt, Wünsche und Beschwerden jeder Art öffentlich bekannt zu machen; das Petitions-Recht aber, dieses geringste und unbestrittenste aller konstitutionellen Rechte, gewährt jedem einzelnen Bürger die Befugniß, eine Petition in Gemeinschaft anderer, oder für sich selbst, einzureichen, und andern eine Petition vorzuschlagen.

Ich weiss, dass es Gründe giebt, das Petitions-Recht durch Gesetze zu regeln, und dass namentlich in England keine Petition mehr als zwanzig Unterschriften enthalten darf. Aber in der konstitutionellen Monarchie gilt der Grundsatz, dass erlaubt ist, was die Gesetze nicht verbiethen, und in Württemberg ist das Petitions-Recht noch nicht durch Gesetze beschränkt. Uebrigens wie sehr auch dieses Recht in andern konstitutionellen Ländern verkümmert seyn mag, noch nirgends ist der Vorschlag einer Petition als unerlaubt, oder die Versammlung zum Behuf der Berathung einer Petition als ungesetzlich angesehen worden. Im Gegentheil zeigt die neueste Geschichte von England den Fall, dass selbst halb offizielle Blätter das Volk aufforderten, sich über öffentliche Angelegenheiten in Petitionen auszusprechen.

Wenn hiemit bewiesen ist, dass, nach Zugebung aller Vermuthungen der Gerichte, dennoch der von mir eingeschlagene Weg, vermittelt eines Petitions-Entwurfs meine politische Meinung auszusprechen, als gesetzmässig erscheint, so fragt sich noch, ob nicht das Verbrechen in der Petition selbst liege?

Die Petition zerfällt in zwei Theile; der zweite enthält meine oben entwickelte politische Meinung über die Art und Weise einer Reform des Justiz- Verwaltungs- und Finanz-Wesens; der erste motivirt meine Vorschläge mit einer Schilderung der Staats-Gebrechen.

Beides, Reformen vorzuschlagen und die öffentlichen Gebrechen zu schildern, ist in der konstitutionellen Monarchie erlaubt. Auch wurde von den Gerichten nur der erste Theil, nämlich die Schilderung der Gebrechen, incriminirt, als eine Verleumdung der gesammten Staatsdienerschaft, der Gerichts- und Verwaltungs-Behörden des Königreichs, als eine Verletzung des §. 6. und 8. des Pressgesetzes und endlich als Staats-Verbrechen, indem von mir versucht worden sey, durch gehässigen Tadel amtlicher Handlungen und Personen und durch Verbreitung öffentlichen Missvergnügens die Unterthanen zu ungegründeten Beschwerden zu verleiten.

Hätten diese Anklagen Grund, ich wäre mehr noch ein bemitleidenswerther Politiker als ein strafbarer Verbrecher; denn ich kann vor Gott betheuern, dass, als ich diese Petition verfasste, mir nicht die geringste Ahnung von den Verbrechen vorschwebte, die ich begangen haben soll. Ich handelte dabei unbefangen und offen. Viele mir Gleichdenkende lasen den Entwurf noch vor dem Druck; keiner kam auf den Gedanken, dass darin ein Verbrechen enthalten sey. Auch wurde der Entwurf in einer öffentlichen Officin gedruckt; ich machte daraus kein Geheimniss; ich traf keine Anstalten, meinen Namen zu verbergen. Endlich sind vor und nach mir von andern die gleichen politischen Urtheile gefällt worden, ohne dass ich durch eine an ihnen vollzogene Kriminalstrafe gewarnt worden wäre.

Hätten diese Anklagen Grund, ich wäre bloß durch falsche politische Begriffe und Ansichten in all' das Ungemach verfallen, das ich seit mehr als zwei Jahre erdulde; Begriffe und Ansichten, die ich heute noch für wahr halte, die ich aber abzulegen heilig und theuer verspreche, sobald man mir ihre staatsrechtliche Irrigkeit nachgewiesen haben wird.

Jene Begriffe und Ansichten schöpfte ich aus dem Studium des Repräsentativ-Systems und der vaterländischen Verfassung selbst.

Dort lernte ich, dass die Freiheit der Meinung, dieses Urrecht der Menschen, und insbesondere die Freiheit der politischen Meinung, diese Grundbedingung aller politischen Rechte, das Lebens-Element konstitutioneller Staaten sey; dass diese Freiheit nur durch die Heiligkeit der Person des

Regenten, durch die Ruhe des Staats (Verbot des Aufrufs zu Gewaltschritten) und durch die rechtlichen Ansprüche der Einzelnen auf guten Namen beschränkt werde.

Hier, nämlich in der vaterländischen Verfassung, sah ich überall nur die ausdrückliche Bestätigung jener allgemeinen von dem Geist der konstitutionellen Monarchie geforderten Grundsätze.

Ich sah durch den §. 24 mit dem Wort „*Denkfreiheit*“ die allgemeine Freiheit überhaupt, und durch den §. 6 des der Verfassung angehängten Pressgesetzes, mit den Worten: „Wünsche und Beschwerden jeder Art seyen öffentlich bekannt zu machen erlaubt“, insbesondere die Freiheit der politischen Meinung zugesichert; ich sah (§. 7. des Pressgesetzes) die geheiligte Person des Regenten hiervon ausgenommen, und (§. 8) die Ehre der einzelnen Bürger, so wie die Ehre der einzelnen Beamten, unter den besondern Schutz der Gesetze gestellt.

Nie war mir nur entfernt der Gedanke gekommen, dass man durch politische Meinung, durch allgemeine Urtheile über das Verhältniss der Staatsdienerschaft zum Gemeinwesen, eine Injurie gegen die gesammte Staatsdienerschaft begehen könne; denn dieses Urtheil hielt ich für den bei weitem wichtigsten Theil der politischen Meinungsfreiheit, ohne welches die Zusicherung des §. 6 des Pressgesetzes völlig sinnlos und die ganze Konstitution ohne Bedeutung wäre.

Nie habe ich befürchtet, mich gegen das Pressgesetz zu vergehen, indem ich von den unverfänglichen Koncessionen dieses Gesetzes unverfänglichen Gebrauch machte.

Und, nachdem dieses Pressgesetz die Freiheit der politischen Meinung ausgesprochen, der §. 93 aber alle mit der Verfassung in Widerspruch stehenden Gesetze für aufgehoben erklärt hatte: wie hätte ich denken können, dass man noch ein Gesetz vom 5. Mai 1810 hervorsuchen werde, in Folge dessen jemand, der seine politische Meinung ausspricht, ohne einer bestimmten Behörde, oder einem genannten Beamten zu nahe zu treten, als Staatsverbrecher verurtheilt würde?

Nachdem ich die Legalität meiner ganzen Handlungsweise gerechtfertiget habe, erlaube ich mir, Ew. königlichen Ma-

jestät, unter Berufung auf die beiliegende summarische Darstellung, meine Beschwerden als *Angeklagter*, und dann als *Bürger und Abgeordneter* allerunthänigst vorzutragen.

I. Als *Angeklagter* habe ich vor Ew. königlichen Majestät, allerhöchstwelchen nach der Verfassung §. 92. das Ober-Aufsichts-Recht über die Gerichte zusteht, Klage zu erheben.

A.) *Dass schon nach gemeinem Recht, durch das gegen mich erlassene Straferkenntniss, ein Justiz-Mord verübt worden ist:*

Weil der Thatbestand einer mir angeschuldigten Verleumdung nicht vorhanden ist, und auch nicht einmal zu beweisen versucht wurde.

Vid. Beschwerden Art. II.

Weil die Gerichte fälschlich behaupten, Klassen und Stände seyen Korporationen; auch die Staatsdiener seyen eine Korporation mit gemeinsamen Rechten, und sie können folglich in Masse injurirt werden.

Vid. B. Art. III.

Weil die Gerichte in den Entscheidungs-Gründen nirgends meine eigenen Worte citirten, und die Hauptstellen, worauf ihr ganzer Beweis der Strafbarkeit des Petitions-Entwurfs beruht, offenbar zu meinem Nachtheil entstellten.

Vid. B. Art. IV.

Weil die Gerichte mit der öffentlichen Meinung gegen mich Beweis führten.

Vid. B. Art. V.

Weil die Gerichte, allen Rechtsgrundsätzen und dem wahren Sachverhältniss zuwider, meine Behauptung, dass die von mir geschilderten Gebrechen nicht der gegenwärtigen Regierung, sondern der geschichtlichen Entwicklung des Staats zur Last fallen, für eine *protestatio facto contraria* erklären.

Vid. B. Art. IV.

Weil die Gerichte den Thatbestand des mir angeschuldigten Staats-Verbrechens, durch den Tadel amtlicher Handlungen Missvergnügen verbreitet zu haben, nicht bewiesen.

Vid. B. Art. VIII.

Weil die Gerichte mich durch Zwangs-Maasregeln nöthigten, eine in der Stände-Versammlung gehaltene Rede zu *rechtfertigen*, und mich wegen der Verweigerung meiner *Rechtfertigung* zur Strafe zogen.

Vid. B. Art. X.

B.) Dass die Gerichte ausserdem, nach dem konstitutionellen Recht einen Justizmord begiengen.

Sie erlaubten sich, den Worten und dem Geist der Verfassung zuwider, über die Wahrheit oder Unwahrheit meiner politischen Meinung ein Urtheil zu fällen, und sie als eine Verleumdung darzustellen.

Vid. B. Art. I.

Sie bestrafen mich wegen einer Ueberschreitung des Pressgesetzes, während ich blos von den Konzessionen desselben legalen Gebrauch gemacht habe.

Vid. B. Art. VI.

Sie bringen irrigerweise ein Gesetz vom 5. Merz 1810 in Anwendung, welches doch entweder gar nicht hieher passt, oder, nach den klaren Bestimmungen der Verfassung, als aufgehoben zu betrachten ist.

Vid. B. Art. VIII.

Dem Sinn, Geist und Wort der Verfassung zuwider, ziehen sie meine in der Kammer gehaltenen Reden ohne weiteres in Untersuchung und belegen mich desshalb mit einer Kriminalstrafe.

Vid. B. Art. IX.

Den Vorschlag und die Verbreitung eines legalen Petitions-Entwurfs erklären sie, den konstitutionellen Grundsätzen zuwider, für eine unerlaubte Handlung, die sie bestrafen.

Vid. B. Art. XI.

Endlich massen sie sich in einer Sache, in welcher es sich um die Grundsätze der politischen Meinungsfreiheit, der Pressfreiheit, des Petitions-Rechts, der Unabhängigkeit der

Deputirten-Kammer handelt, eine Gerichtsbarkeit an, die, dem Geist und den Worten der Konstitution gemäss, allein dem Staats-Gerichtshof zusteht.

Vid. B. Art. XVII.

C.) *Dass die Gerichte, auch wenn ihnen alle ihre ungegründeten Behauptungen, illegalen Handlungen und rechtswidrigen Grundsätze nachgesehen würden, schon durch das Straf-Erkenntniss einen Justiz-Mord an meiner Person verübt hätten:*

Weil nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen keine entehrende Strafe auf eine Handlung gesetzt werden kann, die nicht an und für sich entehrend ist.

Vid. B. Art. XVI.

Weil schon in der Art der Strafe die Absicht liegt, mich in dem, was einem Manne von meiner Stellung das Theuerste ist, in der öffentlichen Achtung zu kränken, und meine öffentliche Wirksamkeit gänzlich zu vernichten. Denn da das Gesetz zwischen Festungs-Arrest und Festungs-Arbeit die Wahl lässt; so hätte der Gerichtshof, wenn zehn Monate Festungs-Arrest ihm nicht hart genug dünkten, eher zwanzig Monate dieser einfachen Strafe aussprechen sollen, wobei ich immer noch bei Stand und Würde geblieben wäre, als zu zehn Monaten Festungs-Arrest einen kapriziösen Beisatz zu machen, der mich politisch-bürgerlich vernichtet. Gerichte sind da, um Gerechtigkeit zu handhaben, nicht um Kaprisen auszuüben.

Vid. B. Art. XVI.

Weil endlich die Strafe überhaupt weder mit dem angeblichen Vergehen im Verhältniss steht, noch meinen äussern Verhältnissen und meinem moralischen Werth nach, in dieser Form erkannt werden kann. Wie hoch ich diese Verletzung anschlage, ist daraus zu ermessen, dass, wenn man mir zwischen der Todesstrafe und entehrender Festungsarbeit die Wahl frei stellte, ich das Henkerbeil, als die mildere Strafe, vorziehen würde.

Vid. B. Art. XVI.

II. Als *Bürger und Volks-Deputirter* klage ich ferner vor

Ew. königlichen Majestät, allerhöchstwelchen, vermöge des Obergerichtsrechts über die richterliche Gewalt, die Befugniß zusteht, gerichtliche Handlungen, die zum Nachtheil der Verfassung und der National-Freiheit gereichen, durch Anwendung allerhöchst ihrer königlichen Prerogative zu entkräften, ich klage: dass der königliche Gerichtshof in Esslingen und das königliche Ober-Tribunal in Stuttgart, indem sie den vorstehend entwickelten, vielfachen Justiz-Mord an meiner Person begingen, zugleich einen eben so mannigfaltigen Justiz-Mord an der Verfassung des Königreichs verübten:

Indem die Gerichtshöfe den Satz zu beweisen, und rechtlich in Anwendung zu bringen wagten, dass man durch die politische Meinung ein Verbrechen begehen könne, zerstörten sie die Freiheit der politischen Meinung, das Lebens-Element der konstitutionellen Monarchie.

Vid. B. Art. I.

Indem die Gerichte, wo ich die Wahrheit oder die Unwahrheit meiner politischen Urtheile mit der öffentlichen Meinung bewies, diesen Beweis verwarfen, dagegen aber sich selbst den nämlichen Beweis erlaubten, wollen sie sich sogar als einzig rechtmässigen Dollmetscher der öffentlichen Meinung geltend machen.

Vid. B. Art. V.

Nachdem die Gerichte auf diese Weise, vermittelt ihrer Theorie, die Freiheit der Meinung, das Lebens-Element der konstitutionellen Freiheit, vernichtet haben, zertrümmern sie auch das wirksamste Mittheilungs-Mittel, indem sie die Konzessionen des Pressgesetzes in Beschränkungen, also die Wohlthat in Plage verwandeln.

Vid. B. Art. VI.

Sie zertrümmern ferner das Petitions-Recht, dessen Gültigkeit sie im Prinzip in Zweifel ziehen, faktisch dadurch, dass sie sich erlauben, wegen eingereichter legaler Petitionen, gerichtliche Untersuchungen anzustellen, und den Vorschlag einer Petition und die Verbreitung eines Petitions-Entwurfes für unerlaubte und strafbare Handlungen zu erklären.

Vid. B. Art. XI.

Die Gerichte bleiben dabei nicht stehen. Sie behaupten sogar, dass zwischen den im Pressgesetz erlaubten und verbotenen Handlungen noch eine grosse Stufen-Reihe von Vergehen und Verbrechen mitten inne liege, deren Bestimmung dem richterlichen Ermessen überlassen sey. Zum Beweis erschaffen sie auf der Stelle ein Vergehen wegen *verfassungswidriger Aufreizung des Volks durch Petitionen und willkührliche Versammlungen*, ungeachtet weder das Pressgesetz, noch die Verfassung, noch sonst ein Gesetz davon Meldung thut.

Vid. B. Art. XII.

Die Gerichte gehen noch weiter. Sie machen ein Gesetz vom 5. Merz 1810 geltend, wornach man (ihrer Auslegung gemäss) durch allgemeine politische Urtheile über das Verhältniss der Staatsdienerschaft zum Gemeinwesen ein Staats-Verbrechen begehen kann, das Verbrechen, Missvergnügen zu verbreiten und die Unterthanen zu ungegründeten Beschwerden zu veranlassen. Die Anwendung jenes Gesetzes in dieser Art vernichtet alles und jedes politische Urtheil, denn die Gerichte finden den Tadel der Staatsdienerschaft und der Institutionen und Gesetze im Allgemeinen so strafbar, dass sie Festungs-Strafe mit angemessener Arbeit darauf setzen, wodurch man zu öffentlichen Dienstleistungen unfähig wird.

Vid. B. Art. VIII.

Ja, selbst auf der Tribune kann der Deputirte nicht einmal ein tadelndes politisches Urtheil aussprechen, denn die Gerichte massen sich an, jeden Deputirten, der in der Kammer, wie sie sagen, die Staatsverwaltung verleumdet, unmittelbar vor ihr Tribunal zu ziehen, und in Kraft dieses Gesetzes mit Festungsarbeit zu belegen, somit aus der Versammlung zu stossen.

Vid. B. Art. IX.

Sie fordern ihn vor und verlangen, dass er sich über seine in der Kammer gehaltenen Reden verantworte. Weigert er sich aus Pflichtgefühl, so erkennen sie ZwangsGrade. Damit

nicht zufrieden, strafen sie ihn auch noch als einen Unbotmässigen, weil er sich weigerte, *sich zu vertheidigen!*

Vid. B. Art. X.

Sie erschöpfen somit alles, was geeignet ist, die sämtlichen Volksrechte:

Die Freiheit der politischen Meinung,
die Pressfreiheit,
das Petitions-Recht,
das Recht, das zu thun, was nicht verboten ist,
die Freiheit der Tribüne und also
die Selbstständigkeit der Deputirten-Kammer, zu vernichten.

Sie suchen ausserdem, gegen die konstitutionellen Grundsätze, den geheiligten Namen des Regenten in diese Angelegenheiten zu ziehen.

Vid. B. Art. XIII.

Sie unterlegen der Regierung Systeme und Ansichten, die ganz ihrem Streben zuwider sind.

Vid. B. Art. XIV.

Sie greifen endlich das ganze Württembergische Volk und die Grundlage der Verfassung an, indem sie behaupten, dasselbe sey grösstentheils nicht im Stande, seinen Zustand zu beurtheilen.

Vid. B. Art. XV.

Mit Einem Wort, sie stellen in ihren Entscheidungs-Gründen ein zusammenhängendes System auf, welches der Verfassung geradezu das Leben abspricht.

In der Anlage sind alle diese Beschwerden in möglichster Kürze ausgeführt. Eine Vergleichung der Akten mit diesem summarischen Beschwerde-Libell wird Eure königliche Majestät von ihrer Wahrhaftigkeit überzeugen.

Die Summe dieser Beschwerden ist so gross, ihre Folgen sind so tief einschneidend in alles, was dem Bürger und Menschen heilig ist, dass man Mühe hat zu begreifen, wie zwei der höchsten Gerichtshöfe des Königreichs, während der langen Zeit, die ihnen zur Ueberlegung vergönnt war, nicht zur Erkenntniss so schwerer Irrthümer gelangen konn-

ten, zumal sie voraussehen mussten, dass die Abscheulichkeit der erkannten Strafe den Angeklagten nöthigen würde, alle Mittel zu erschöpfen, um das an ihm begangene Unrecht zu beweisen, und dass, wenn die Sache öffentlich bekannt würde, die Stimmen der unpartheiischen Rechtsgelehrten ihm nicht entgehen könnten.

Ein vorsätzlich, mit klarem Bewusstseyn begangener Justizmord ist also nicht anzunehmen. Es ist unwahrscheinlich, dass Männer von so bedeutendem Ansehen, und zumal Richter eines Staates, der durch seine konstitutionelle Ordnung berühmt geworden ist, sich so schwerer Beeinträchtigungen der heiligen Gerechtigkeit schuldig machen würden, wenn sie doch voraussehen mussten, die Wahrheit werde früh oder spät an's Licht treten.

Alle Umstände sprechen für folgende Erklärung. Die Gerichte kannten, als sie die Untersuchung verhängten, das konstitutionelle System nicht. Diese Unkenntniss erhellt schon aus den Entscheidungsgründen zum Anklage-Urtheil und aus den Protokollen.

Es fehlten ihnen vorzüglich klare Begriffe von dem Wesen der politischen Meinung, von dem Petitions-Recht, der Pressfreiheit, der Unabhängigkeit der Deputirten-Kammer. Diese Unkenntniss, in Verbindung mit einigen falsch aufgefassten Begriffen des gemeinen Rechts und der Empfindlichkeit, welche die sie selbst betreffende Kritik der Justiz erzeugte, veranlasste sie zu einem ersten falschen Schritt. In der ersten Aufwallung vertheidigte auch ich mein Recht mit Heftigkeit, reizte aber dadurch um so mehr. Die Sache war zu publik geworden. Nicht blos die Ehre der einzelnen Richter, die übelverstandene Ehre der ganzen Justiz kam in's Spiel. Meine Suspension von der Stände-Versammlung, obwohl nur auf die blosser Anzeige, dass ich in Kriminal-Anklagestand versetzt worden sey, und ohne Prüfung der innern Gültigkeit dieser Anklage ausgesprochen, schien doch die Justiz in ihrem bisherigen Verfahren zu ermuthigen. Zugleich hatten meine Vertheidigungs-Reden Richter und Verfahren angegriffen, und die Leidenschaft aufs Neue gereizt. Wer weiss nicht, wie weit ein von Leidenschaft umnebelter Irrthum führt, hat man sich einmal von ihm fassen

lassen? Zurückgehen wollte man nicht, das vertrug die Amtsehre der Richter, das Ansehen der Gerichte nicht, denn es ist leider ein allgemeiner Fehler *ständiger Kriminal-Gerichtshöfe*, dass sie das Eingeständniss eines Irrthums ihrer Ehre für nachtheilig halten. Also musste man vorwärts auf der betretenen Bahn. Ein Irrthum erzeugte fünf andere, und diese fünf zwanzig. So steigerte man sich dergestalt, dass, da man zuletzt alle Rechts-Grundsätze beseitigt, alle konstitutionellen Rechte umgestossen hatte, man so wenig gewahr wurde, wohin man gelangt, als man im Anfang eingesehen hatte, wovon man ausgegangen war. Die Entscheidungsgründe, welche *fünfzig* vollgeschriebene Bogen einnehmen, zeigen diesen Gemüthszustand deutlich. — Nirgends feste Begriffe, überall nur hohle Worte; nirgends ein Thatbestand, überall nur Behauptungen, weitschweifige Raisonsnements; nirgends die eigenen Worte der Petition, alles anders eingekleidet und entstellt. Man sieht daraus klar, dass die Richter sich selbst betrogen, dass sie durch eine Masse von Worten sich selbst den Mangel an Gründen verbargen. Menschenkenner wissen schon aus dem gemeinen Leben, dass man da am vorsichtigsten zu prüfen Ursache hat, wo eine Sache mit zu grossen Umschweifen vorgebracht wird. Die Sprache der Wahrheit, zumal der gerichtlichen, ist einfach, kurz, bündig. Wenn sie auch gründlich und ausführlich seyn will, muss sie doch von klaren Sätzen ausgehen oder darauf zurückkommen. Der Gerichtshof aber ist weder von klaren Begriffen ausgegangen, noch hat er solche entwickelt, noch ist er darauf zurückgekommen. Seine sogenannten Entscheidungsgründe sind ein un-
aufhörlicher Wirbel von allgemeinen Behauptungen und falschen politischen Ansichten, wobei der Thatbestand immer als *bewiesen*, und die Absicht als *verbrecherisch* vorausgesetzt wird.

Das königliche Ober-Tribunal gieng denselben Weg. Nachdem es durch sein Anklage-Urtheil schon so tief in den Irrthum hineingerathen war, nachdem der Gerichtshof in Esslingen diesen oberstrichterlichen Irrthum zur Basis der Entwicklung seiner weitem Irrthümer genommen, nachdem in Sachen des Deputirten List *contra* die Justiz bereits ein

Straf-Erkenntniss gefällt und das erste Erstaunen des Publikums über eine so unerhörte Strafe überstanden war: wie konnte man erwarten, das Ober-Tribunal werde jetzt noch zurückgehen? Jeder Blick rückwärts hätte ihm verrathen, dass die Justiz auf ganz falscher Bahn wandle; das Urtheil hätte nicht bloß reformirt, es hätte kassirt werden müssen. Das aber ließen die bereits festgewurzelten Irrthümer, der Antheil, den man selbst an der Sache genommen hatte, vor allem die Ehre der Justiz nicht zu. Ew. königl. Majestät geruhen zugleich aus diesem, in dem Gang meines Prozesses liegenden Beispiel zu ersehen, wie hochgefährlich für Recht und bürgerliche Freiheit nur allein in Ansehung des Justiz-Personals der von den Gerichten aufgestellte falsche Grundsatz wirkt, *dass die Staatsdiener eine besondere Korporation, mit besondern bevorzugten Korporations-Rechten, im Staate bilden.*

Meine Absicht kann übrigens vor der Hand weder dahin gehen, die Gerichte eines absichtlichen Justizmordes und vorsätzlicher Verletzung der Verfassung anzuklagen, noch kann es in dem Zweck der gegenwärtigen Eingabe liegen, die Unschuld meiner Richter zu *vertheidigen*. Nur erklären wollte ich, wie, was auf den ersten Anblick unmöglich scheint, geschehen konnte.

Im Bewusstseyn meiner Unschuld und meiner reinen Absichten für das Wohl des Vaterlandes, trete ich mit der Hoffnung auf volle Gerechtigkeit vor den Thron Ew. Majestät. An dieser erhabenen Stelle schweigen die Leidenschaften. Der Nebel des Irrthums und der Standes-Vorurtheile reicht nicht bis an die Stufen des Throns. Vor ihm steht nicht der Angeklagte dem Richter, der Hochgestellte dem Niedrigen, sondern der Mensch und Bürger dem Menschen und Bürger gegenüber. In dieser Region der Wahrheit lösen sich künstliche Beweise böser Absichten, zerfallen harte Formen, schwinden die Buchstaben von Strafgesetzen, die dem Geist des Rechts und der Civilisation widerstreiten.

Ew. königliche Majestät werden in dem Geist der konstitutionellen Monarchie und der vaterländischen Verfassung selbst, dieses grossen Werkes, das allerhöchst-ihren Namen verewigt, die Gründe meiner vollkommenen Rechtfertigung, und zu-

gleich die Mittel finden, den Irrthum der Gerichte ungeschehen zu machen.

Vielleicht werden allerhöchstdieselben meine politischen Meinungen irrig, mein Benehmen den Regeln der Mässigung zuwider, meinen politischen Plan unzweckmässig finden.

Aber Ew. königliche Majestät werden in allerhöchst-ihrer Weisheit entscheiden, dass man seine politischen Meinungen und Urtheile ohne Verantwortlichkeit aussprechen dürfe, dass eine Vernachlässigung der Regeln der Klugheit sehr tadelnswerth seyn könne, aber keine Kriminal-Strafen rechtfertige, und dass falsche Ansichten der Deputirten am empfindlichsten und zugleich mit der strengsten Gerechtigkeit von der *öffentlichen Meinung* gerichtet werden.

Ew. königliche Majestät werden finden, dass die Gerichte bloß aus vielfältigem schwerem Irrthum eine Strafe gegen mich erkannten, und dass diese Strafe und das ganze Verfahren kraft *königlicher Gewalt* um so mehr aufgehoben werden müsse, als das Urtheil, die der *richterlichen Gewalt* vorgezeichnete Bahn überschreitend, in die *gesetzgehende* übergegriffen und, durch Unbekanntschaft mit den Rechten der Nation, grosse Verheerungen in dem verfassungsmässigen Zustand angerichtet hat.

Ew. königliche Majestät werden sich überzeugen, dass, wenn man auch den Gerichten alle ihre Voraussetzungen zugebe, alle ihre Rechts-Irrthümer nachsähe, und alle ihre Entstellungen der Petition für richtig annähme, dennoch die ausgesprochene Strafe nach gemeinrechtlicher Praxis, abgesehen von der Ehrenstrafe, schon in Ansehung des Festungs-Arrestes um das dreifache zu hoch wäre. Denn allerhöchstdenselben kann nicht entgehen, dass, ungeachtet von den Gerichten die Gefahren meiner Handlungen so groß geschildert worden, doch nirgends eine wirkliche Rechts-Verletzung sichtbar ist, dass alle von den Gerichten geschilderte Gefahren bloß in ihrer Phantasie existiren, und, wie aus allen Umständen und schon aus der Neuheit des Repräsentativ-Systems hervorgeht, dass auf jeden Fall bloß Misverstehen des konstitutionellen Systems, nicht böse Absicht vermuthet werden könnte.

Ew. königl. Majestät werden jenen Beisatz der *Festungs-Arbeit* für das Auffallendste und Beschwerendste in der gan-

zen Sache erkennen, weil ich dadurch nicht nur zur Funktion eines Abgeordneten, sondern zu jeder andern öffentlichen Dienstleistung unfähig gemacht, folglich zum politisch-bürgerlichen Tod verurtheilt würde, eine Strafe, die, als in jedem Betracht übertrieben, als dem angeschuldigten Vergehen, das nichts Entehrendes an sich hat, unangemessen, als gegen einen Mann gerichtet, der vielfach mit öffentlichem Vertrauen beehrt, sich nie desselben unwürdig bezeugte, endlich als die Ehre des Landes und das Repräsentativ-System kränkend, bloß in einer unglücklichen Exaltation der Gerichte Grund haben kann.

Dieser Exaltation gegenüber werden Ew. königl. Majestät die Mässigung zu würdigen geruhen, womit ich mich in dieser Sache, und während eines jetzt in das dritte Jahr dauernden Ungemachs benommen habe.

Es ist wahr, ich habe, während die Sache von dem Beschluss der Deputirten-Kammer abhieng, das Recht, das ich zu haben glaube, mit Nachdruck und Muth vertheidigt. Denn ich sah die Irrthümer, worin die Gerichte befangen waren, und konnte leicht die schlimmen Folgen ermessen, welche für das öffentliche Recht aus einer weitem Verfolgung des eingeschlagenen Weges hervorgehen müssten. Nachdem aber die Kammer durch *unbedeutende Majorität* und *gegen den Bericht der Kommission* beschlossen hatte, ohne Untersuchung des innern Gehalts der Anklage, auf die blosse Anzeige der Gerichte hin, dass eine Kriminal-Untersuchung über mich verhängt sey, die Suspension auszusprechen, that ich lediglich nichts mehr zu meiner Vertheidigung. Ich glaubte, die herrschende Erbitterung würde am besten bei ruhigem Verhalten sich legen, die vorgefassten Irrthümer am leichtesten bei ruhiger Ueberlegung verschwinden.

Aus diesen Gründen sah ich gerne, dass die Untersuchung sich verzog, und eine förmliche Vertheidigung unterliefs ich aus keiner andern Rücksicht, als weil ich befürchtete, durch feste und konsequente Rechtfertigung würde mehr die Leidenschaft aufgeregt, als der Zweck erreicht. Ja, ich war entschlossen, eine leidliche Strafe geduldig zu erstehen, und nachher im Wege der ruhigen Diskussion die nachtheiligen

Folgen abzuwenden, welche die Grundsätze der Gerichte für den öffentlichen Zustand haben könnten.

Das von den Gerichten ausgesprochene Urtheil bewies die Unrichtigkeit meiner Berechnung. Es überstieg alle Begriffe und selbst die Erwartungen derer, die meine Handlungsweise missbilligt hatten. Mein erster Gedanke war, durch eine Reise in's Ausland den Gerichten die Möglichkeit zu benehmen, einen aus Irrthum begangenen Justizmord wirklich zu vollziehen; einen Justizmord, der eben so wohl die heilige Gerechtigkeit, als den öffentlichen Zustand in der Basis verletzte. Die öffentliche Meinung sprach hierüber zu stark sich aus, als dass ich seine Bestätigung in der Rekurs Instanz befürchten konnte.

Aus diesem Grunde that ich auch jetzt nichts, um mich in der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Geduldig erlitt ich zum Voraus schon eine Strafe, die grösser war, als die Gerechtigkeit sie mir zusprechen konnte, selbst wenn ich mich verfehlt hätte. Meine in Stuttgart zurückgebliebene Frau wurde in Folge einer schweren Niederkunft tödtlich krank und schwebte Monate lang am Rand des Grabes, ohne dass ich mich ihr nahen konnte. Es lässt sich leicht denken, dass der Kummer über mein und ihr Schicksal nicht wenig zur Vergrösserung der Gefahr beitrug. In dieser Seelenqual hoffte ich von Tag zu Tag auf günstige Entscheidung des Obergerichts. Ich hatte durch Freunde meine Noth unter der Hand vorstellen lassen. Noch war ich entschlossen, um in meine häuslichen Verhältnisse zurückkehren zu können, jede Strafe zu erleiden, welche mit Ehre und Pflicht vereinbarlich wäre. Vergebens. Die Justiz gab in sechs Monaten kein Zeichen von sich, und ich musste sogar vernehmen, dass sie meine fahrende Habe und meine Bibliothek, einen Vermögens-Bestandtheil, der auf jeden Fall zu meiner Kompetenz gehört, zu Deckung der Kriminal-Untersuchungskosten in Beschlag genommen hatte, und dies auf eine Weise, die meine noch sehr leidende Frau beinahe wieder in ihre schwere Krankheit zurückgeworfen hätte. Wie bei Gantmässigen hatte man mit allen Inventur-Förmlichkeiten und inquisitorischer Strenge Stück für Stück verzeichnet, sogar Hemden und Strümpfe.

Da ich glaubte, das königl. Ober-Tribunal werde die Sache bis zu meinem Wieder-Erscheinen im Lande ruhen lassen, beschloß ich, meinen Aufenthalt so lange im Auslande zu nehmen, bis die Zeit den Irrthum gelöst und die Exaltation gemildert haben würde, sofort meine Familie zu mir zu nehmen, und meine ökonomischen Verhältnisse, in so weit sie meine Gegenwart im Lande forderten, aufzulösen. Alles dieses wurde mit grossen Kosten und mit bedeutendem pekuniärem Verlust ausgeführt. Auch jetzt that ich nichts, was auf's Neue reizen konnte.

Der vor einigen Monaten erfolgte bestätigende Spruch des königl. Ober-Tribunals und die angeordnete Wiederbesetzung meiner Deputirten-Stelle nöthigen mich aber nunmehr zu einem öffentlichen Schritt. Es bleiben mir zwei Wege übrig, entweder, bei der völligen Inkompetenz der ordentlichen Gerichte in dieser Sache, geradezu vor dem allein kompetenten Staatsgerichtshof Klage zu erheben, oder zuvor noch die königliche Gewalt um Hülfe anzurufen. Die Klarheit meiner Beschwerdegründe, die hohe Gerechtigkeitsliebe Ew. königl. Majestät, und die Betrachtung der nachtheiligen Folgen, welche aus einer öffentlichen gerichtlichen Verhandlung dieser Angelegenheit unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen dem Staate erwachsen könnten, bestimmen mich zu dem Entschluss, den letztern Weg einzuschlagen, und Ew. königliche Majestät, unter Anschluss meiner Beschwerden-Ausführung, hiemit die allerunterthänigste Bitte vorzutragen:

Dass allerhöchstdieselben geruhen möchten, den durch die Irrthümer der königl. Gerichte veranlassten Justizmord an meiner Person und an den Hauptgrundsätzen der Verfassung, kraft der königlichen Prärogative durch Aufhebung des gegen mich erlassenen Straf-Erkenntnisses ungeschehen zu machen.

In tiefster Ehrfurcht beharrend

Eurer königlichen Majestät

allerunterthänigst gehorsamster

FR. LIST.

VI.

BESCHWERDEN-ARTIKEL.

ARTIKEL I.

(Vid. Entscheidungs-Gründe, Seite 8 u. 9.)

DER *Grund-Irrthum* der Gerichte in der vorliegenden Kriminal-Sache besteht darin, dass sie sich keinen richtigen Begriff von dem Wesen der *politischen Meinung* bildeten. Politische Meinung ist Allgemeinheit des Urtheils über einen das Gemeinwesen betreffenden Gegenstand. *Freiheit der politischen Meinung* ist die Grundlage der konstitutionellen Monarchie und aller politischen Volksrechte.

Die Freiheit der politischen Meinung berechtigt den Bürger, seine Ansichten und Urtheile über alle das Gemeinwesen betreffende Gegenstände *ohne rechtliche Verantwortlichkeit* auszusprechen.

Verantwortlichkeit ist unmöglich, weil dem Richter der *rechtliche* Erkennungs-Grund gänzlich fehlt, wodurch er sich *als solcher* von der Wahrheit oder Unwahrheit, von der Uebertriebenheit oder Richtigkeit der Meinung, oder von den wohlmeinenden oder gehässigen Absichten des Urtheilers überzeugen könnte. Denn die Meinung ist etwas rein Subjektives. Jeder betrachtet den öffentlichen Zustand von seinem individuellen Standpunkt aus, mit den ihm eigenen Anforderungen, Erfahrungen, Einsichten und Verstandeskräften.

Der Richter kann über die politische Meinung wohl ein Urtheil fällen, aber nur ein *politisches*. Ein rechtliches würde seinen individuellen Standpunkt, seine individuellen Anforderungen an den öffentlichen Zustand, seine individuellen Erfahrungen, Einsichten und Verstandeskräfte der ganzen Gesellschaft zur Norm setzen.

Hieraus entstände *die höchste Unfreiheit der politischen Meinung*, weil kein Bürger seine Ansichten über den öffentlichen Zustand aussprechen könnte, ohne zuvor den ihm vorgesetzten Richter befragt zu haben, ob sie auch dessen individueller politischer Meinung gemäss seyen;

Weil ferner aus gleichem Grunde alle Deputirten und alle Minister, in Ansehung ihrer politischen Meinung von dem Urtheil der Richter abhängig gemacht würden; welches Urtheil nicht durch Anwendung der Gesetze nach rechtlich bewiesenem Thatbestand, sondern durch Anwendung der subjektiven Ansichten des Richters über den öffentlichen Zustand gefunden würde: folglich die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt, so wie den Gebrauch des gesammten National-Verstandes der richterlichen Willkühr (nicht der richterlichen Gewalt) unterwürfe.

Hieraus erhellt, dass entweder in einem Staate keine Verfassung bestehen kann, oder dass die *politische Meinung* lediglich der Gerichtsbarkeit der *öffentlichen Meinung* unterworfen seyn muss.

In konstitutionellen Staaten kann daher die richterliche Gewalt nur da einschreiten, wo der Einzelne die Schranken der *politischen Meinung* überschreitet.

Ueberschritten wird die *politische Meinung* 1.) wenn dieselbe ausdrücklich zu illegaler Verletzung der gesellschaftlichen Ordnung auffordert (Aufruf zu Widersetzlichkeit und Empörung); 2.) wenn die Meinung aus der Allgemeinheit des Urtheils heraustritt, also ihre Natur ablegt.

Letzteres geschieht, indem man einzelne Personen an ihrer Ehre angreift, durch Injurien, Verleumdungen etc. etc.

Qualifizirt sind diese Ueberschreitungen 1.) wenn man die einzelnen Beamten an ihrer Ehre widerrechtlich verletzt; noch mehr aber, wenn man 2.) der Person des Regenten zu nahe tritt, welche in der konstitutionellen Monarchie unverletzlich ist.

Diese Grundsätze gelten in Würtemberg schon darum, weil Würtemberg eine konstitutionelle Monarchie ist, und weil eine konstitutionelle Monarchie ohne sie nicht bestehen kann.

Sie sind aber auch ausdrücklich durch die Verfassung bestätigt.

Der §. 24 ertheilt „Denkfreiheit,“ worunter das dem Bürger zustehende Recht, über alle ihm als Menschen und Bürger wichtige Gegenstände zu denken und das Gedachte auszusprechen, zu verstehen ist.

Der §. 6 des Pressgesetzes giebt das Recht über alle die Verfassung und Verwaltung des Gemeinwesens betreffende Gegenstände seine Wünsche, Beschwerden und Ansichten, frei aussprechen zu dürfen, folglich *Freiheit der politischen Meinung*.

In demselben §. 6 wird der Aufruf zu Aufruhr und Widersetzlichkeit, im §. 7 die Angriffe und die Ehre des Regenten, und in §. 8 die Angriffe auf die Ehre der einzelnen Bürger und der einzelnen Beamten hievon ausgenommen.

Nach jenen Grundsätzen des allgemeinen konstitutionellen Rechts und nach diesen Bestimmungen der vaterländischen Verfassung insbesondere beurtheilt, ist in dem vorliegenden Petitions-Entwurf nichts Gesetzwidriges oder Strafbares enthalten.

Es kann sich hiernach nicht fragen, ob meine politische Meinung wahr oder unwahr, übertrieben oder sachgemäs sey, denn dieses Urtheil ist, wie wir oben gezeigt haben, rein subjektiv, und der Richter ist nicht befugt, seine subjektiven Ansichten der Gesellschaft zur Norm zu setzen.

Es kann sich blos fragen, ob die Grenzen der politischen Meinung überschritten seyen?

Die Gerichtshöfe haben aber weder einen Aufruf zur Widersetzlichkeit und Aufruhr, noch eine Beleidigung des Regenten, noch einen Vorwurf gegen einzelne Beamte darin finden können.

Der Petitions-Entwurf bewegt sich nur innerhalb der Grenzen der politischen Meinung, d. h., er spricht ein allgemeines Urtheil über das allgemeine Verhältniss des Staatsdiensts und der Staatsdienerschaft zum Gemeinwesen, zu Staat und Volk aus.

Dieser Charakter der Allgemeinheit des Urtheils ist nirgends verletzt.

Die Gerichtshöfe hingegen, in ihrer Unbekanntschaft mit dem Wesen der konstitutionellen Monarchie und insbesondere der politischen Meinung, fällen ein gerichtliches Erkenntniss über diese allgemeinen Urtheile.

Da ihnen die rechtlichen Beweismittel des Thatbestands fehlen, so setzen sie als bewiesen voraus, was sie erst hätten beweisen sollen, aber nicht konnten, dass nemlich meine politische Meinung *falsch, gehässig, übertrieben* sey, machen dadurch eben die Allgemeinheit meiner Urtheile, das Wesen der politischen Meinung, mir zum Verbrechen, und stürzen somit die Grundlage der Verfassung.

ART. II.

(Entscheidungs-Gründe, S. 3 et sqq.)

Da der von den Gerichten inkriminirte Petitions-Entwurf bloß allgemeine politische Urtheile, keine einzelnen That-sachen und keine Urtheile über einzelne Personen enthält, so ist auch kein *Beweis* des *Thatbestands* denkbar, weil die Wahrheit oder Unwahrheit solcher allgemeinen Urtheile nur auf subjektiver Ansicht beruht.

Die Gerichte haben aber dem ungeachtet meine politischen Meinungen als *eine Verleumdung der gesamten Staatsdienerschaft* angeklagt und gerichtet.

Der Thatbestand dieses Vergehens erfordert 1.) die Aussage einer falschen oder absichtlich entstellten, ehrenrührigen Thatsache; 2.) über eine oder mehrere bestimmte Personen; 3.) in der Absicht zu beleidigen oder widerrechtlich zu schaden; also 4.) Widerrechtlichkeit der Aeusserung.

In dem vorliegenden Petitions-Entwurf hingegen sind *ad* 1.) keine speziellen Thatsachen, sondern bloß allgemeine *nicht ehrenrührige* Urtheile enthalten; 2.) nicht über einzelne Personen, sondern über das allgemeine Verhältniss des Staats-Diensts zum Gemeinwesen, 3) in der offenbaren Absicht, dem

Gemeinwesen zu nützen, ausgesprochen; 4.) kraft der dem Bürger verfassungsmässig zustehenden Freiheit der politischen Meinung.

Der Gerichtshof selbst fühlte diesen Mangel. Bemerkenswerth ist hiebei, dass seine Entscheidungsgründe zum Straf-Erkenntniss den Thatbestand der Verleumdung, als schon in den Entscheidungs-Gründen zum Anklage-Erkenntniss bewiesen voraussetzen, während dort von einem solchen Beweis nicht das geringste zu finden ist. Ein hoher Grad von Selbsttäuschung.

Eine Uebergehung des Beweises des Thatbestandes in den Entscheidungsgründen widerstreitet allem rechtlichen Verfahren, und macht an und für sich das Erkenntniss null.

An die Stelle dieses positiven Beweises hat der Gerichtshof einen bloß negativen, nemlich eine Widerlegung meiner Vertheidigungs-Gründe gesetzt; mit welchem Grund und Erfolg, werden wir aus dem folgenden Artikel entnehmen:

ART. III.

(Entscheidungs-Gründe, Seite 6 et sqq.)

Dem Raisonement des Gerichtshofs steht folgender Schluss voran: *Ganze Korporationen, Kollegien, Gesellschaften, Klassen und Stände können injurirt werden; die Staatsdiener sind eine Korporation, also können sie in Masse injurirt werden.*

Es ist ein Hauptfehler in diesem Schluss, dass er auf zwei falschen Füßen steht.

Korporationen, Kollegien und Gesellschaften, in so fern sie gemeinsame Rechte ausüben und gemeinschaftliche Handlungen begehen, können in ihren einzelnen Gliedern verleumdet werden, im Fall die Verleumdung eine Gesellschaft von so geringer Ausdehnung trifft, dass sie nothwendig die Ehre jedes Einzelnen oder doch die der Mehrheit verletzt. Aus dem entgegengesetzten Grund können grössere Gesellschaften wie Provinzen und Nationen nicht verleumdet werden.

Aber *Klassen* und *Stände* sind keine Gesellschaften und Korporationen. Sie haben unter sich nichts gemein als gleichen Namen, gleiche Beschäftigung und Verhältnisse. Den Künstlern ist die Kunst, den Kaufleuten der Handel, den Juristen die Jurisprudenz, den Verwaltungs-Beamten die öffentliche Verwaltung nicht Gesellschafts-Zweck; Kunst, Handel, Jurisprudenz und Verwaltung sind bloß ihre Wirkungskreise. Die Staatsdiener sind also keine Korporation, sie haben keinen besondern Gesellschafts-Zweck, ihre Handlungen sind keine Gesellschafts-Handlungen, sie können also so wenig in Masse injurirt werden, als die Künstler, die Kaufleute oder die Steuer-Kontribuenten.

Hätte der Gerichtshof die allegirten Autoritäten näher geprüft, so würde er durch dieselben von seinem Irrthum befreit, statt darin bestärkt worden seyn.

Feuerbach spricht in §. 281. seines Lehrbuchs unter Beziehung auf das römische Recht nur von Kollegien und *Gemeinheiten*, nicht von Ständen und Klassen. Eben so *Grolmann* in seinen Grundsätzen des peinlichen Rechts.

Wenn andere Schriftsteller diesen Irrthum in ihre Schriften aufgenommen haben, so begründet dies kein Recht, ihn auf mich anzuwenden, so wenig als eine falsche Gerichts-Praxis der Gerichtshöfe vor der Konstitution, nach Herstellung der Konstitution einen rechtlichen Grund abgeben kann, eine konstitutionswidrige Rechts-Lehre geltend zu machen. Dass aber das freie Urtheil über den Geist ganzer Klassen und Stände unter die wesentlichsten Bedingungen einer fortschreitenden Staats- und Volks-Bildung gehört, dass es den wesentlichsten Bestandtheil der politischen Meinungs-Freiheit ausmacht, und durch das württembergische Pressgesetz ausdrücklich erlaubt worden sey, wird kein Staatsrechtskundiger in Zweifel ziehen.

Die Gerichtshöfe hätten leicht durch Anwendung auf die Justiz diesen Grundsatz ad absurdum führen können. Wenn die Staatsdiener eine Korporation sind, so bilden die Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz in Kriminal-Sachen Theile einer und derselben Korporation.

Ist nun aber ein Justizmord in erster Instanz begangen worden, wie kann der Verletzte von der zweiten Instanz

hoffen, dass er, als ein Nicht-Inkorporirter, gegen die Genossen der Korporation Recht finden werde?

Man sieht, dieser Grundsatz widerstreitet gleich stark dem gemeinen wie dem konstitutionellen Recht.

ART. IV.

(Entscheidungs-Gründe, S. 11, 12, 14 et seq.)

Unter jenes falsche Prinzip (Art. III.) hat der Gerichtshof *entstellte Thatsachen* subsumirt.

Wenn nun, fährt er in seiner Art zu raisoniren weiter fort, ganze Stände injurirt werden können, so hat List die gesamte Staatsdienerschaft des Königreichs verleumdet; denn er hat ihr insgesamt, ohne Ausnahme, moralische Mängel und Gebrechen vorgeworfen, wie Eigennutz, Partheilichkeit, Betrug, Bestechung, Rechtsbeugung; ja er hat der Regierung sogar vorgeworfen, sie begünstige die Mängel und Gebrechen ihrer Diener.

Dies ist der wichtigste Punkt, mit dem allein schon, abgesehen von allen falschen Grundsätzen und konstitutionellen Verirrungen der Gerichte, die ganze Anklage der Verleumdung zusammenstürzt; denn die Worte der Petition sind aus dem Zusammenhang gerissen, entstellt und verändert, so dass sie, wenn man sie in der Petition an der gehörigen Stelle liest, einen ganz andern Sinn geben, als den der Gerichtshof ihnen unterlegt.

Obigen Sinn findet der Gerichtshof in den Worten: „*unredliche Magistrate*“ — „*gewaltthätige Beamte*“ — „*Mangel an Unpartheilichkeit der Obern*“ — „*Unterschleife begünstigend.*“ —

Nun nehme man den Entwurf selbst zur Hand und sehe nach, in welcher Verbindung dort die Worte stehen.

Der Beamten-Welt gegenüber ist eine Schilderung des Zustandes der Bürgerwelt gestellt und in dem letzten Theil ist gesagt: „*Auf der andern Seite (nemlich auf der Seite der Bürger höreman) Klagen über Geldmangel und Abgaben etc. bittere Beschwerden über unredliche Magistrate, gewaltthätige Beamte, Mangel an Unpartheilichkeit der Oberen.*“

Hieraus ist ersichtlich, dass ich bloß von Beschwerden

überhaupt gesprochen habe, die man von den Bürgern führen höre; und dass ich durchaus nicht gesagt habe gegen *wie viele*, am wenigsten, dass sie gegen alle geführt werden. Sind denn nicht unter tausend Beamten zehen gewissenlose hinreichend, um eine Masse von Beschwerden zu veranlassen, worüber das Volk klagt? Ich habe überdies nicht einmal gesagt, dass diese Beschwerden wahr seyen, sondern nur, dass sie existiren. Endlich habe ich nicht ausgedrückt, ob sie den Personen, oder den Institutionen, denjenigen, die sie führen, den Bürgern, oder denjenigen, gegen die sie geführt werden, den Beamten, zur Last zu legen seyen.

Sie können aber eben sowohl auf Rechnung der Institutionen und der Bürger, als auf Rechnung der Beamten kommen. Die Richter z. B., wenn sie hinter verschlossenen Thüren sprechen, können möglicherweise eben so unpartheiisch und gerecht urtheilen, als in offener Session. Wenn aber das Volk demungeachtet glaubt, da oder dort werde das Recht gebeugt, weil durch das heimliche Verfahren schon Verdacht erzeugt und genährt wird, existiren diese Beschwerden darum weniger im Volk, weil die einzelnen Richter sich ihrer Rechtlichkeit bewusst sind? Kommen sie auf Rechnung der Richter oder der Institutionen und Gesetze, die die Heimlichkeit gebietet? Sollen diese Beschwerden nicht ausgesprochen werden? Können sich die Richter rechtlich beleidigt fühlen, wenn sie jemand ausspricht? Oder werden vernünftige und rechtlich gesinnte Richter nicht vielmehr froh seyn, wenn sie, in der Absicht eine Abänderung der Institutionen zu bewirken, öffentlich ausgesprochen werden? Kann man einem solchen, der sie öffentlich ausspricht, die Absicht zuschreiben, er habe keine Verbesserung bewirken, sondern die Richter, den gesammten Stand der Richter, injuriren wollen?

Die zweite Entstellung ist noch auffallender: In der Schilderung der verschiedenen Regierungszweige heisst es von der „*Staatsfinanz-Wirthschaft*“ sie sey „*Unterschleife begünstigend.*“

Nicht die Personen, die Wirthschaft begünstige Unterschleife, worunter ich die Natural-Wirthschaft verstand. Bedürfte diese Behauptung noch eines Beweises, so würde ich auf die vielen, in jedem Jahr vorkommenden Kriminal-Unter-

suchungen und auf einen eklatanten Keller - Betrug in der Hauptstadt selbst hinweisen.

Die Entscheidungsgründe hingegen behaupten, ich habe gesagt: „Die Regierung begünstige die Mängel und Gebrechen ihrer Diener.“

Nachdem so diejenigen Ausdrücke des Petitions-Entwurfs, worauf die Gerichtshöfe das ganze Gewicht des Beweises einer Verleumdung legen, gerechtfertigt worden sind, wird es überflüssig seyn, Urtheile über die allgemeinen politischen Verhältnisse der Staatsdienerschaft oder über herrschende Vorurtheile und Mängel an praktischen Kenntnissen in der Verwaltung, wie z. B. im Handel, Gewerbe und Ackerbau, zu rechtfertigen, da diese Urtheile, selbst wenn sie über Einzelne gefällt worden wären, nicht als injuriös betrachtet werden könnten, und aus diesem Grund auch wirklich von den Gerichten nicht inkriminirt worden sind.

Der Gerichtshof stützt den Beweis der hohen Strafbarkeit meiner politischen Urtheile darauf, dass, wenn die in der Petition enthaltenen Vorwürfe wirklich wahr wären, sie einen hohen Grad der Strafbarkeit der gesamten Staatsdienerschaft des Königreichs begründen würden. Ich kann diese falsche Behauptung nicht anschaulicher widerlegen, als wenn ich den Fall annehme, der Gerichtshof habe meine in dem Entwurf ausgesprochenen politischen Meinungen wirklich als wahr angenommen, sofort die Staatsdienerschaft zur Verantwortung gezogen, und ich sey nun von den Angeklagten aufgestellt, vor Gericht ihre Sache zu führen.

Ich stelle mir den Gerichtshof in öffentlicher Session vor und spreche zu ihrer Vertheidigung wie folgt:

„Hochachtbare Mitglieder dieses hochpreislichen Gerichtshofs! Sie haben die vorliegende Schilderung als wahr angenommen, und wollen nun in Folge der dem Staatsdienst zur Last gelegten Gebrechen die gesamte Staatsdienerschaft zur Strafe ziehen. Ich will keineswegs die Wahrheit der Schilderung leugnen; denn es wäre mir eben so unmöglich, den juridischen Beweis der Unwahrheit zu führen, als Ihnen, meine Herren, möglich seyn konnte, die Wahrheit als rechtlich erwiesen anzunehmen. Politische Urtheile, meine Herren, sind keines rechtlichen Beweises fähig.“

„Aber alles zugegeben, hochgelehrte Herren, will ich Ihnen beweisen, dass Sie sehr unrecht thun, die hier versammelten sämmtlichen Staatsdiener des Königreichs zur Strafe zu ziehen.“

„Sie werden mir zugeben, dass eine Bestrafung meiner Klienten eine Pflichtverletzung voraussetzt: wo ist nun diese Pflichtverletzung?“

„Nicht Wir sind es, die jene Grundgebrechen der Gesetzgebung und Verwaltung geschaffen haben, welche das Mark des Landes verzehren und die bürgerliche Freiheit vernichten. Wollen Sie wissen, wen Sie darum in Anspruch nehmen müssen? Das Schicksal dieses Landes, das Schicksal des deutschen Reichs. Dass wir, von dem Volke ausgeschieden, über das ganze Land ausgegossen, uns in den Ministerien konzentriren, ist eben so wenig unsere Schuld. Eine unmittelbare Folge dieser Ausgeschiedenheit ist unsere Unbekanntschaft mit den eigentlichen Bedürfnissen dieses Volks und den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens. Das Formenwesen, das man uns hier vorwirft, wurde uns bisher zur Pflicht gemacht. Wollen Sie aber die Vorurtheile bestrafen, meine Herren, die Erziehung, Lehre, Stellung, Privatinteresse in uns erzeugt und genährt haben? Ach! meine Herren, welcher Sterbliche kann von sich sagen, er sey von Vorurtheilen, von Eigennutz frei? Sie müssten, wollten Sie konsequent seyn, das ganze menschliche Geschlecht vor Ihr Tribunal zitiren. Es ist wahr, wenn in dieser Darstellung gesagt ist, wir seyen unsrer gar zu viele. Aber keiner von uns hat sich diesfalls eine Schuld beizumessen; auch ist Wohlleben und Luxus noch nirgends bestraft worden.“

„Wenn die Früchte unwerth sind, das Gewerbe stockt, die Güter im Preise fallen, wenn das Volk über Geldmangel, Steuerpresser und Gantungen klagt, so beweist dies ein Uebelbefinden desselben. Sind aber wir daran schuld? Kann man uns Einzelnen etwas zur Last legen, wenn von diesem nemlichen Volk Beschwerden über unredliche Magistrate, gewaltthätige und partheiische Beamte gehört werden? Nein, meine Herren, der Grund davon liegt in den Institutionen, die wir nicht gemacht haben.“

„Die Verwaltungs-Beamten unter uns, klagt man, besitzen nicht die zur Verwaltung erforderlichen Kenntnisse des Handels, Gewerbs und Ackerbau's; sie halten sich an unpassende Bureau-Gesetze, und hemmen die National-Industrie mehr als sie sie befördern. Dies alles ist Folge des bisherigen Systems. Aendern Sie dieses System, meine Herren, geben Sie den Gesetz- und Geschäftskundigen Männer aus der Nation bei, die Ihnen ihre praktischen Kenntnisse, ihre Erfahrungen mittheilen und das Gebrechen wird gehoben seyn.

„Eben so wenig trifft den Einzelnen unter den Justiz-Beamten der Vorwurf einer kostspieligen, endlosen, unbehülflichen, aller Oeffentlichkeit und einer gesunden Gesetzgebung ermangelnden Rechtspflege. Geben Sie die entsprechenden Institutionen und Gesetze, so wird Ihre Wirksamkeit eben so sehr gelobt werden, als sie bis jetzt getadelt worden ist.

„Untersuchen Sie endlich die Vorwürfe, die der Finanzwirthschaft gemacht worden sind, so werden Sie finden, dass sie die Verhältnisse, die Systeme, die Einrichtungen treffen, nicht die einzelnen Beamten.

Bedürfte es eines Beweises so klarer Behauptungen, so würde ich Sie selbst zu Zeugen aufrufen, Sie, die Sie uns zur Strafe ziehen wollen; Sie selbst sind Beamte und befinden sich unter den Angeschuldigten.

„Ist es Ihnen zur Last zu legen, dass eine scholastische Jurisprudenz allmählig die Licht- und Luftlöcher, wodurch der Tempel der Themis mit dem Volksleben in Verbindung stand, vermauerte, und so die hehre Göttinn zum Skelet machte, das weder Licht, noch Luft vertragen kann? Nein, meine Herren! so ungerecht werden Sie gegen sich selbst nicht seyn.“

„Sie werden also als gerechte Richter erkennen: dass alle diese Urtheile wahr seyn können, ohne dass dem Einzelnen unter uns die mindeste *rechtliche* Schuld beigemessen, also die mindeste rechtliche Strafe zuerkannt werden kann, und dass es der gegen uns gerichteten Anklage durchaus an allem rechtlichen Beweis des Thatbestands fehlt.“

Wenn die Gerichtshöfe zugeben, dass sie, nach einem solchen Plaidoyer, sämtliche Staatsdiener rechtlich von

der Klage entbinden müssten, so werden sie auch den Urgrund ihres ganzen Verfahrens gegen mich eingestehen müssen.

Nach gemeinem Recht müssen zweifelhafte Stellen zu Gunsten des Angeklagten ausgelegt werden. Hier ist aber nicht einmal etwas zweifelhaftes. Die nachtheilige Entstellung der Petition, und der Umstand, dass man *durchaus* in den Entscheidungsgründen vermieden hat, meine eigenen Worte zu citiren, und die Petition Stelle für Stelle in meiner Ideenfolge zu prüfen, liegt offen da. Das wenigste, was rechtlich hieraus folgen kann, ist Nullität des Urtheils. Auch wird der Schluss erlaubt seyn, dass man in den Worten der Petition, *wie sie da stehen*, kein Vergehen finden konnte, weil man sich genöthigt sah, sie *anders* zu stellen, als sie stehen, um ein Verbrechen darin zu finden.

ART. V.

(Entscheidungs-Gründe, S. 19 et seq.)

Mann kann mit Recht von den Gerichtshöfen sagen, sie haben in dieser Sache das Unmögliche gethan.

Nachdem sie mit grosser Kunst meine politische Meinung über den Staatsdienst in eine Verleumdung sämtlicher Staatsdiener umgeschaffen, diese gegen alles Recht und allen gesunden Menschenverstand zu einer Korporation vereinigt, und nun sogar die Ausdrücke meiner Petition zu meinem Nachtheil entstellt hatten, stand ihnen noch das grosse Hinderniss im Wege, dass in der Petition ausdrücklich gesagt ist:

„Weit entfernt der gegenwärtigen Regierung die Irrthümer vergangener Jahrhunderte zur Last zu legen, erkennen sie (die Bittsteller) vielmehr in dem Zweck derselben (der Konstitution), ohne welche sie jetzt ihre Stimme nicht einmal erheben könnten, das einzig wahre Mittel zur Abhülfe ihrer Beschwerden.“

Offenbar fällt hiemit aller Vorwurf gegen die jetzige Regierung Württembergs, und somit aller Scheingrund einer

Beleidigung weg. Da sich aber die Gerichte einmal in den Kopf gesetzt haben, trotz aller Hindernisse eine Verleumdung der Staatsdiener in dem Petitions-Entwurf zu finden, so stellen sie sich vor, ich habe damit bloß meine Injurien beschönigen wollen, es sey dies nichts als ein Kniff von mir, oder in juristischer Sprache, eine *protestatio facto contraria*.

Ich rufe den Himmel und alle Geschöpfe dieser Erde, die einige gesunde Urtheilskraft und einige Kenntniss von dem Lebenslauf unserer europäischen Staaten und insbesondere der deutschen besitzen, zu Zeugen auf, ob nicht die Einführung des römischen Reichs, wodurch der Staatsdienst so unendlich vervielfältigt, die Freiheit der Nation bis in ihr innerstes Leben vernichtet, und ein Priesterthum der Justiz gegründet worden ist, ob nicht die Einführung dieses Rechts, das die meisten Uebel, worüber ich klagte, im Gefolge hatte, schon vor mehreren hundert Jahren geschehen sey? ob man der jetzigen Regierung die Verirrungen der Formen- und Papier-Wirthschaft, die Reste des Feudal-Wesens, und überhaupt die herrschenden Vorurtheile und die allgemeinen Staats-Verhältnisse, wie sie sich im Lauf der letzten drei Jahrhunderten gemacht haben, zur Last legen könne?

Ich frage demnach, ob meine Behauptung als eine *protestatio facto contraria* zu betrachten sey?

Ob *ich* die gegenwärtige Regierung injurire? oder ob sie von meinen Richtern injurirt werde, welche Gebrechen auf ihre Rechnung setzen, die ihr von frühern Generationen überliefert worden sind?

ART. VI.

(Entscheidungs-Gründe, S. II.)

Mit allen diesen Irrthümern war noch immer kein Beweis einer Verleumdung der vorgeblichen Korporation der Staatsdiener Würtembergs hergestellt. Der Thatbestand dieses Vergehens erfordert, dass von anklägerischer Seite die *Absicht zu beleidigen oder widerrechtlich zu schaden* erwiesen, und zugleich die *Einrede der Wahrheit* vernichtet werde.

Offenbar liegt meiner Schilderung der Staatsgebrechen keine andere Absicht zu Grund als Bewirkung einer Reform. Diese legale Absicht beweist an und für sich schon nicht nur die Legalität, sondern sogar die Nothwendigkeit der Schilderung. Eine Absicht zu beleidigen könnte also bloß aus der Form bewiesen werden, wenn z. B. Schimpfreden, Spottreden etc. gebraucht worden wären, was aber nicht der Fall ist.

In dieser Noth helfen sich die Gerichte mit der allgemeinen Behauptung, meine Schilderung sey objektiv injuriös, ohne sich in weitere Erörterungen einzulassen. Diese Behauptung geht aber offenbar contra jus in thesi. Nicht ein einziger Schriftsteller hat die widersinnige Behauptung gewagt, dass allgemeine Urtheile nur möglicherweise objektiv injuriös seyn können.

Mit dem Beweis der Gerichtshöfe gegen die Einrede der Wahrheit sieht es noch schlimmer aus. Ich führte den Beweis der Wahrheit politisch, wie es in politischen Urtheilen nicht anders möglich ist. Diesen Beweis verwerfen die Gerichtshöfe, und führen den Gegenbeweis, aber, wie wundersam, auch nur *politisch*; sie berufen sich auf die *öffentliche Meinung*, dass meine *politische Meinung* gehässig, übertrieben, injuriös sey.

Es ist unerhört, dass Gerichtshöfe mit der *öffentlichen Meinung rechtlichen Beweis* führen, und zwar nicht um jemand frei zu sprechen, sondern um ihn zu verurtheilen, während sie das nemliche Beweismittel, wo es der Angeklagte benützen will, um seine Unschuld darzuthun, verwerfen.

ART. VII.

(Entscheidungs-Gründe, S. 43 et seq.)

Nachdem die Gerichtshöfe solcher Gestalt die Verleumdung der Korporation der Württembergischen Staatsdienerschaft als bewiesen angenommen haben, finden sie, um die Strafbarkeit zu erhöhen, noch ein besonderes Vergehen und

noch ein besonderes Verbrechen in dem nemlichen Petitions-Entwurf. Hier erst von jenem.

Da ich nicht bloß die Staatsdienerschaft verleumdet, sondern auch diese Verleumdung durch den Druck bekannt gemacht, so habe ich, behaupten die Gerichte, mich gegen das Pressgesetz §. 8. vergangen, welcher diese *Korporation der Staatsdiener* unter den besondern Schutz der Gesetze gestellt habe.

Der angeführte §. 8. lautet so: „Die Ehre und der gute Name von Privaten darf weder mittelbar noch unmittelbar in Druckschriften angetastet werden. Unter dem besondern Schutz der Regierung stehen diesfalls die Staatsdiener, so wie die Versammlung der Landstände: Schon jede wahrheitswidrige Erzählung von Thatsachen, welche die Amtsführung von beiden betreffen, ist ein ahndungswürdiges Vergehen.“

Man sieht auf den ersten Blick, dass hier nicht von politischer Meinung, von allgemeinen Urtheilen über das Verhältniss des Staatsdiensts zum Gemeinwesen, sondern von der Verleumdung einzelner Behörden und amtlicher Personen, von der Entstellung ihrer einzelnen Amtshandlungen die Rede ist. Unmittelbar vorher in §. 6. hatte dieses Gesetz Urtheile über Verfassung und Verwaltung und Beschwerden jeder Art also die politische Meinung freigegeben. Wie ist nun anzunehmen, dasselbe Gesetz habe in §. 8. wieder nehmen wollen, was es in §. 6. gegeben hatte? Mit dieser offenbar falschen Ansicht steht auch die ganze Fassung dieses §. im Widerspruch. Derselbe enthält bloß die in Art. I. ausgeführten Fälle, wo ein Urtheil die Grenzen der politischen Meinung überschreitet, indem es die Verbreitung ehrenrühriger Thatsachen, und Urtheile aus dem Privatleben einzelner Bürger verbietet, und hiebei die Mitglieder der Stände und der Regierung, in so fern sie als solche, als Einzelne, durch wahrheitswidrige und ehrenrührige Thatsachen oder Urtheile angegriffen würden, unter den besondern Schutz der Gesetze stellt.

Eine solche Anwendung dieses Gesetzes widerspricht also nicht nur den Geist der konstitutionellen Monarchie, sondern auch insbesondere der Stellung und Fassung der §§. 6.

7. und 8., worin der erstere die Regeln, die zwei letztern die Ausnahmen enthalten.

Ich kann den Beweis des Gerichtshofes aber auch ausserdem in sich selbst zusammenstürzen. Wenn sie mit dem §. 8 Beweis führen, dass allgemeine Urtheile über die Staatsdiener des Königreichs verboten seyen, so müssen sie aus demselben Grund zugeben, dass auch allgemeine Urtheile über die Privat-Leute des Königreichs unerlaubt seyen, weil in dem Gesetz von diesen in gleicher Art die Rede ist, wie von jenen. Sind aber allgemeine Urtheile über den Geist einer Nation und in ihr herrschenden Missbräuche, Laster und Fehler ein Vergehen, so bricht unter dem Beweis der Gerichtshöfe nicht nur die *Presse* und die *Tribüne* in der konstitutionellen Monarchie, sondern auch die *Kanzel* in der absoluten Herrschaft zusammen.

ART. VIII.

(Entscheidungs-Gründe, S. 87.)

Die Gerichtshöfe gehen noch weiter in ihrer irrigen Beurtheilung des Pressgesetzes. Sie wenden es nicht bloß auf die politische Meinung an, wo es nur von den Verleumdungen Einzelner spricht; sie behaupten ausserdem noch, das Pressgesetz habe in dem §. 6 bloß den Aufruf zu Widersetzlichkeit und Empörung als das höchste Verbrechen bezeichnet, welches durch Mittheilung der politischen Meinung begangen werden könne; zwischen diesem Verbrechen und dem erlaubten Tadel liege aber noch eine grosse Stufenreihe von Vergehen und Verbrechen mitten inne, die das Pressgesetz nicht für erlaubt habe erkennen wollen.

Es ist hier nicht die Rede von Vergehen und Verbrechen, welche bloß durch Mittheilung vermittelt der Presse vergrößert werden, wie z. B. Beleidigung der unantastbaren Person des Regenten, von Injurien, Verleumdungen, sondern von ganz neuen Arten von Verbrechen, deren Daseyn den Gerichtshöfen zu bestimmen in vorkommenden Fällen zustünde.

Zum Beweis dient, dass der Gerichtshof, ohne irgend eine gesetzliche Bestimmung (wie sie nach Artikel XII weiter ausgeführt werden wird) das Vergehen einer *verfassungswidrigen Aufreizung des Volks durch Petitionen und willkührliche Versammlungen* neu erschaffen hat.

Diese Rechtslehre giebt den Gerichtshöfen eine schauderhafte Willkühr in die Hände, und widerstreitet den von allen Staatsgelehrten anerkannten konstitutionellen Rechtsregeln:

1. Was nicht verboten ist, ist erlaubt, und
2. Ohne Gesetz keine Strafe.

ART. IX.

(Entscheidungs-Gründe, Seite 54 et sqq.)

Ich komme nun auf das *Staats-Verbrechen*, welches außer den vorerwähnten Vergehen in meinem Petitionsentwurf enthalten seyn soll.

Ein Landesgesetz vom 5. März 1810 enthält folgende Bestimmung:

„Wer in der Absicht Missvergnügen zu verbreiten, und die Unterthanen zu grundlosen Beschwerden zu veranlassen, die *amtlichen Handlungen* obrigkeitlicher Stellen und Personen auf eine gehässige Weise tadelt oder verspottet, ist mit Gefängniss-, Zuchthaus- oder Festungs-Strafe bis auf die Dauer von einem Jahr zu belegen. Im Wiederholungsfalle oder bei beschwerenden Umständen ist diese Strafe zu verdoppeln.“

Auf dieses Gesetz gründet sich hauptsächlich die schauderhafte Strafe, welche die Gerichte gegen mich erkannt haben.

Vor allem ist hier bemerklich zu machen, dass die Gerichte den Thatbestand dieses Verbrechens nicht bewiesen haben und nicht beweisen konnten.

Der Thatbestand erfordert 1.) eine *amtliche Handlung*, 2.) eine bestimmte oder bezeichnete obrigkeitliche Person oder Behörde, welcher diese amtliche Handlung zugeschrieben wird, 3.) gehässigen Tadel oder Spott, 4.) die Absicht Missvergnügen zu verbreiten oder zu grundlosen Beschwerden zu veranlassen.

Dieser Thatbestand fände sich ungefähr in folgendem Fall: Ein Bürger streut gegen einen erst kurz auf seine Stelle beförderten Oberamtsrichter aus, derselbe habe auf seiner vorigen Stelle die Partheien gezwungen, sich freiwillig zu vergleichen; er habe einige Partheien deswegen bei Wasser und Brod eingesperrt; man müsse trachten seiner wieder los zu werden und das Justizministerium um seine Versetzung bitten. Hier findet sich *ad* 1.) eine amtliche Handlung, der Zwang zum Vergleich, 2.) eine bestimmte obrigkeitliche Person, der Oberamtsrichter, 3.) gehässiger Tadel, im Fall die Thatsache falsch wäre, und Spott, weil es etwas Lächerliches hat, die Partheien durch Gefängniss zum Vergleich zu zwingen, 4.) die Absicht Misvergnügen zu verbreiten, weil den Amtsuntergebenen bange gemacht würde, in vorkommenden Fällen ebenfalls eingesperrt zu werden; und die Absicht zu grundlosen Beschwerden zu veranlassen, weil die Amtsuntergebenen zu Beschwerden über eine Thatsache veranlasst würden, deren Wahrheit oder Unwahrheit sie nicht beurtheilen können.

In meinem Petitions-Entwurf findet sich aber auch nicht ein einziges Merkmal dieses Thatbestandes: 1.) keine amtliche Handlung, sondern bloß allgemeine politische Urtheile, 2.) keine obrigkeitliche Person oder Behörde, sondern Institutionen, Verhältnisse, der öffentliche Zustand überhaupt, 3.) kein gehässiger Tadel; denn da in politischen Urtheilen nicht *rechtlich* auszumitteln ist, ob sie wahr oder falsch seyen wie bei Thatsachen, so kann man auch *keine rechtliche Gewissheit* haben, ob sie gehässig oder liebevoll seyen; kein Spott, sondern hoher Ernst; 4.) keine Absicht *Misvergnügen zu verbreiten*, sondern bloß *vorhandenes Misvergnügen auszusprechen*, und durch Hebung der Beschwerden allgemeinen Vergnügen zu verbreiten; nicht die Absicht *zu grundlosen Beschwerden zu veranlassen*, weil politische Beschwerden allgemein bekannt sind, und von jedem beurtheilt werden können.

Man sieht hieraus, dass das Gesetz nicht auf politische Meinungen, sondern bloß auf die Aussage und Entstellung von Amtshandlungen einzelner Beamten oder Behörden gerichtet ist, und somit dem *konstitutionellen* und dem gemeinen Recht entspricht.

Wäre es aber wirklich politische Meinungen über das allgemeine Verhältniss des Staatsdiensts zum Gemeinwesen gerichtet, wie der Gerichtshof es falsch interpretirt, so müsste es, nach dem Geist der konstitutionellen Monarchie und den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung §. 24, und das der Verfassung angehängte Pressgesetz §. 6 die politische Meinung freigiebt, in §. 91 aber ausdrücklich bestimmt:

„Alle Gesetze und Verordnungen, welche mit den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung im Widerspruch stehen, sollen aufgehoben seyn.“

ART. X.

(Entscheidungs-Gründe, S. 35 bis 43.)

Die Gerichtshöfe, um meine Strafbarkeit zu erhöhen, scheuen sich nicht, meine politische Meinung bis in die Deputirten-Kammer zu verfolgen. Am 7. Febr. hielt ich in der Stände-Versammlung einen Vortrag, worin ich um ein unpartheiisches Gericht bat und die allgemeinen Gründe anführte, weswegen ich von Beamten-Gerichten, die unter dem Justiz-Ministerium stehen, kein unpartheiisches Urtheil erwarten könne. Mein Vortrag beschränkte sich auf die allgemeinen Gründe, die gegen Beamten-Gerichte überhaupt in politischen Prozessen angeführt werden können.

Der Gerichtshof in Esslingen erlaubte sich, in Folge eines Ministerial-Erlasses, mich wegen dieses Vortrags in Kriminal-Untersuchung zu ziehen und zu bestrafen.

Vergebens berief ich mich auf den §. 185, wodurch die Unantastbarkeit der Deputirten gesichert ist; der Gerichtshof wies mir dagegen den Nachsatz jenes §, vermöge dessen er seine Gerichtsbarkeit über die Deputirten für begründet erklärte. Dieser §. 185 sagt:

„Niemand kann wegen seiner, in der Stände-Versammlung gehaltenen Vorträge und gegebenen Abstimmungen zur Verantwortung gezogen werden. Jedoch sind Beleidigungen oder Verleumdungen der Regierung der Stände-Versammlung oder einzelner Personen der Be-

strafung nach den bestehenden Gesetzen, in dem ordentlichen Wege des Rechts unterworfen."

Unverantwortlichkeit der Deputirten ist Grundbedingung, dass der Wille des Volks sich in der Deputirten-Kammer ausspreche, also wesentliches Erforderniss der konstitutionellen Monarchie!

Eine unbedingte Gerichtsbarkeit sämtlicher Justizstellen über die Deputirten, in Ansehung ihrer in der Kammer gehaltenen Reden, würde geradezu die Unabhängigkeit der Kammer, also das Wesen der Konstitution vernichten.

Ist nun anzunehmen, Regierung und Stände haben durch den Nachsatz des §. 185 die ganze Verfassung vernichten wollen, nachdem sie im Vordersatz der Unverantwortlichkeit der Deputirten klar ausgesprochen hatten?

Nein! Nach allen Regeln der Auslegungskunst, nach der Natur der Sache und dem gesunden Menschenverstand ist dieser Nachsatz nicht auf eine Weise anzuwenden, wodurch die gesetzgebende Gewalt von der richterlichen und sogar von einzelnen Richtern abhängig gemacht wird. Derselbe muss im Gegentheil dem Geist der konstitutionellen Monarchie gemäss, und in Uebereinstimmung mit dem Kapitel X der Konstitution, welches eben so wohl auf Seite des Volks und der Stände als auf Seite der Regierung gerichtlichen Schutz der Verfassung beabsichtigt, dergestalt in Vollzug gesetzt werden, dass dem Repräsentativ-Körper seine Unabhängigkeit erhalten wird. Dies ist nur möglich, wenn der Staatsgerichtshof erst in der Eigenschaft eines Anklag-Jury darüber erkennt, ob eine gerichtliche Verfolgung gegen einen Deputirten von Seiten der ordentlichen Gerichte Statt haben könne; eine Garantie, welche durch den Sinn des §. 185 keineswegs ausgeschlossen, vielmehr durch den klaren Vordersatz des unklaren Nachsatzes, gleich wie durch die Natur der Sache gefordert wird.

ART. XI.

(Protokoll vom 25. Jul.)

Als der Untersuchungs-Richter am 26. Juli mich, wegen meiner in der Stände-Versammlung gehaltenen Reden, zur Verantwortung ziehen wollte, verweigerte ich ihm die Antwort. Ich glaubte mich als Deputirter verpflichtet, die Unabhängigkeit der Deputirten-Kammer gegen die Anmassungen der Gerichte zu vertheidigen. Mit freiem Willen wollte ich nicht eine Gerichtsbarkeit begründen helfen, wodurch die Freiheit des Rednerstuhls vernichtet, also die Grundsäule der National-Freiheit umgestürzt würde. Dass ich Gründe hatte, an dieser unbeschränkten Gerichtsbarkeit zu zweifeln, habe ich in dem vorigen § gezeigt. Meine Weigerung war um so gesetzlicher, als meine Vernehmlassung blos zum Behuf meiner Verantwortung oder Vertheidigung erfordert wurde.

Aber welch unerhörtes Verfahren! der Gerichtshof in Esslingen beschloss, mich durch Zwangsgrade zur Verantwortung zu nöthigen!

Dies ist das erste Beispiel, dass in der civilisirten Welt ein Inquisit durch Zwangsgrade zur Vertheidigung gezwungen worden ist. Und dieser Inquisit ist ein konstitutioneller Bürger! Und dieser Inquisit ist ein Deputirter! Und sein Verbrechen eine in der Stände-Versammlung gehaltene Rede über die Gebrechen der Justitz-Verfassung!

Noch ist aber das Maas nicht voll. Der Gerichtshof zieht auch meine Weigerung unter dem Titel: *Unbotmässigkeit gegen den Untersuchungsrichter zur Strafe!* Sie ist unter der zehn monatlichen Festungs-Arbeit begriffen.

ART. XII.

(Entscheidungs-Gründe, S. 88 et seq.)

Die Gerichte wollen eine besondere Strafbarkeit aus der Wahrscheinlichkeit herleiten, dass der Plan bestanden habe, eine Reform der Verwaltung durch eine Masse herbeistürmender Petitionen zu bewirken.

Ich will ihre Voraussetzungen zugeben, zugeben ich habe meine Kommittenten aufgefordert, eine Petition einzureichen, zugeben ich habe meinen Petitions-Entwurf in dem Königreich herumgeschickt, und sogar Einzelne aufgefordert, ihn zu prüfen und was sie Gutes an ihm fänden, als ihr eigenes Bittwerk einzureichen: Wo ist denn nun das Strafbare, wenn der Petitions-Entwurf, wie ich bewiesen habe, keine verbrecherischen Aeusserungen enthielt? Kein Kenner des konstitutionellen Systems wird mir leugnen, dass das Petitionsrecht auch die Befugniss enthalte, andere zu Einreichung einer Petition aufzufordern: dass der Zweck einer Reform kein strafbarer Zweck, und der Sturm mit Petitionen kein gewaltsamer Sturm ist.

Der Gerichtshof zieht sogar das Petitions-Recht in Zweifel, jenes geringste, aber nothwendigste aller Rechte, von dem ein Witzwort sagt; Bitten und Wassertrinken dürfe man allerwärts.

Er stellt den Plan zu einer Reform vermittelt dieses Bittrechts so gefährlich dar, als hätten ihm statt Petitionen Petarden vorgeschwebt; er entblödet sich nicht ein solch gesetzmässiges Beginnen *revolutionär* zu heissen, wodurch er sich in der That einer schweren Injurie gegen mich und das konstitutionelle System schuldig macht.

ART. XIII.

(Entscheidungs-Gründe, S. 65.)

Während die Gerichtshöfe es theoretisch dahin gestellt seyn lassen, ob die württembergischen Bürger das Recht haben, gegen die Kammer der Abgeordneten ihre Wünsche und Beschwerden auszusprechen, vernichten sie das Petitions-Recht faktisch, indem sie meine Kommittenten wegen der zwischen uns Statt gehabten Kommunikationen theils wie Mitschuldige, theils als Zeugen inquiren. Gegen alles konstitutionelle Recht treten sie somit zwischen die Deputirten und ihre Kommittenten. Sie vernichten die Freiheit der politischen Meinung und die Fähigkeit der Kammer, den Nationalwillen auszusprechen, indem sie durch ihre

gerichtlichen Operationen die Bürger für alle Zukunft abschrecken, sich frei gegen die National-Repräsentation zu äussern.

Das Petitions-Recht versteht sich in der konstitutionellen Monarchie von selbst, es ist aber auch in dem §. 124 der W. Verfassung enthalten. Wenn die Stände die Rechte des Landes über Mängel und Missbräuche in der Staats-Verwaltung bei der Regierung Beschwerde zu führen, zu vertreten berufen sind, muss doch wohl das Land, das heist der Bürger, das Recht haben, seinen Wortführern diese Beschwerden anzugeben.

Das Petitions-Recht besteht unbeschränkt in Württemberg, weil keine dasselbe beschränkenden Gesetze vorhanden sind. Jeder kann so viel, und wann er will, zu Petitionen auffordern. Die Deputirten, so oft sie selbst wollen oder aufgefordert werden, können sich mit ihren Kommittenten besprechen. Die Petitionen können von einem oder von tausend Bürgern eingereicht seyn.

Auf keinen Fall haben die ordentlichen Gerichte das Recht, sich in diese Verhältnisse einzumischen, und wenn sie es thun, greiffen sie die Verfassung an.

Bei dieser Gelegenheit wird mir eines jener *ungenannten Verbrechen* zur Last gelegt, wovon der Gerichtshof in Esslingen nach Art. VIII. noch eine ganze *Stufenreihe* in *petto* hat.

Der Gerichtshof glaubt, wenn ein Einzelner, er sey Abgeordneter oder nicht, Bürger oder Korporationen zu Eingaben und Petitionen zu verleiten suche, welche eine Reform der Staats-Einrichtungen bezwecke, sey dies eine *verfassungswidrige Aufreizung des Volks*.

Gesetze weiss der Gerichtshof keine dafür anzuführen, den §. 125 ausgenommen, in welchen festgesetzt ist; dass den Landständen untersagt sey, in allgemeinen Landes-Angelegenheiten die Erklärung einzelner Städte und Ober-Aemter einzuholen.

Durch die Anologie dieses §. beweist der Gerichtshof, dass derjenige, der seinen Mitbürgern eine Petition vorschlage, eine *verfassungswidrige Aufreizung* des Volks begehe! Und dass eine willkührliche Vereinigung der Unterthanen, also der Wahlmänner in Landesangelegenheiten verfassungswidrig sey!

ART. XIV.

Entscheidungs-Gründe, S. 13 u. 19.

Den ersten Grundsätzen des konstitutionellen Staatsrechts und der ausdrücklichen Bestimmung der Verfassungs-Urkunde zuwider, haben die Gerichte in einer Sache, worin es rein von Beschwerden über Institutionen, Gesetzgebung und Administration sich handelt, zweimal die unantastbare Person des Königs in Beziehung auf die Sache selbst genannt.

Dies ist ein Vergehen gegen die Heiligkeit der Person des Regenten.

ART. XV.

(Entscheidungs-Gründe, S. 18 u. 34.)

Die Gerichtshöfe haben in Folge ihrer Verirrung, meine politische Meinung zu widerlegen, und also ihr eine andere politische Meinung entgegen zu setzen, sich in das System der Regierung eingelassen, und Dinge behauptet, welche die Regierung ganz gewiss als grundlos von sich weisen wird.

Meiner in der Adresse ausgesprochenen Meinung, die Gebrechen, worüber sich das Volk zu beklagen habe, seyen ein Erbtheil früherer Jahrhunderte, stellen sie die Behauptung entgegen: wenn Gebrechen existiren, kommen sie auf Rechnung der gegenwärtigen Regierung.

Keine Regierung in der Welt wird aber die von der Vorzeit auf sie überlieferten Gebrechen auf ihre Rechnung setzen lassen.

Noch beschwerender wird die Regierung finden, dass der Gerichtshof in Esslingen die neueste Pressgesetzgebung der *rechten Seite* der französischen Deputirten-Kammer als Muster und Beispiel pries, wie man die Presse zügeln müsse, und sich gleichsam, als auf einen rechtsgültigen Vorgang, auf die jammervollen Grundsätze jener Pressgesetzgebung berief. Regierungen kann es nicht gleichgültig seyn, wenn Gerichtshöfe so unbefugt mit ihrem Rufe spielen.

ART. XVI.

(Entscheidungs-Gründe, S. 61.)

Auch das württembergische Volk ist, abgesehen von allen übrigen Angriffen auf seine konstitutionellen Rechte, durch diese Entscheidungsgründe schwer gekränkt.

Der Gerichtshof, um die Gefahr anschaulich zu machen, die möglicher Weise aus einem Petitions-Sturm hätte hervorgehen können, behauptet, „das Volk sey grötentheils nicht im Stande, die Wahrheit der darin enthaltenen Angaben und Vorwürfe genau zu prüfen.“

Man sieht, dass der Gerichtshof weder Weiber, noch Kinder, noch Knechte, noch ledige Leute, sondern *Bürger* unter diesem Volk verstand; denn nur diese reichen bekanntlich Petitionen ein. Also meint er, die württembergischen Bürger haben grötentheils nicht so viel gesunden Menschenverstand, um zu wissen, wo es ihnen fehle. Wenn dem so ist, hat der Gerichtshof recht. Einem so beschränkten Volk soll man die politische Meinung nicht frei geben, wie leicht könnten böswillige Menschen Beschwerden in ihm erschaffen, die nicht existiren, Missvergnügen in ihm erregen, von dem es zuvor nichts gefühlt, und die wohlthätigsten und heiligsten Institutionen ihm als grundverderblich und lästig vormahlen?

Nur ist zu bedenken, dass ein so beschränktes Volk durchaus nicht fähig wäre, eine Verfassung zu besitzen; denn wie sollten diejenigen, die von so traurigen Subjekten gewählt und abgeordnet wären, im Stande seyn, Gesetze zu prüfen und die Verwaltung zu kontrolliren?

Von zwei Dingen Eins. Entweder muss der Gerichtshof zu Esslingen zugestehen, dass die Masse und der Kern der Nation so viel gesunden Menschenverstand besitze, um in öffentlichen Dingen zu wissen, was ihm wohlthuend oder bedrückend, was wahr oder falsch sey; und dadurch spricht er meinem konstitutionellen Richter der öffentlichen Meinung in Württemberg auch die Fähigkeit zu, sein Richteramt zu verwalten.

Oder er muss der in den Entscheidungsgründen durchaus geäusserten Meinung von den schwachen Verstandeskäften der Nation getreu, dieser Nation die Fähigkeit absprechen, die Rechte eines konstitutionellen Volks auszudrücken.

ART. XVII.

Von allem übrigen abgesehen ist die erkannte Strafe ungerecht. Strafen müssen immer mit dem Vergehen und Verbrechen, das heisst mit der begangenen Rechts-Verletzung, im Verhältniss stehen. Wenn man nun fragt, wo, alle Behauptungen der Gerichte zugegeben, eine Rechtsverletzung sichtbar, wo eine wirkliche Gefahr möglich gewesen sey, so zeigt sich recht klar, dass das ganze Verbrechen bloz auf dem Papier besteht! Sämtliche Staatsdiener seyen injurirt? Welcher von ihnen fühlt sich denn beleidigt? Welche Nachtheile hat meine Schilderung für einen von diesen Tausend und aber Tausend Beleidigten herbeigeführt?

Missvergnügen habe ich verbreiten wollen? Die Unterthanen habe ich zu ungegründeten Beschwerden veranlassen wollen? Wo sind denn die schweren Folgen eines so hart bestrafte[n] Unternehmens?

Mein letzter Zweck sey gewesen, durch Verbreitung von Missvergnügen die Unterthanen zu ungegründeten Beschwerden zu veranlassen, und so vermittelst der öffentlichen Meinung eine Reform der Verwaltung zu bewirken? Wenn ich nun diesen Zweck erreicht hätte, was wäre Schreckliches daran? Liegt es denn nicht in dem Zweck der konstitutionellen Monarchie, durch Reformen Revolutionen zu verhüten?

Und wäre auch irgend ein Vergehen in der Form begangen, wäre irgend ein Wort mehr gesagt worden, als nach der Meinung der Richter gerechtfertigt werden könnte: wäre es dann den Grundsätzen der Gerechtigkeit gemäs, ein solches Versehen zu einer Zeit, wo wir alle, und sie selbst erst noch, die konstitutionelle Ordnung einlernen und

eingewöhnen müssen, mit Galeerenstrafe abbüssen zu lassen? Sollten in einem solchen Fall die Richter nicht mit dem Splitter in meinem Auge Nachsicht getragen haben, wenn ich ihnen doch mehr als einen Balken in den ihrigen nachweise?

Schon nach gemeinem Recht kann eine entehrende, den politisch körperlichen Tod nach sich ziehende Strafe nur erkannt werden, wenn das anschuldigte Vergehen oder Verbrechen nach sittlichen Grundsätzen entehrend ist. Erkennen aber die Richter eine solche Strafe, in Fällen, wo die öffentliche Meinung noch zu Gunsten des Angeklagten spricht, so fällt die Infamie auf sie zurück, und geschieht es fortwährend und auf besonders auffallende Weise wegen Meinungen, welche das Zeitalter ansprechen, so wird die Infamie zur Ehre. Der israelitische Galgen ist durch eine einzige Kriminal-Sentenz das heiligste Symbol der gebildeten Menschheit geworden.

Die Gerichte können sich nicht damit entschuldigen, dass das Gesetz die Strafe ausspreche. So wenig das Gesetz selbst auf den vorliegenden Fall passt, so wenig spricht das Gesetz diese Strafe absolut aus. Es lässt die Wahl zwischen Festungsstrafe und Gefängniss oder Zuchthaus. Wenn nun den Gerichten zehn Monate Festungs-Arrest nicht hart genug dünkten, so mussten sie eher zwanzig Monate dieser einfachen Strafe erkennen, wobei ich immer noch in Stand und Wesen geblieben wäre, als gegen einen Deputirten und einen Mann, der vielfältig in öffentlicher Wirksamkeit gestanden, der nie einen Makel auf seine Ehre hatte kommen lassen, wegen blosser politischer Meinungen, aus dem einfachen Grund, weil er den Ministern opponirte, eine Strafe zu erkennen, die ihn politisch bürgerlich vernichtet.

Man sieht klar, der Beisatz zur Festungsstrafe ist, gelindestens gesagt, eine Kaprixe der Richter, und schon dieser einzige Umstand muss mir entgegen stehende Vorurtheile vernichten, wie z. B. dass doch nicht anzunehmen sey, zwei der obersten Gerichtshöfe eines konstitutionellen Königreichs würden eine so auffallende Ungerechtigkeit begehen, wenn in manchen ungleich schwereren Fällen die ständigen Kriminal-Gerichtshöfe andrer nicht konstitutioneller Staaten eine

so ehrenwerthe Selbstständigkeit behauptet hätten; schon dieser einzige Umstand muss den Unbefangenen veranlassen, frei von allen Vorurtheilen, das Verfahren meiner Richter streng zu prüfen.

Das Straferkenntniss selbst aber erscheint schon darum null und nichtig.

ART. XVIII.

Meine letzte und durchgreifendste Beschwerde ist die Inkompetenz der ordentlichen Gerichtshöfe. Nur die Jurisdiction des Staatsgerichtshofs kann ich hier anerkennen; denn dieser Gerichtshof ist nach §. 195. „zum gerichtlichen Schutz der Verfassung errichtet, und erkennt über Unternehmungen, welche auf den Umsturz der Verfassung gerichtet sind, und über Verletzung einzelner Punkte der Verfassung“

Nach §. 199, sollen vor demselben, wegen der angeregten Unternehmungen, sowohl Minister und Departements-Chefs als einzelne Mitglieder der Stände-Versammlung und ihre Beamte angeklagt werden.

Ausser den Ministern und Departements-Chefs sollen auch alle übrigen Beamte und Behörden vor diesem Gerichtshof belangt werden können, im Fall sie (in Gemäsheit des §. 53) innerhalb ihres Geschäftskreises eine dem Umsturz der Verfassung oder die Verletzung einzelner Punkte bezweckende Handlung begangen hätten.

Dieser höchste Gerichtshof soll zur Hälfte durch Delegirte der Regierung, zur Hälfte durch Delegirte der Stände-Versammlung besetzt werden.

Sein Zweck, sein Wirkungskreis, seine Stellung in der constitutionellen Ordnung ist klar aus dem Geist wie aus den Worten des Cap. X., in Verbindung mit den übrigen Bestimmungen der Verfassung, zu entnehmen.

Die Verfassung will die Nation gegen Eingriffe in ihre Rechte von Seite der Minister und Staatsbeamten schützen; sie macht sie also verantwortlich, sie gibt der Stände-Versammlung das Recht, jeden Minister und Beamten, wegen innerhalb seines Wirkungskreises begangener Handlungen

die auf den Umsturz der ganzen Verfassung oder auch nur auf Verletzung einzelner Punkte abzuwecken, zu belangen. Da aber durch die ordentlichen Gerichtshöfe, zumal bei dem Mangel der Geschworengerichte, der Zweck nicht erreicht würde, weil die Stellung derselben ihre Selbstständigkeit beeinträchtigen müsste, besonders in Anklagen gegen ihre eigenen Vorgesetzten, so konstituiert sie für dergleichen Anklagen einen ausser der Diensthierarchie stehenden *Staats-Gerichtshof*.

Auf gleiche Weise will die Verfassung Regierung und Nation gegen Eingriffe in Ihre konstitutionellen Rechte von Seite der Stände-Mitglieder schützen; sie giebt also der Regierung das Recht, dieselben wegen konstitutionswidriger Handlungen gerichtlich zu belangen. Da aber niemand zugleich Pathei und Richter seyn kann, und da es gegen alle Grundsätze der konstitutionellen Ordnung verstösse, wenn die Mitglieder der Gesetzgebenden Gewalt einem Theil der richterlichen unterworfen würden, so ertheilt sie die Befugniss, über dergleichen Anklagen zu erkennen, einem ausserhalb der Diensthierarchie stehenden *Staats-Gerichtshof*.

Bei Konstituierung dieses Staatsgerichtshofs bleibt die Verfassung denselben Grundsätzen getreu, welchen sie ihre eigene Entstehung zu danken hat. Aus freiem Vertrag zwischen Regierung und Volk hervorgegangen, nur mit übereinstimmendem Willen beider veränderlich, soll sie auch im gerichtlichen Weg durch einen, aus Regierung und Volksrepräsentation zu gleichen Theilen besetzten Gerichtshof sicher gestellt werden. Denn die Verfassung erkennt es an, dass ihre durch Vertrag festgesetzten Bestimmungen eines *gerichtlichen Schutzes* bedürfen. Sie erkennt es an, dass diese Bestimmungen, so klar sie auch sein mögen, von untergeordneten Gerichtshöfen auf eine, die Rechte der Regierung oder die Rechte des Volks beeinträchtigende Weise ausgelegt oder angewendet werden könnten, und dass eine solche falsche Auslegung zum Gerichtsbrauch erwachsen und damit der ordentlichen, richterlichen Gewalt eine Macht eingeräumt würde, welche sie zugleich über Regierung und Volksrepräsentation erhebe. Sie erkennt es an, dass jeder Rich-

ter-Spruch, das Urtheil enthaltend, in wie ferne eine gegebene Handlung der Konstitution entspreche oder widerstreite, zugleich auch, nach seiner gerichtlichen und aussergerichtlichen Wirkung, ein neues Gesetz sey, das der Nation zur Richtschnur ihrer Handlungsweise, und den Gerichten zur Richtschnur künftiger Entscheidungen diene.

Wenn alles dieses klar aus dem Geist und den Worten der Konstitution erhellt, so genügt zum Beweis, dass die ordentlichen Gerichte in dem vorliegenden Fall nach jedem Betracht inkompetent seyen, ein Rückblick auf die Einzelheiten der Anklage, woraus sich ergibt, dass, würde die Kompetenz der ordentlichen Gerichte in der von ihnen angemassen Weise zugegeben, die ganze Kompetenz des Staatsgerichtshofs, und somit die Basis der Konstitution zusammenstürzte.

Die ordentlichen Gerichtshöfe, wie in diesen Beschwerde Artikeln dargethan ist, haben sich gegen die Bestimmungen der Verfassung eine Gerichtsbarkeit über die politische Meinung angemasst; sie sind so weit gegangen, die von einem Deputirten in der Kammer ausgesprochene politische Meinung gerichtlich, und zwar mit Zwang und Strafe, zu verfolgen; sie haben somit eine unbeschränkte Gerichtsbarkeit über die Deputirten und Pairs-Kammer zu begründen versucht; sie haben das Press-Gesetz auf eine, seinem Geist und Ausdruck widersprechende Weise intepretirt; sie behaupten die Staatsdiener seien eine Korporation, die man in ihrer Gesamtheit injuriiren könne, was allen gemeinrechtlichen und konstitutionellen Grundsätzen widerstreitet; sie haben ein Gesetz vom 5. Mai 1810 auf eine Weise in Anwendung gebracht, welche ihnen Macht und Gewalt gibt, künftig jede politische Meinung, sie mag in oder ausser der Kammer, von Regierungs oder Stände-Mitgliedern ausgesprochen werden, für ein Staats-Verbrechen zu erklären, und insbesondere die Kammer beliebig und in ihrem Sinne zu säubern, weil es in ihrer Gewalt stünde, eine Strafe zu erkennen, welche das betreffende Mitglied untüchtig macht; sie haben sich nicht nur erlaubt, der Kommunikation eines Deputirten mit seinen Kommittenten inquisitionsmässig nachzuspüren, sondern auch das Petitions-Recht selbst in Zwei-

fel zu ziehen, und die Kommunikation der Deputirten mit ihren Kommittenten für eine unerlaubte Handlung zu erklären.

Wie sehr die Dialektick sich winde und krümme, so viel kann sie nicht in Abrede stellen, dass ein *gerichtlicher Schutz der Verfassung*, wie er in dem Kap. X durch den Staatsgerichtshof beabsichtigt wird, mit unabweisbarer Nothwendigkeit verlange:

Dass der Staatsgerichtshof über die Anklage gegen einen Deputirten entscheide, in welcher demselben zur Last gelegt wird, er habe unbefugterweise mit seinen Kommittenten kommuniziert und in Folge dieser Kommunikation das Petitions-Recht missbraucht, und die Unterthanen zu ungegründeten Beschwerden veranlasst;

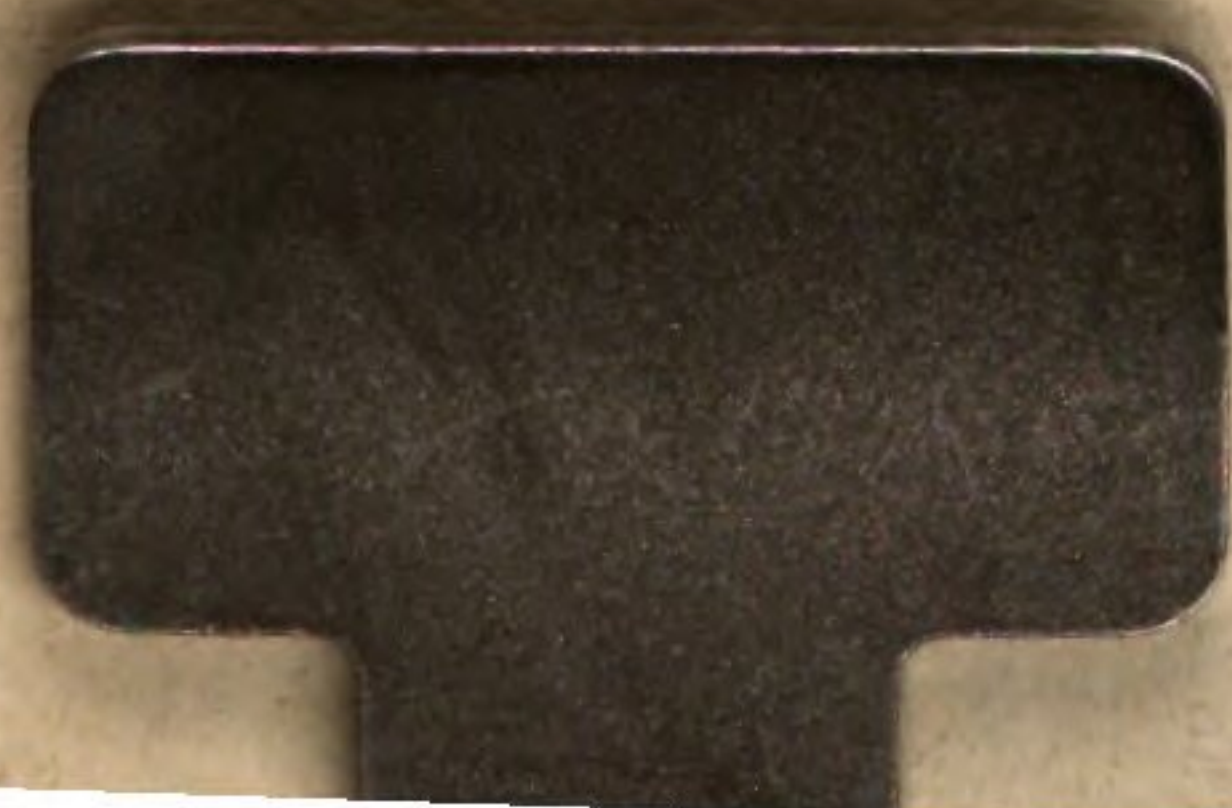
Dass, bevor die ordentlichen Gerichtshöfe kompetent seyn können, der Staatsgerichtshof erst über eine Anklage erkenne, in welcher einem Deputirten zur Last gelegt wird, er habe sich verbrecherische Aeusserungen in gesessener Kammer zu Schulden kommen lassen;

Und dass, *alles mit einem Wort* gesagt, der Staatsgerichtshof erst über eine Anklage spreche, welche, in Folge seiner amtlichen und öffentlichen Wirksamkeit, einen Deputirten des Amtes verlustig erklärt, wodurch seine politische Meinung gerichtet wird, und wobei die gewagtesten Interpretationen der wichtigsten Volksrechte, der Meinungsfreiheit, der Pressfreiheit, des Petitions-Rechts, der Rechte der Deputirten-Kammer, vorgenommen werden müssen.

Denn was wäre jener *gerichtliche Schutz*, den der §. 195 der Verfassung gewähren will, wenn der Repräsentativkörper, die Hauptgarantie aller politischen Rechte der Nation, den Meinungen und der unbeschränkten Gerichtsbarkeit eines aus fünf Richtern bestehenden ordentlichen Gerichts dergestalt unterworfen würde, dass sie seine Mitglieder, wegen ihrer im Amte ausgesprochenen Meinungen mit einer Strafe belegen könnten, die ihren politisch bürgerlichen Tod nach sich zieht. ! ?

Das erste Bändchen der Themis enthält den Plan derselben und die Geschichte des Geschwornengerichts von Herrn Aignan, aus dem Französischen übersetzt. Juristen und Nicht-Juristen werden dieses Werk mit gleichem Vergnügen lesen. Es wird die Gegner jenes grossen Instituts, der Grundlage aller constitutionellen Ordnung, bekehren, seine Anhänger bestärken, und diejenigen, die es noch nicht kennen, dafür gewinnen.

Sollte Jemand den Herausgebern zur Aufnahme in die Themis, die Aktenstücke eines Rechtsfalls mittheilen können und wollen, der für die Enthüllung der Gebrechen unserer gegenwärtigen Gerichtsverfassung in Deutschland von bedeutetem Interesse wäre, so bittet man in portofreien Briefen sich an die Gessnerische Buchhandlung in Zürich zu wenden.



List, Friedrich,

Friedrich List's ehrfurchtsvolle Denkschrift an Seine Majestät den König von Württemberg einen von den k. Gerichtshöfen an seiner Person und an der Verfassung des Landes begangenen Justizmord betreffend oder aktenmäßiger Beweis der Verwerflichkeit des heimlichen Kanzlei-Inquisitions-Gerichts und der Unentbehrlichkeit des Geschwornen-Gerichts und der Gerichtsö

Straßburg 1823

Crim. 160 kt

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394941-6